

Die „Alternative für Deutschland“ – eine neue rechtspopulistische Partei?

Materialien und Deutungen
zur vertiefenden Auseinandersetzung

Impressum

Herausgeber

Heinrich Böll Stiftung Nordrhein-Westfalen

Graf-Adolf-Straße 100
40210 Düsseldorf

Tel.: 0211. 93 65 08 0

Fax: 0211. 93 65 08 25

Email: info@boell-nrw.de

Inhalt

FORENA

FORSCHUNGSSCHWERPUNKT RECHTSEXTREMISMUS / NEONAZISMUS
FACHHOCHSCHULE DÜSSELDORF

Universitätsstr. 1

D-40225 Düsseldorf

www.forena.de

Autoren

Alexander Häusler (V.i.S.d.P.)

unter Mitarbeit von Horst Teubert und Rainer Roeser

September 2013

Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	Seite 6
Einleitung.....	Seite 7
1 Entwicklungen im deutschen Rechtspopulismus.....	Seite 9
1.1 Auseinandersetzung über die Ausrichtung der AfD.....	Seite 9
1.2 Die rechtspopulistische Lücke.....	Seite 11
1.3 Zum Begriff des Rechtspopulismus.....	Seite 13
1.4 Exkurs: Entwicklungen im deutschen Rechtspopulismus.....	Seite 20
1.5 Die AfD: Eine Antwort auf die rechtspopulistische Lücke?.....	Seite 22
2 Die Entstehungsgeschichte der AfD.....	Seite 26
2.1 Bündnisse vor der AfD-Gründung.....	Seite 32
2.2 Die Zivile Koalition.....	Seite 33
2.3 Auf dem Weg zur Partei.....	Seite 35
2.4 Scheitern der Wahlalternative 2013.....	Seite 38
3 Gründung und Struktur der AfD.....	Seite 39
3.1 Die Parteigründung.....	Seite 39
3.2 Die Partei-Programmatik.....	Seite 39
3.3 Das Führungspersonal.....	Seite 41
3.4 Das Umfeld der AfD.....	Seite 42
3.5 Die Wahlklientel der AfD.....	Seite 44
3.6 Der Aufbau der Partei.....	Seite 45
3.7 Die AfD-Landesverbände.....	Seite 49
3.7.1 Die AfD Nordrhein-Westfalen.....	Seite 49
3.7.2 Die AfD Bayern.....	Seite 52
3.7.3 Die AfD Berlin.....	Seite 53

3.7.4 Die AfD Brandenburg.....	Seite 54
3.7.5 Die AfD Hamburg.....	Seite 54
3.7.6 Die AfD Hessen.....	Seite 56
3.7.7 Die AfD Mecklenburg-Vorpommern.....	Seite 57
3.7.8 Die AfD Niedersachsen.....	Seite 58
3.7.9 Die AfD Thüringen.....	Seite 59

4 Die AfD und der rechte Rand.....Seite 60

4.1 Reaktionen von rechtsaußen.....	Seite 60
4.1.1 Die NPD und die AfD.....	Seite 61
4.1.2 Die Republikaner (REP) und die NPD.....	Seite 65
4.1.3 Die Pro-Parteien und die AfD.....	Seite 67
4.1.4 Die Freiheit und die AfD.....	Seite 70
4.1.5 Die Freien Wähler Frankfurt und die AfD.....	Seite 71
4.1.6 Die Freien Wähler Düsseldorf und die AfD.....	Seite 72
4.1.7 "Parteifreie" Neonazis und die AfD.....	Seite 73
4.2 Rechte Medien und die AfD I: Die Junge Freiheit und die Sezession.....	Seite 76
4.3 Rechte Medien und die AfD II: Die Blaue Narzisse.....	Seite 78
4.4 Rechte Medien und die AfD III: Die Preußische Allgemeine Zeitung.....	Seite 80

5 Bundestagswahl 2013.....Seite 82

5.1 Wählerwanderungen und Wählermilieus.....	Seite 82
5.2 Reaktionen aus Parteien vom rechten Rand.....	Seite 83
5.2.1 NPD.....	Seite 84
5.2.2 Die Rechte (DR).....	Seite 85
5.2.3 Bürgerbewegung pro Deutschland.....	Seite 86
5.2.4 Bürgerbewegung pro NRW.....	Seite 86

5.2.5 Bürger in Wut (BIW).....	Seite 87
5.2.6 Die Republikaner (REP).....	Seite 88
5.2.7 Die Freiheit (DF).....	Seite 88
5.3 Richtungskontroverse.....	Seite 89

6 Fazit und Ausblick.....	Seite 92
----------------------------------	-----------------

Vorwort

Europaweit haben rechtspopulistische Parteien an Einfluss gewonnen. Nach Ansicht des grünen Europaabgeordneten Jan Philipp Albrecht bekommt das von rechter Seite „inszenierte Bild der eigenen Heimat und Kultur verbundenen Kämpfers gegen 'die da oben in den etablierten Parteien und in Brüssel'“ besonders in Krisenzeiten in Europa immer mehr Zulauf.¹ Betrachtet man jedoch die wissenschaftliche Publizistik zu diesem politischen Feld, so erscheint Deutschland hinsichtlich des Rechtspopulismus trotz hoher Zustimmungsraten bei Umfragen zu rechtsaffinen Einstellungen als eine Art 'nachholendes Entwicklungsland'. Noch im Jahr 2012 erschien in deutscher Übersetzung ein Sammelband über den Rechtspopulismus in Europa, der von der Heinrich-Böll-Stiftung gemeinsam mit dem Bureau de Helling, der Green European Foundation und der Grünen Bildungswerkstatt herausgegeben wurde. Im Vorwort skizzieren Ralf Fücks, Heidi Hautala und Andreas Novy als Vertreter der jeweiligen Einrichtungen inhaltlich treffend die zentralen Erfolgsbedingungen für einen Aufschwung des Rechtspopulismus: „Misstrauen gegen die europäischen Institutionen, das nationale Ressentiment und die Furcht vor Fremdbestimmung“.² Facettenreich werden in der Veröffentlichung die Kontextbedingungen und Erscheinungsformen des europäischen Rechtspopulismus beschrieben. Eine Skizzierung entsprechender Entwicklungen hierzulande wird mit der Begründung ausgespart: „Deutschland ist bis heute von erfolgreichen rechtspopulistischen Parteien verschont geblieben.“³

Möglicherweise bedürfen solche Einschätzungen einer schnelleren Revision, als zur Zeit ihrer Bekundung abzusehen gewesen ist. Mit der neu gegründeten *Alternative für Deutschland* (AfD) ist eine neue Partei auf der politischen Agenda in Erscheinung getreten, über deren politische Ausrichtung in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert wird. Hierbei steht die Frage zur Debatte, ob und in welcher Form dieser Partei eine rechtspopulistische Ausrichtung zugeordnet werden kann. Um in dieser Frage zu einer genaueren Einschätzung kommen zu können, sind wir an den Rechtspopulismusforscher Alexander Häusler mit der Bitte um die Erstellung einer Expertise zu dieser Fragestellung herangetreten. Alexander Häusler ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Forschungsschwerpunktes Rechtsextremismus/Neonazismus der FH Düsseldorf (FORENA) und bekannt durch seine Pionierstudien zu den rechtspopulistischen und muslimfeindlichen *Pro*-Parteien, die ihren Ursprung in Nordrhein-Westfalen haben.

Wir hoffen, mit der vorliegenden Expertise dazu beizutragen, sich ein differenziertes Bild in Bezug auf die Frage nach der rechtspopulistischen Ausrichtung der *Alternative für Deutschland* machen zu können.

Mona Neubaur
Heinrich Böll Stiftung NRW

¹ Albrecht, Jan Philipp (Hrsg.) (2012): Europa Rechtsaussen. Rechtsextremisten und Rechtspopulisten im Europäischen Parlament, Brüssel, S. 6.

² Bureau de Helling/Green European Foundation/Grüne Bildungswerkstatt/Heinrich-Böll-Stiftung (Hrsg.) (2012): Rechtspopulismus in Europa, Wien, S. 7.

³ Ebd. S. 6.

Einleitung

Mit der im Jahr 2013 gegründeten *Alternative für Deutschland* (AfD) hat sich eine neu gegründete Partei zur Wahl für den deutschen Bundestag gestellt, die sich zentral mit dem Euro-Thema politisch zu verankern versucht. Im Kontext der Euro-Krise hat die AfD schon in ihrer Entstehungsphase eine ungewöhnlich hohe mediale Aufmerksamkeit erhalten. Spekuliert wurde einerseits über den sofortigen Einzug in den Bundestag sowie andererseits über mögliche politische Radikalisierungstendenzen der neuen Partei hin zu einer rechtspopulistischen Ausrichtung.

Die vorliegende Expertise zur AfD soll dem Ziel dienen, den Grad, den Einfluss und die Bedeutung rechtspopulistischer, rechtskonservativer und marktradikaler Politikvorstellungen in der AfD genauer einschätzen und bewerten zu können. Um diesem Ziel analytisch näher zu kommen, ist die vorliegende Untersuchung in sechs Teile gegliedert.

Im ersten Teil der Untersuchung wird auf die Diskussion um den Rechtspopulismus allgemein und die AfD im besonderen eingegangen und ein Problemaufriss vollzogen. Darin wird zunächst ein kurzer Blick in die öffentliche Auseinandersetzung um die politische Einortbarkeit der AfD geworfen. In einem weiteren Schritt werden der Resonanzraum für EU-feindliche und rechtspopulistische Politikansätze skizziert. Danach werden der Begriff des Rechtspopulismus und seine aktuellen Ausprägungen erläutert und dargestellt. In dem daran anschließenden Abschnitt wird ein komprimierter Rückblick auf die bisherigen Erscheinungsformen im deutschen Rechtspopulismus gegeben. Den ersten Teil abschließend wird diskutiert, ob und in welcher Form die AfD als parteipolitischer Anknüpfungspunkt für einen politisch noch weitgehend heimatlosen Rechtspopulismus gedeutet werden kann.

Im zweiten Teil der Untersuchung wird versucht, den politischen Entstehungskontext der AfD genauer zu beschreiben. Einleitend wird ein Blick auf ihre Entstehungsgeschichte geworfen. Hierbei wird zunächst der politische Resonanzraum zur Initiative von Anti-Euro-Protesten aus dem politischen Umfeld der Unionsparteien und der FDP beleuchtet. Daran anschließend werden die ersten politischen Bündnisse in diesem politischen Feld beschrieben. In einem weiteren Abschnitt wird auf die Wahlalternative 2013 als Vorläuferorganisation der AfD eingegangen und deren Entwicklung vom Zeitpunkt der Gründung bis nach deren Wahlantritt bei den Landtagswahlen in Niedersachsen skizziert.

Im dritten Teil der Untersuchung werden der Aufbau und die Struktur der AfD in den Blick genommen. Hierbei werden zunächst die Gründung und die Struktur der Partei skizziert. In einem weiteren Abschnitt wird auf das Parteiprogramm eingegangen und es werden das Führungspersonal, das parteipolitische Umfeld und das Wahlklientel der AfD beschrieben. Im letzten Abschnitt des dritten Teils wird ein Einblick in politische Entwicklungen in den Landesverbänden gegeben. Hierbei werden Meldungen von der AfD selbst sowie aus der Presse und aus rechten Informationsportalen aufgelistet, die als Beispiele zur Veranschaulichung von möglichen rechten Tendenzen bzw. Einflussnahmen dienlich sein können.

Im vierten Teil der Untersuchung werden die Reaktionen im rechten Rand auf die Gründung der AfD in den Blick genommen. Dabei werden die Reaktionen in der NPD, den *Republikanern*, der *Pro*-Parteien, der Partei *Die Freiheit*, Freien Wählergemeinschaften, der parteipolitisch ungebundenen Neonazi-Szene sowie Stellungnahmen in ausgewählten rechten Publikationsorganen zur AfD beschrieben.

Im fünften Teil wird ein komprimierter Einblick in den Ausgang der Bundestagswahl 2013 gegeben.

Im abschließenden sechsten Teil werden ein Fazit und ein daran anschließender Problemaufriss zum gestellten Thema gegeben und es werden Anforderungen zu einer weiteren vertiefenden Betrachtung formuliert.

Methodisch wird hermeneutisch verfahren. Hierbei werden zunächst die Aussagen und Ereignisse hinsichtlich ihrer spezifischen politischen Kontexte gedeutet. Des Weiteren wird nach den ihnen zugrunde liegenden Metanarrativen gesucht und zudem versucht, das die AfD umgebende politische Protestmilieu politisch genauer zu bestimmen. Hierzu wird der politische Entstehungskontext der Partei, ihre politische Rhetorik, Programmatik, Organisationsstruktur sowie ihr Wirkungs- und Resonanzgrad im politischen Lager der rechtspopulistischen und extremen Rechten analysiert. Da bislang noch keine vertiefenden politik- und sozialwissenschaftlichen Studien zur AfD existieren⁴, haben wir als Analysematerial einerseits auf wissenschaftliche Publikationen zum Rechtspopulismus im Allgemeinen sowie in Bezug auf die AfD auf öffentlich zugängliche Informationsmaterialien der Partei, über öffentliche Verlautbarungen von AfD-Mitgliedern und -Unterstützern, bis zu Verlautbarungen von Personen und Organisationen aus dem politischen Entstehungskontext der Partei zurückgegriffen. Als bedeutsame Quelle zur Deutung von politischen Tendenzen in der AfD diene uns die mediale Berichterstattung und die dort zitierten Aussagen von AfD-Mitgliedern sowie deren Unterstützern. Ein weiteres Analysematerial bestand in der Auswertung rechtspopulistischer und extrem rechter Publizistik: Neben der Einbeziehung von Stellungnahmen zum Thema AfD in rechtsgerichteten Publikationsorganen haben wir Äußerungen in entsprechenden Internetforen sowie in der Presse herangezogen. Ein besonderes Augenmerk bei der Auswertung rechter Einschätzungen zur AfD haben wir auf das Bundesland Nordrhein-Westfalen gelegt. Mit der vorliegenden Untersuchung wird das Anliegen verfolgt, Hilfestellungen für eine vertiefende Betrachtung zu geben, um zu einer genaueren Bewertung der bislang geführten Auseinandersetzungen über den Grad rechter Orientierungen in dieser neuen Partei kommen zu können.⁵

⁴ Es liegen mittlerweile einige Beiträge in politischen und wissenschaftlichen Publikationen über die AfD vor, die wir – soweit möglich – in die Analyse einbezogen haben. Ein besonderes Augenmerk auf die rechtspopulistische Stoßrichtung in der AfD legt ein Beitrag von Holger Oppenhäuser in „Prokla. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft“ (vgl. Oppenhäuser, Holger (2013): Demokratische Querfronten? Der neue Rechtspopulismus und die Ambivalenzen der direkten Demokratie, in: Prokla 171, S. 277-295). Zudem ist in der Zeit der Erstellung dieser Expertise ein Buch mit einer komprimierten Analyse über die AfD erschienen, in dem diese Partei als „deutsche Tea-Party-Bewegung“ bewertet wird. Ein darin erstelltes Glossar ist hilfreich zur Veranschaulichung des AfD-Milieus und dessen politischen Kontextes (Kemper, Andreas (2013): Rechte Euro-Rebellion. Alternative für Deutschland und zivile Koalition e.V., Münster). Vorarbeiten zur Analyse des Anti-Euro-Protests von rechts finden sich in einem Sammelband über aktuelle Erscheinungsformen von Protestbewegungen (Bebnowski, David/Kumkar, Nils (2013): „Jeder hat Angst, seinen Besitzstatus zu verlieren“. Die Anti-Euro-Proteste, in: Marg, Stine/Geiges, Lars/Butzlaff, Felix/Walter, Franz (Hg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert Protestbewegungen?, Hamburg, S. 219-249).

⁵ Stand der Untersuchung ist August 2013; Ergänzungen im fünften Kapitel wurden nachträglich Ende September erstellt.

1 Entwicklungen im deutschen Rechtspopulismus

1.1 Auseinandersetzung über die Ausrichtung der AfD

Mit der Positionierung auf dem Gründungsparteitag am 14. April 2013, „weder rechts noch links“, sondern eine „Partei neuen Typs“ zu sein, versuchte der AfD-Parteichef Bernd Lucke, den Vorwurf des Rechtspopulismus zurückzuweisen.⁶ Entkräftet wurde dieser Versuch von seinem Vorredner Konrad Adam, der ebenfalls zur Führungsriege der AfD zählt:

„Wenn unsere Volksvertreter ihre Aufgabe darin sehen, das Volk zu entmündigen, sollten wir selbstbewusst genug sein, den Vorwurf des Populismus als Auszeichnung zu betrachten“, erklärte Adam unter großem Zuspruch seiner Zuhörerschaft.⁷

Einige Tage später machte das Gerücht von einer rechtsextremen Unterwanderung der AfD die Runde. Gefüttert wurde es durch den stellvertretenden Landesvorsitzenden der Berliner NPD, Uwe Meenen, der gegenüber der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* den Versuch einer geplanten Unterwanderung der neu gegründeten Partei bekundete. Angeblich habe er auf dem Parteitag der AfD „zwei Dutzend 'bekannte Gesichter' gesehen – darunter 'aktive Kader' der NPD und 'radikale, parteifreie Kräfte'“, erklärte er gegenüber der FAZ.⁸

Da sich zudem ein durch viele Fotos in Zeitungen bekannt gewordener Teilnehmer mit einer Deutschland-Fahne auf dem AfD-Gründungsparteitag als Vorsitzender des NPD-nahen *Freundeskreises der Russlanddeutschen Konservativen* entpuppte, fokussierte sich fortan die öffentliche Diskussion um die Gefährlichkeit der neu gegründeten Partei auf die Frage nach deren

⁶ Lucke, Bernd: Parteitagsrede im Wortlaut. <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/wp-content/uploads/2013/04/Rede-Bernd-Lucke.pdf>, S. 13, abgerufen am 05.08.2013.

⁷ Adam, Konrad: Rede im Wortlaut. <http://afd-opf.de/konrad-adam-auf-dem-gruendungsparteitag-in-berlin/>, abgerufen am 05.08.2013.

⁸ Bender, Justus: NPD will Anti-Euro-Partei unterwandern, 17.04.2013. <http://www.faz.net/aktuell/politik/alternative-fuer-deutschland-npd-will-anti-euro-partei-unterwandern-12152738.html>, abgerufen am 04.7.2013.

An dieser Stellungnahme ist zu berücksichtigen, dass die NPD – ebenso wie andere Parteien des rechten Randes – in dem Wahlantritt der AfD eine bedrohliche Konkurrenz hinsichtlich eines nicht geringen Quantums an politisch unbestimmten ‚Protestwählern‘ sieht. Deshalb kann die Stellungnahme des stellvertretenden Berliner NPD-Landesvorsitzenden durchaus als gezielter politischer Affront interpretiert werden.

möglicher Nähe zur NPD. Dem begegnete AfD-Chef Lucke wiederum mit der Ankündigung, „Mitgliedsanträge mit Vormitgliedschaften in der NPD und der DVU“ pauschal abzulehnen.⁹

Eine derartige Fokussierung auf offen rechtsextreme Parteien hinsichtlich der Frage, ob die AfD als rechtspopulistisch eingestuft werden muss, läuft allerdings deutlich am Kern des Problems vorbei: Diese Frage lässt sich nicht mit dem möglichen Nachweis einer Nähe der AfD zur NPD beantworten, weil beide Parteien völlig unterschiedliche und in vielen Bereichen sogar konträre Positionen vertreten. Das Lager der politischen Rechten in Deutschland ist politisch äußerst heterogen: es reicht von nationalkonservativen und neoliberalen bis hin zu verfassungsfeindlichen und offen neonazistischen Positionen. Deshalb haben Studien wie etwa die jüngst vorgestellte Untersuchung des deutsch-französischen Unternehmens *linkfluence* über mögliche Gemeinsamkeiten von NPD- und AfD-Anhängern begrenzten Aussagegewert. In dieser Untersuchung wurde anhand der „Gefällt-mir“-Angaben von Facebook-Usern nach möglichen inhaltlichen Überschneidungen gesucht.¹⁰ Dass die bei dieser Untersuchung berücksichtigten Mode-, Musik- und Alltagsvorstellungen sowie auch politisch eindeutige Positionierungen hierbei zu großen Teilen erheblich voneinander abweichen, verwundert nicht, wenn man den völlig unterschiedlichen Altersdurchschnitt, die differierende soziale, wirtschaftliche und bildungspolitische Lage der jeweiligen parteipolitischen Milieus mitberücksichtigt. Jenseits dieser Kriterien sind es in besonderem Maße die differenzierenden Forschungsergebnisse zu populistischen und extrem rechten Strömungen, die bei solchen Vergleichen außer acht gelassen werden. Denn bei der NPD handelt es sich um eine neonazistische Partei mit einer völkisch-rassistisch und nationalrevolutionär ausgeprägten Orientierung, die sich selbst in Opposition zu neoliberalen Politikansätzen verortet. Viele rechtspopulistische Parteien in Europa hingegen entstanden im Kontext marktradikaler Opposition zu keynesianistisch-wohlfahrtsstaatlich ausgeprägten Politikansätzen. Eine solche marktradikale Orientierung, einhergehend mit nationalkonservativen Politikvorstellungen, prägt in deutlicher Ausprägung die Weltanschauungen des politischen AfD-Milieus. Diese politische Melange wird unterfüttert mit Vorstellungen von „direkter Demokratie“ – so der Wortlaut im Parteiprogramm –, die deutliche Schnittmengen mit rechtspopulistischen Politikansätzen aufweisen. So wird im erwähnten Abschnitt im AfD-Parteiprogramm zugleich die Forderung nach „Volksabstimmungen und –initiativen nach Schweizer Vorbild“ erhoben und in populistischem Duktus gefordert: „Das Volk soll den Willen der Parteien bestimmen, nicht umgekehrt.“¹¹ Eine derartige pauschale Gegenübersetzung eines politisch angeblich homogenen 'Volkswillens' und einer angeblich 'abgehobenen Politikaste', als deren 'Alternative' man sich selbst stilisiert, prägt das politische Grundmuster rechtspopulistischer Rhetorik.

Im Hinblick auf die politische Spannbreite des rechten Parteienlagers sind die Abgrenzungsbekundungen der AfD gegenüber ehemaligen Mitgliedern von Rechtsaußenparteien differenzierter zu betrachten: Denn zugleich wird seitens der AfD erklärt, Mitgliedschaftsanträge früherer Mitglieder der Partei *Die Freiheit*, der *Republikaner* oder der *Pro*-Parteien nicht pauschal

⁹ Lucke, Bernd: Wir lehnen Ausländerfeindlichkeit ab, 08.04.2013. <http://www.cicero.de/berliner-republik/alternative-fuer-deutschland-lucke-wir-lehnen-auslaenderfeindlichkeit-ab/54127>, abgerufen am 29.5.2013.

¹⁰ Rahmann, Tim: Wie radikal sind die AfD und ihre Anhänger?, 21.08.2013. <http://www.wiwo.de/politik/deutschland/studie-wie-radikal-sind-die-afd-und-ihre-anhaenger/8658566.html>, abgerufen am 29.08.2013.

¹¹ Alternative für Deutschland, Wahlprogramm. Parteitagbeschluss vom 14.04.2013, S. 2.

abzulehnen.¹² Diese Einschränkung hinsichtlich der Abgrenzung vom rechten Rand wird verständlich, wenn die politischen Schnittmengen zwischen dem AfD-Milieu und den genannten Rechtsaußenparteien nähere Betrachtung erfahren. Ein genauerer Blick in die Anhängerschaft der AfD offenbart weitere Annäherungen an rechtspopulistische Orientierungen: Mit Karl Albrecht Schachtschneider und Joachim Starbatty gehören ehemalige Aktivisten des von 1994 bis 2000 existierenden EU-feindlichen und rechtspopulistischen *Bund Freier Bürger* (BFB) zum Kreis der AfD-Unterstützer, letzterer gar als Spitzenkandidat auf der Berliner Landesliste für die Bundestagswahl. Ähnlichkeiten zwischen dem BFB und der AfD bestehen nicht bloß in der Ablehnung des Euro: Mit der Zweitbezeichnung „Offensive für Deutschland“ wies der BFB sowohl eine frappierende Namensähnlichkeit zur AfD auf, wie er zugleich auch ein Bestreben zur Re-Nationalisierung außenpolitischer Vorstellungen erkennen ließ. Hierdurch erweist sich die AfD auch als neuer Anziehungspunkt für enttäuschte Aktivisten anderer Kleinstparteien vom rechten Rand wie der inzwischen aufgelösten Partei *Die Freiheit* und der *Republikaner*. In parteipolitisch noch ungebundenen neurechten Zirkeln wie dem *Institut für Staatspolitik* und der Wochenzeitung *Junge Freiheit* wird die AfD gar zur möglichen Hoffnungsträgerin hochstilisiert.

Enge Beziehungen zeigen sich auch zum Lager der *Freien Wähler* von Hubert Aiwanger. Während diese Partei mit der AfD-Vorgängerorganisation *Wahlalternative 2013* noch bei den Landtagswahlen in Niedersachsen gemeinsam kandidierte, haben sich die Wege danach aufgrund von Zwistigkeiten getrennt.

1.2 Die rechtspopulistische Lücke

Im Kontext der ökonomischen Krise in Europa erhalten rechte Parteien, die Ressentiments gegen die EU und den Euro propagandistisch aufgreifen und unter nationalistischen Prämissen zuspitzen, wachsende Zustimmung: Die europäische Krise eröffnet die Chance für neue Entwicklungen und Allianzen am rechten Rand.¹³ Das Eurobarometer 2012 vom *European Council on Foreign Relations* (ECFR), weist einen Anstieg negativer Einstellungen zu Europa seit 2007 auf. In einer Vergleichsbefragung, die in Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Spanien und Polen durchgeführt wurde – diese Länder stellen zusammen zwei Drittel aller EU-Bürger –, bekunden im krisengeschüttelten Spanien 74 Prozent der Befragten, kein Vertrauen in die EU zu haben. Diesem Spitzenwert folgen 69 Prozent in Großbritannien, 59 Prozent in Deutschland, 53 Prozent in Italien und 42 Prozent in Polen.¹⁴

¹² Vgl. Lucke, Bernd: Wir lehnen Ausländerfeindlichkeit ab, 08.04.2013. <http://www.cicero.de/berliner-republik/alternative-fuer-deutschland-lucke-wir-lehnen-auslaenderfeindlichkeit-ab/54127>, abgerufen am 29.5.2013. Lucke, Bernd: Bei ehemaligen Republikanern wird ein Vorgespräch geführt, 27.08.2013. http://www.dradio.de/dlf/sendungen/interview_dlf/2230147/, abgerufen am 27.08.2013.

¹³ Vgl. Häusler, Alexander (2013): Europas Rechte Ränder, in: Le Monde diplomatique (Hg.): Atlas der Globalisierung. Die Welt von morgen, Berlin, S. 64-67

¹⁴ Vgl. http://ec.europa.eu/public_opinion/index_en.htm, abgerufen am 29.07.2013.

Hierzu muss bedacht werden, dass aus einer skeptischen oder ablehnenden Haltung gegenüber der EU-Krisenpolitik keinesfalls automatisch rechtsaffines Gedankengut abgeleitet werden kann. Vielmehr stellen solchen Haltungen einen möglichen Anknüpfungspunkt dar für nationalistische, wohlstandschauvinistische und rassistische Propaganda.

Neben der Angst vor ökonomischen Beeinträchtigungen sind zugleich Ressentiments gegenüber dem Nutzen supranationaler politischer Entscheidungsstrukturen virulent; sie weisen auf eine Krise politischer Repräsentation in Europa hin. Diese Entwicklung begünstigt die Möglichkeit für rechtspopulistische Parteien, in populistischer Manier schlichte 'Antworten' mit nationalistischen, protektionistischen und rassistischen Orientierungen anzubieten. Begleitet wird die EU-feindliche, rechtspopulistische Propaganda von rassistisch grundierten Angstkampagnen gegen Zuwanderer sowie gegen die pauschal als 'faul' titulierten Südländer.

Diese Entwicklung stellt die Forschung zur populistischen und extremen Rechten vor neue Herausforderungen. Denn hierzulande ist die Diskrepanz zwischen EU-feindlichen und rechtsaffinen Einstellungen und einem entsprechendem Wahlverhalten größer als in allen anderen europäischen Staaten.

Eine von der Wochenzeitung *Freitag* bei Forsa im Frühjahr 2011 in Auftrag gegebene Umfrage beinhaltete eine repräsentative Befragung zu zentralen Aussagen von vier führenden europäischen Rechtspopulisten, die folgende Ergebnisse aufwies:

- Deutliche Zustimmung zeigten die Wähler von Union und FDP und die der Linkspartei.
- 70 Prozent der Befragten finden, Deutschland gebe zu viel Geld an die EU.
- Knapp die Hälfte verlangt, die Zuwanderung nach Deutschland müsse drastisch reduziert werden.
- 38 Prozent sind der Meinung, der Islam sei eine Bedrohung unserer Werte. Wähler von Union, FDP und Linkspartei finden eher als Sozialdemokraten und Grüne, dass die Europäische Union Deutschland zu teuer zu stehen komme.
- Grüne und Liberale haben weniger gegen die Zuwanderung als die Anhänger der anderen Parteien.
- Unionswähler, Liberale und Linke haben am meisten Angst vor dem Islam. In Bezug auf die Ablehnung des Euro übertreffen die Anhänger der Linkspartei den Rest der Befragten bei weitem.¹⁵

Die rechtspopulistische Lücke ist in Deutschland parteipolitisch noch nicht gefüllt, und die hiesige Debatte über die Gefahr von rechts ist bislang konzentriert auf verfassungsfeindliche Parteien am rechten Rand wie etwa die NPD. In vielen anderen europäischen Ländern verzeichnen jedoch gerade jene rechten Parteien einen Zuwachs, die sich eben nicht offen verfassungsfeindlich gebären. Das ebenfalls zu verzeichnende Emporkommen offen neofaschistischer Parteien in Ost- und Südeuropa wird kontrastiert vom Aufschwung eines neoliberal-nationalkonservativen Parteienblocks, der eine nationalistische Transformation der Demokratie nach rechts anstelle einer 'völkischen Revolution' anstrebt. Die Gefahr von rechts droht demnach nicht nur von 'Verfassungsfeinden' außerhalb des parteidemokratischen Gefüges, sondern zugleich durch eine Involution demokratischer, nationaler und supranationaler Strukturen und Orientierungen durch das Aufkommen rechtspopulistischer Kräfte. In Ungarn zeigen sich aktuell die Folgen einer solchen

¹⁵ Augstein, Jakob: Die Wahrheit muss erlaubt sein, 11. Mai 2011. <http://www.freitag.de/autoren/jaugstein/die-wahrheit-muss-erlaubt-sein>, abgerufen am 01.8.2013.

rechtsautoritären Transformation der Demokratie infolge einer Regierungsübernahme durch EU-skeptische nationalistische Kräfte. In England weisen die jüngsten Wahlerfolge der rechtspopulistischen und EU-feindlichen Partei *United Kingdom Independence Party* (UKIP) auf eine bedrohliche Zunahme nationalistischer, wohlstandschauvinistischer und marktradikaler Politikansätze hin. Bislang noch nicht erforscht sind die Möglichkeiten für vergleichbare Entwicklungen in Deutschland.

Andreas Wirsching verweist in seiner Schilderung der Geschichte Europas seit 1989 auf einen neuen Typus von Populismus, den „Unternehmer-Populismus“. Zum Prototyp eines „Unternehmer-Populisten“ zählt er Politiker wie den ehemaligen italienischen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi oder Christoph Blocher von der *Schweizerischen Volkspartei*. Aufstiegsgaranten für solche Populisten seien wirtschaftliche und kulturelle Bedrohungsängste. Als ersten Vertreter eines solchen Politiker-Typus sieht Wirsching den polnischen „Unternehmer-Populisten“ Stanislaw Tymiński, der bei der ersten demokratischen Wahl des polnischen Ministerpräsidenten 1990 durch eine Inszenierung als „dynamischer Selfmademan“ überraschend viele *Stimmen* erhielt, bevor er einige Jahre später wieder in der politischen Versenkung verschwand.¹⁶

In Deutschland hat Ex-BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel als prominenter Dauergast in Talkshows sowie als Publizist eine – bezogen auf die Inhalte – vergleichbare Rolle übernommen. Ein Blick in die Kolumne „Henkel trocken“, die von dem marktradikalen Publizisten und heutigen Unterstützer der AfD regelmäßig für das *Handelsblatt* produziert wird, weist zugleich deutlich eine rechtspopulistische Tönung auf: Ein „Europa der Vaterländer“ fordert Henkel dort, dessen Währungssystem sich „den vorhandenen Kulturen anzupassen“ habe.¹⁷

1.3 Zum Begriff des Rechtspopulismus

Ein populistischer Politikstil kennzeichnet nicht bloß Parteien am rechten Rand, sondern zeigt sich auch bei politischen Repräsentanten quer durch die Parteienlandschaft.¹⁸ Nach Ansicht von Karin Priester können die Begriffe Inklusion und Exklusion als Unterscheidungskriterium für linken und rechten Populismus herangezogen werden. Während die Inklusion unterprivilegierter Bevölkerungsgruppen in ein parastaatliches, parlamentarisch unkontrolliertes Klientelsystem ein Merkmal des linken Populismus darstelle, präge die Exklusion spezifischer, zu Feinden stilisierten Menschengruppen den rechten Populismus. In Gestalt eines 'Identitätspopulismus' ist der Rechtspopulismus laut Priester von einer „Radikalisierung und Essentialisierung der kulturellen Zugehörigkeit durch Abwertung der 'Anderen'“ gekennzeichnet.¹⁹ Politisch beruht der zeitgenössische Rechtspopulismus auf der Gleichsetzung des 'Volks' mit den 'kleinen Leuten' der

¹⁶ Wirsching, Andreas (2012): Der Preis der Freiheit. Geschichte Europas in unserer Zeit, München, S. 340f.

¹⁷ Henkel trocken: Die europäische Fiskalunion oder ein Europa der Vaterländer? Handelsblatt vom 02.08.2012

¹⁸ Im folgenden Abschnitt wird inhaltlich in wesentlichen Teilen auf folgenden Beitrag zurückgegriffen: Häusler, Alexander (2012): Selektive Inanspruchnahme des Demokratischen: Rechtspopulistische Politik der Feindbilder im Namen der Meinungsfreiheit, in: Braun, Stephan/Geisler, Alexander (Hrsg.): Die verstimmte Demokratie. Moderne Volksherrschaft zwischen Aufbruch und Frustration, Wiesbaden, S. 131-140.

¹⁹ Priester, Karin (2012): Wesensmerkmale des Populismus, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, H. 5-6, S. 3.

ethnisch angestammten oberen und unteren Mittelschichten.²⁰ Nach der Ansicht von Jean-Yves Camus zeichnet sich zudem eine Neuerung in der „Konstruktion eines politischen Programms der Exklusion“ ab.²¹ Der Rechtspopulismus greift hierbei selektiv auch demokratische und linke Werte auf, deutet sie um und fügt sie in sein ausgrenzendes Freund-Feind-Schema ein. So werden demokratische Errungenschaften, Freiheits- und Menschenrechte argumentativ dafür in Anspruch genommen, Ausgrenzungsforderungen gegenüber Zugewanderten damit zu rechtfertigen, diese würden eben die Freiheits- und Menschenrechte abschaffen wollen.

Trendsetter eines solchen Rechtspopulismus im Namen von Freiheit ist der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders, der sich als „Freiheitskämpfer“ bezeichnet und seine ausgrenzenden und diskriminierenden Forderungen als demokratisch zu verkaufen sucht. So verkündete er im September 2011 auf einer Werbeveranstaltung in Berlin für die deutsche rechtspopulistische Partei *Die Freiheit*:

„Wir wollen weniger Bürokratie! Wir wollen mehr Demokratie! Wir wollen unsere eigene Souveränität behalten! Wir wollen uns selber regieren! Wir wollen unabhängig und frei bleiben! Wir wollen Herr im eigenen Haus sein!“

Neben der „Islamisierung“ beschwört Wilders die „Europäisierung“ als zweite 'Bedrohung nationaler Identität'. Ein solches Identitätsverständnis wird nationalistisch hergeleitet: „Die nationale Identität bindet ein Individuum an ein Erbe, eine Tradition, eine Loyalität und eine Kultur.“²² Damit erweist sich der Rekurs von Wilders auf den Begriff der nationalen Identität als Anknüpfung an die Neue Rechte, die schon in den 1980er Jahren versuchte, dieses Schlagwort als rechten Kampfbegriff in den öffentlichen Diskurs einzuführen. Vorreiter war der dem Schoß der NPD entsprungene nationalrevolutionäre Vordenker Henning Eichberg, dessen 1978 erschienenes Buch „Nationale Identität“ als Fibel neurechter Bewegungen in der BRD galt: „Wer von den Völkern nicht sprechen will, soll von den Menschen schweigen“, so Eichberg darin.²³ In einem 1988 erschienenen Sammelband aus neurechten Kreisen findet sich die ideologische Herleitung dieser völkisch-nationalen Identitätskonstruktionen. „Mut zur Identität“ lautete der Titel dieser Publikation; der Untertitel versinnbildlicht zugleich das politische Programm: „Alternativen zum Prinzip der Gleichheit“. Herausgeber dieses Sammelbandes war Pierre Krebs, ein französischer Rechtsextremist, der in den 1970er Jahren nach Deutschland übergesiedelt war und 1980 in Kassel den rechtsextremen Think Tank „Thule Seminar e.V.“ mitbegründete. In der Einleitung zu dem Sammelband wird die Intention einer solchen Identitätssetzung offensichtlich:

²⁰ Priester, Karin (2008): Populismus als Protestbewegung, in: Häusler, Alexander (Hg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien. Wiesbaden, S. 20.

²¹ Camus, Jean-Yves (2011): Neue Aspekte der radikalen Rechten. In: transform! Europäische Zeitschrift für kritisches Denken und politischen Dialog. Nr. 8, S. 94.

²² Wilders, Geert: Rede in Berlin im September 2011. <http://www.diefreiheit.org/rede-von-geert-wilders-am-3-september-2011-in-berlin/>, abgerufen am 24.02.2012.

²³ Eichberg, Henning (1978): Nationale Identität. Entfremdung und nationale Frage in der Industriegesellschaft. München/Wien, S. 126.

„Im Kampf gegen die universale Mischkultur muß man die nationalen europäischen Identitäten vereinigen, sie als einander ergänzend betrachten und sie nicht gegenüberstellen. Es gilt, die nationale Identität von oben (Europa) zu ergänzen und von unten (die Region) zu verankern.“²⁴

Eine solche neurechte Identitätssetzung kennzeichnet auch den Rechtspopulismus des 21. Jahrhunderts, der seinen nationalistischen Antiuniversalismus als 'Verteidigung nationaler Souveränität' zu ummanteln sucht. Mit Jürgen Habermas lässt sich sagen, dass der Rechtspopulismus „die Karikatur nationaler Großsubjekte [entwirft], die sich gegeneinander abkapseln und eine grenzüberschreitende demokratische Willensbildung verhindern“. Anstelle einer transnational ausgerichteten demokratischen Politisierung der Unionsbürger werde eine „Substantialisierung der 'Völker'“ betrieben.²⁵ Habermas sieht die Ursache der missverständlichen Vermengung von Volks- und Staatensouveränität in einer Verkenntung des „künstlichen und daher fließenden Charakter(s) eines im Europa des 19. Jahrhunderts konstruierten Bewusstseins nationaler Identität“. Damit einher geht die Vorstellung eines angeblich homogenen 'Volkswillens':

„Erst eine kollektivistische Deutung macht aus Ergebnissen pluralistischer Meinungs- und Willensbildungsprozesse Äußerungen eines souveränen, sich selbst zum Handeln autorisierenden Volkswillens. Und erst aufgrund dieser verdinglichten Singularisierung kann die Volkssouveränität als die Kehrseite der Staatssouveränität vorgestellt werden.“²⁶

Ihre antieuropäische und nationalistische Stoßrichtung versuchen rechtspopulistische Parteien oftmals dadurch zu tarnen, dass sie sich als Hüter 'nationaler Demokratie' gegenüber einer 'Diktatur aus Brüssel' darzustellen versuchen. Im Unterschied zu traditionellen extrem rechten Parteien wird im Rechtspopulismus zumeist auch keine offene Bezugnahme auf den historischen Faschismus und offen völkischen Rassismus zum Ausdruck gebracht. Die signifikanten Unterscheidungsmerkmale zwischen der traditionellen und der modernisierten extremen Rechten in Europa lassen sich anhand folgender Gegenüberstellung verdeutlichen:

²⁴ Krebs, Pierre (Hg.) (1988): Mut zur Identität. Alternativen zum Prinzip der Gleichheit, Struckum, S. 7.

²⁵ Habermas, Jürgen (2011): Zur Verfassung Europas. Ein Essay, Berlin, S. 78.

²⁶ Ebd. S. 52

Traditionelle extreme Rechte	Modernisierte Rechte
Positiver Bezug auf den Faschismus	Proklamierte Abkehr von der extremen Rechten
Offene Ablehnung der Demokratie	Taktische Befürwortung der „direkten Demokratie“
Proklamierter Systemsturz	Transformation der Demokratie nach rechts
Völkischer Rassismus, Antisemitismus	Ökonomisierung, Kulturalisierung und religiöse Verkläusulierung des Rassismus; Abkehr vom offenen Antisemitismus
Feindbilder: Juden, Ausländer, Linke, Europäische Union	Feindbilder: Muslime, Multikulturalismus, linke Hegemonie („political correctness“), EU-Bürokratie
Bezugspunkte: Rasse, Nation, Europa der Völker	Bezugspunkte: Tradition, Kultur, Region, Heimat

In vielen europäischen Ländern haben rechtspopulistische Parteien mit dieser modernisierten politischen Agenda erhebliche Zustimmung erhalten und sich zum Teil auch politisch etablieren können. In den 1970er Jahren sah der Rechtspopulismus noch im sozialdemokratisch geprägten Wohlfahrtsstaat das zentrale Angriffsziel: In Skandinavien traten zu jener Zeit rechtspopulistische Parteien mit Kampagnen gegen Steuern und Keynesianismus in Erscheinung.²⁷ Der traditionelle Rechtspopulismus in Europa war neoliberal, mittelschichtfixiert und fremdenfeindlich geprägt. Heute weist der Rechtspopulismus sowohl extrem rechte wie auch rechtskonservative, neoliberale und zugleich auch sozialpopulistische Tönungen auf – er ist ideologisch flexibel geworden. Politisch beruht der zeitgenössische Rechtspopulismus auf der Gleichsetzung von 'Volk' mit den ethnisch angestammten oberen und unteren Mittelschichten oder den 'kleinen Leuten'.²⁸ Populistische Inszenierungsformen sind im Rechtsaußen-Spektrum weit verbreitet und reichen von der extremen Rechten bis hinein in den Nationalkonservatismus und den Nationalliberalismus.

In der öffentlichen Debatte wird der Begriff des Rechtspopulismus oft als eine 'weichere' oder harmlosere Form des Rechtsextremismus gedeutet. Real treten jedoch sowohl extrem rechte wie auch rechtskonservative Gruppierungen rechtspopulistisch in Erscheinung. Rechtsextremismus kann hierbei als Sammelbegriff für die Bündelung autoritaristischer, nationalistischer und

²⁷ Vgl. Decker, Frank: Der neue Rechtspopulismus, Opladen 2004, S. 97-107.

²⁸ Priester, Karin: Populismus als Protestbewegung, in: Alexander Häusler (Hrsg.): Rechtspopulismus als „Bürgerbewegung“. Kampagnen gegen Islam und Moscheebau und kommunale Gegenstrategien, Wiesbaden 2008, S. 20.

rassistischer Gesellschaftsvorstellungen verstanden werden.²⁹ Als Variante findet in der Forschung der Begriff „extreme Rechte“ zur Kennzeichnung des äußeren rechten Randes des politischen Spektrums zunehmend Verwendung.³⁰ Er umfasst das gesamte politische Rechtsaußen-Spektrum von der Grauzone zwischen rechtskonservativen und rechtsextremen Zirkeln bis hin zu offen neonazistischen Szenen und misst sich nach folgenden inhaltlichen Zuordnungskriterien:

- völkisch-nationalistische Ausprägungen
- rassistische und antisemitische Ausprägungen
- autoritäre Politikvorstellungen
- Ablehnung des gesellschaftlichen Gleichheitsprinzips
- Diskriminierung von Minderheiten
- Ethnisierung / Nationalisierung sozialer und ökonomischer Problemlagen

Alternativ zu extremismustheoretischen Begriffsverwendungen verwendet der Parteienforscher Oskar Niedermayer den Sammelbegriff der „ethnozentristisch-autoritären Parteifamilie“, unter dem er gleichermaßen Parteien wie NPD, DVU, die *Republikaner* (REP) oder die inzwischen aufgelöste *Schill-Partei* subsumiert.³¹

Rechtspopulismus stellt hierbei eine spezielle Form politischer Inszenierung und Rhetorik im rechten Spektrum dar. Kennzeichnend hierfür ist zunächst ein spezifischer Politikstil, der sich anhand folgender Merkmale skizzieren lässt:

²⁹ Vgl. Roth, Roland (2010): Demokratie braucht Qualität! Beispiele guter Praxis und Handlungsempfehlungen für erfolgreiches Engagement gegen Rechtsextremismus, Berlin, S. 14f.; Decker, Oliver/Weißmann, Marliese/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2010): Die Mitte in der Krise. Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010, Berlin S.18.

³⁰ Vgl. Braun, Stephan/Geisler, Alexander/Gerster, Martin: Die extreme Rechte. Einleitende Bemerkungen, in: dies. (Hrsg.): Strategien der extremen Rechten. Hintergründe – Analysen – Antworten, Wiesbaden 2009, S. 9; Hafeneger, Benno/Schönfelder, Sven: Politische Strategien gegen die extreme Rechte in Parlamenten. Folgen für die kommunale und lokale Demokratie, Berlin 2007, S. 15f.

³¹ Niedermayer, Oskar (2004): Wahlerfolge ethnozentristisch-autoritärer Parteien in Deutschland. In: Braun, Stephan/Hörsch, Daniel: Rechte Netzwerke – eine Gefahr. Wiesbaden, S. 58.

Politikstil des Rechtspopulismus

Identitätspolitik	„Volk“ versus „Elite“ „Fleißige“ versus „Faule“ „Ehrliche“ versus „Korrumpierte“ „Heimische“ versus „Fremde“
Positionierung	Stimme der (unterdrückten) Mehrheit „antipolitische“ Protestbewegung Außenseiterstatus Opfer „linker Meinungsdictatur“
Skandalisierung	Politischer Konsensbruch Ethnisierte Freund-Feind-Markierung Untergangsprophezeiung Protestinszenierung („Aufstand der Wutbürger“) Medial orientierte Eskalationsstrategie

Seit dem von der *Schweizerischen Volkspartei* (SVP) im Jahr 2009 erfolgreich inszenierten Referendum gegen Minarettbau in der Schweiz und dem Aufstieg der niederländischen *Partei für die Freiheit* (PVV) von Geert Wilders gilt der antimuslimische Rechtspopulismus als politischer Erfolgsschlag für Wählerstimmen und politische Modernisierungsbestrebungen im Lager der Rechtsaußenparteien in Europa. Die Erfolge von Wilders in den Niederlanden markieren einen „populistischen Dammbbruch“, der zu einem gesellschaftlichen Riss in der Bevölkerung und zu einer Fragmentierung der etablierten Volksparteien geführt hat.³² Die Grußbotschaft des SVP-Funktionärs Oskar Freysinger an die Initiatoren der „Anti-Minarettkonferenz“ in Nordrhein-Westfalen offenbart die rechtspopulistische Rhetorik eines solchen Kampagnenrassismus:

„Es weht ein Wind des Aufruhrs durch Europa! Die freiheitsliebenden Bürger wollen wieder ernst genommen werden und ihr Schicksal selber in die Hand nehmen. Sie wollen keine Symbole fremder Herrschaftsgelüste in ihren Städten sehen. Sie wehren sich gegen die lautstarke Verkündigung eines einzig seligmachenden Dogmas. Sie wollen keine Bajonette

³² Vgl. Cuperus, Rene: Der populistische Dammbbruch. Die niederländischen Volksparteien unter Druck, in: Friso Wielenga/Florian Hartleb (Hrsg.): Populismus in der modernen Demokratie. Die Niederlande und Deutschland im Vergleich, S. 163-178.

*aufpflanzen lassen, in deren Schatten Hassprediger ihr Unwesen treiben und Frauen versklavt werden. Ein kleines, unabhängiges Volk zeigte den Weg. Das weiße Kreuz auf rotem Grund sei euer Wegweiser. Es lebe die Freiheit!*³³

Der gezielte Angriff rechtspopulistischer Parteien auf das interkulturelle Miteinander zeigt sich in öffentlichkeitswirksamen Kampagnen gegen Moscheebauprojekte, gegen „kriminelle Ausländer“ oder andere Reizthemen. Als typisch erscheint eine medienorientierte, politische Inszenierungsstrategie, die auf Provokation und Diskursverschiebung nach rechts ausgerichtet ist. Die verfolgten Strategien lassen sich wie folgt skizzieren:

Öffentlichkeitsstrategie

Tabubruch	Feindbildkonstruktion / Reizbegriffe Nationalisierung von Problemlagen Kampfansage an „political correctness“
Meinungsfreiheit	Recht auf Ressentiment Recht auf Abwertung Recht auf Diskriminierung
Populismus-Schraube	Konfliktinszenierung / Medienreaktion Opferstatus / Medienreaktion Konfliktfortführung auf höherer Stufe

Dabei werden breit vorherrschende Ängste gegenüber nationalem Souveränitätsverlust und drohendem sozialen und wirtschaftlichen Abstieg propagandistisch kanalisiert in eine Politik der Feindbilder. Damit greift der Rechtspopulismus höchst aktuelle Fragestellungen wie die Integrationsfähigkeit von Einwanderungsgesellschaften oder demokratische Defizite im europäischen Krisenmanagement auf und beantwortet sie mit schlichten, reaktionären 'Lösungsangeboten'. Dabei wird 'das Volk' als homogenisierter Begriff für die unterschiedlichen Partikularinteressen angestammter Bevölkerungsteile in Kontrast zur 'politischen Klasse' gesetzt, die angeblich zum Zwecke der eigenen Bereicherung die 'nationalen Interessen' an eine undemokratische, multikulturelle und transnational orientierte Europäische Union verkauft habe.

Der Rechtspopulismus übersetzt hierbei den Nationalismus und Rassismus der traditionellen extremen Rechten in kulturellreligiös umformulierte Feindbilder: die 'schleichende Islamisierung', den 'bürokratischen Moloch EU', die 'Zerstörung kultureller Identität' durch den Multikulturalismus und die Linke als dessen 'Steigbügelhalter'. Dabei inszeniert sich der

³³ Freysinger, Oskar: Grußbotschaft zur Antiminarettkonferenz von Pro NRW am 27.03.2010 in Gelsenkirchen.
<http://www.abendland-in-christenhand.de/?p=472>, abgerufen am 27.12.2011.

zeitgenössische Rechtspopulismus kämpferisch als 'demokratische Alternative' zum beschworenen nationalen Untergangsszenario. Die aus diesen Kreisen erhobenen Forderungen nach 'mehr Demokratie' in Form von Volksentscheiden und Bürgerbegehren weisen eine selektive Inanspruchnahme partizipativer demokratischer Mitbestimmungsmöglichkeiten auf, die konterkariert werden von autoritären, undemokratischen und rassistischen Politikvorstellungen.

Um die Bedeutung rechtspopulistischer Ausprägungen im politischen Erscheinungsbild der AfD genauer einschätzen zu können, sind mögliche inhaltliche wie personelle und organisatorische Überschneidungen mit bisherigen Erscheinungsformen rechtspopulistischer Parteien in den Blick zu nehmen. Besondere Berücksichtigung in der folgenden Rückbetrachtung finden hierbei diejenigen Parteien, von deren ehemaligen Mitgliedern die AfD aktuell Zulauf erhalten hat.

1.4 Exkurs: Entwicklungen im deutschen Rechtspopulismus

Seit dem Aufkommen der Partei *Die Republikaner* gewann der Rechtspopulismus unter der Führung des charismatischen Parteiführers Franz Schönhuber, ehemals stellvertretender Chefredakteur des *Bayerischen Rundfunks* und CSU-Abtrünniger, auch für die deutschen Rechtsaußen-Parteien an Bedeutung.³⁴ Standen rassistische deutschnationale und revisionistische Themen bei dieser Partei zur Zeit ihrer Erfolge bis zur Wiedervereinigung Deutschlands noch im Mittelpunkt, so rückten im Form der so genannten *Schill-Partei* ab dem Jahr 2000 so genannte 'law-and-order'-Themen in den Mittelpunkt rechtspopulistischer Rhetorik. Die aus einem nicht extrem rechten Hintergrund entstandene rechtspopulistische Partei des früheren Strafrichters Ronald Barnabas Schill konnte mit einem rechtspopulistischen 'Sicherheits-Diskurs' im September 2001 bei der Hamburger Bürgerschaftswahl einen spektakulären Wahlerfolg von 19,4 Prozent der Wählerstimmen erzielen. Doch im Verlauf der realpolitischen 'Gehversuche' entzauberte sich ihr Nimbus schnell, und der Versuch zur bundesweiten Ausdehnung in den folgenden Jahren scheiterte nicht zuletzt auch daran, dass sich der Parteiführer als realpolitisch handlungsunfähig erwies.³⁵ Noch vor der Auflösung der *Schill-Partei* erreichte diese einen letzten Achtungserfolg bei der Bremer Bürgerschaftswahl im Jahr 2002. Spitzenkandidat war Jan Timke, der kurze Zeit später aus der *Schill-Partei* austrat und die *Bürger in Wut* (BIW) gründete.³⁶ Im Handbuch der deutschen Parteien werden die BIW als Partei bewertet, die „rechtskonservative und rechtspopulistische Einsprengsel“³⁷ aufweise; es wird zudem vermerkt, dass sich die Partei gegenüber „Kooperationen mit radikaleren rechtspopulistischen Kräften im europäischen Ausland“

³⁴ Vgl. Schomers, Michael (1990): Deutschland ganz rechts. Sieben Monate als Republikaner in BRD & DDR, Köln; Henning, Eike (1991): Die Republikaner im Schatten Deutschlands. Eine Studie, Frankfurt am Main; Pfahl-Traugher, Armin (1994): Volkes Stimme? Rechtspopulismus in Europa, Bonn (hier S. 65-82).

³⁵ Vgl. Carini, Marco/Speit, Andreas (2002): Ronald Schill. Der Rechtssprecher, Hamburg; Hartleb, Florian (2013a): Schill-Partei, in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch deutscher Parteien, Wiesbaden, S. 381-387.

³⁶ Vgl. Hartleb (2013a), S. 384.

³⁷ Hartleb, Florian (2013b): Bürger in Wut (BIW), in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch deutscher Parteien, Wiesbaden, S. 191.

offen gezeigt habe.³⁸ Zudem wird darauf verwiesen, dass bei den auch heute noch existierenden BIW die Kritik an der EU im Allgemeinen sowie am Rettungsschirm für Griechenland insbesondere wachsenden Raum einnehme.³⁹

Ebenfalls im Jahr 2001 trat die Partei *Pro Deutsche Mitte – Initiative pro DM* (PRO DM) in Erscheinung. PRO DM war eine ebenfalls rechtspopulistische Partei, die 1998 auf Initiative des Millionärs Bolko Hoffmann gegründet und nach dessen Tod im Jahr 2007 aufgelöst wurde. Hoffmann war Hauptaktionär der Nachrichtenagentur ddp und Herausgeber der Finanz-Zeitschrift *Effekten-Spiegel*; er soll laut einem Bericht der Zeitschrift *Tempo* die *Republikaner* (REP) bei deren Wahlkampf in Bayern finanziell unterstützt haben.⁴⁰ Bemerkenswert ist hierbei der Tatbestand, dass mit PRO DM erstmalig die Forderung nach Wiedereinführung der D-Mark Eingang in die parteipolitische Auseinandersetzung gefunden hat – sogar im Namen. Obwohl die Programmatik von PRO DM große Parallelen zu den Forderungen des ebenfalls rechtspopulistisch und eurofeindlich ausgerichteten *Bund Freier Bürger – Offensive für Deutschland* (BFB) aufwies, kam es nicht zu einer Zusammenarbeit, weil der BFB aus Hoffmanns Sicht „zu rechtslastig“⁴¹ war. Der BFB wurde schon im Jahr 1994 auf Initiative des früheren bayerischen FDP-Vorsitzenden Manfred Brunner gegründet. Brunner war 1992 aufgrund seiner ablehnenden Haltung zum Vertrag von Maastricht von seiner Stellung als EG-Beamter entbunden worden.⁴² Mit seinen Kampagnen gegen die Währungsunion war der BFB die erste Partei in Deutschland, die sich der Euro-Thematik zentral angenommen hat. Doch trotz der versuchten Annäherung an den österreichischen Rechtspopulisten Jörg Haider erreichte der BFB nicht im Mindesten eine Aufmerksamkeit, die mit derjenigen der damaligen FPÖ vergleichbar gewesen wäre. Die Europawahlen 1994 zu einer 'Volksabstimmung gegen Maastricht und für die Deutsche Mark' zu machen, wie es der BFB plante, scheiterte ebenso an einer entsprechenden Wählerzustimmung wie die folgenden Wahlauftritte dieser rechtspopulistischen Partei, die im Jahr 2000 schließlich ihre Arbeit einstellte. Nicht nur in inhaltlicher Hinsicht teilt der frühere BFB wesentliche Merkmale mit der heutigen AfD: Auch ihr auffällig hoher Professorenanteil weist Ähnlichkeiten zur AfD auf; mit Karl Albrecht Schachtschneider und Joachim Starbatty zählen sogar zwei ehemalige BFB-Mitglieder zum prominenten Unterstützerkreis der heutigen AfD.

Erfolgreiche Parteien rechts des liberalkonservativen Blocks in europäischen Nachbarländern suchen bislang vergeblich nach einem möglichen Bündnispartner in Deutschland. In seiner Rede zum Wahlkampf der (ebenfalls erfolglosen) rechtspopulistischen Partei *Die Freiheit* im September 2011 verdeutlichte der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders dieses Anliegen:

„Deutschland braucht eine rechte Partei, die nicht belastet ist mit Neonazi-Verbindungen und durch Antisemitismus, sondern die anständig und respektabel und auch standfest ist.“⁴³

³⁸ Ebd. S. 192f.

³⁹ Vgl. ebd. S. 191

⁴⁰ Rechtsschutzinstitut (Hg.) (1997): Lokalpolitik und die extreme Rechte in Düsseldorf. Düsseldorf, S. 84.

⁴¹ Hartleb, Florian (2013c): Initiative Pro D-Mark, in: Decker, Frank/Neu, Viola (Hrsg.): Handbuch deutscher Parteien, Wiesbaden, S. 315.

⁴² Vgl. Grewe, Hartmut (1994): Der „Bund freier Bürger“, Sankt Augustin.

⁴³ Geert Wilders: Rede zum Wahlkampf der Partei Die Freiheit in Berlin am 03.09.2011. <http://www.diefreiheit.org/rede-von-geert-wilders-am-3-september-2011-in-berlin/>, abgerufen am 13.02.2012.

Das Angebot zu einer möglichen politischen Allianz mit Geert Wilders hat die AfD laut Pressemeldungen abgelehnt mit dem Argument: „Die AfD sucht vor der Wahl keinen Kontakt zu anderen Parteien in irgendeiner Weise“.⁴⁴ Wie eine solche Haltung seitens der AfD bei der kommenden Europawahl ausfallen wird, ist aktuell noch nicht zu beurteilen.

1.5 Die AfD: Eine Antwort auf die rechtspopulistische Lücke?

Spätestens seit der Sarrazin-Debatte wird hierzulande ausführlich die Frage um die Chancen einer neuen Rechtsaußenpartei diskutiert: Rund 18 Prozent der Wählerstimmen prognostizierte im September des Jahres 2010 eine Emnid-Umfrage einer fiktiven Sarrazin-Partei.⁴⁵ Doch bislang konnte keine Partei rechts der Union dieses Einstellungspotenzial bündeln. Mit seinen Thesen bediente der Erfolgsautor jedoch nicht bloß muslimfeindliche und sozialbiologische Zuschreibungen⁴⁶, sondern zudem auch eine Euro- und EU-skeptische Haltung⁴⁷. Für eine Buch-Publikation gegen den Euro wurde ihm der Deutsche Mittelstandspreis verliehen. Die Laudatio dafür hielt der heutige AfD-Unterstützer Hans-Olaf Henkel am 6. November 2012. Darin titulierte Henkel den Preisträger als „deutschen Widerstandskämpfer im besten Sinne des Wortes“.⁴⁸ Henkel, der Brüssel als Synonym für die derzeitige EU-Politik nimmt, in der „zunehmend Selbsttäuschung, Gleichmacherei und Sozialismus um sich“ greifen,⁴⁹ steht damit als Vertreter eines Protest-Milieus gegen den Euro, das Deutschland durch einen angeblich drohenden europäischen „Zwangssozialismus“ bedroht sieht.

In ihrer Untersuchung der rechtsgelagerten⁵⁰ deutschen Anti-Euro-Proteste stoßen die Protestforscher David Bebnowski und Nils Kumkar bei der Durchführung von Befragungen und

⁴⁴ Alternative für Deutschland: Absage an Europas Nationalisten, 28.08.2013, <http://www.euractiv.de/wahlen-und-macht/artikel/alternative-fuer-deutschland-absage-an-europas-nationalisten-007943>, abgerufen am 28.08.2013.

⁴⁵ Umfrage: Jeder fünfte Deutsche würde eine Sarrazin-Partei wählen, 05.09.2010. <http://www.welt.de/politik/deutschland/article9409117/Jeder-fuenfte-Deutsche-wuerde-Sarrazin-Partei-waehlen.html>, abgerufen am 13.02.2012.

⁴⁶ Vgl. Ahlheim, Klaus (2011): Sarrazin und der Extremismus der Mitte. Empirische Analysen und pädagogische Reflexionen, Hannover

⁴⁷ So etwa durch sein Werk „Europa braucht den Euro nicht“. Zudem stellt Sarrazin die Haltung der SPD, der Grünen und der Linken zum Euro in einen bedenklichen Zusammenhang: Die Zeitung Focus zitiert ihn bei seiner Buchpräsentation mit der Vorstellung der These, jene Parteien würden den Euro aus jenem Reflex unterstützen, „wonach die Buße für Holocaust und Weltkrieg erst endgültig getan ist, wenn wir alle unsere Belange, auch unser Geld, in europäische Hände gelegt haben“.

http://www.focus.de/finanzen/news/staatsverschuldung/europa-braucht-den-euro-nicht-thilo-sarrazin-sieht-eurobonds-als-busse-fuer-holocaust-und-weltkrieg_aid_755135.html, abgerufen am 05.07.2013

⁴⁸ Henkel, Laudatio, 6. November 2012. <https://www.facebook.com/hansolafhenkel/posts/498026440229101>, abgerufen am 04.07.2013.

⁴⁹ Henkel trocken, 13.08.2012. <http://www.handelsblatt.com/meinung/kolumnen/kurz-und-schmerzhaft/henkel-trocken-god-save-europe-not-the-euro/6993876.html>, abgerufen am 10.08.2013.

⁵⁰ Hier ist zu berücksichtigen, dass Kampagnen und Proteste gegen den Euro und/oder die EU-Krisenpolitik durchaus von sehr unterschiedlichen politischen Strömungen getragen werden, die sowohl linke als auch rechte Ansätze umfassen. Linke Motivationen finden sich etwa bei den *Occupy*-Protesten oder bei Aktionen des globalisierungskritischen Netzwerks *Attac* (vgl. exemplarisch hierzu: Geiges, Lars/Neef, Tobias/van Dijk, Pepijn: „Wir hatten es irgendwann nicht mehr im Griff“. Occupy und andere systemkritische Proteste, in: Marg, Stine/Geiges, Lars/Butzlaff, Felix/Walter, Franz (Hg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert Protestbewegungen?, Hamburg, S.180–218.)

Gesprächen auf ein in diesen Kreisen weit verbreitetes Bild von einer „schleichenden Sozialdemokratisierung“ der EU, die sich in eine „DDR-light“ transformiere.⁵¹ Solcherlei Vorstellungen verdichten sich zu der Wortschöpfung einer „EU-DSSR“ als Ausdruck imaginierten sozialistischer Vorherrschaft in Europa. Dieses Protestmilieu wird getragen von marktradikalen, verschwörungstheoretischen und schlicht protestbewegten Aktivisten aus nationalkonservativ und neoliberal orientierten politischen Strömungen: Aus Gruppierungen wie dem *Bürgerkonvent*, den *Familienunternehmern*, dem *Konvent für Deutschland*, dem *Bündnis Bürgerwille*, der *Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft*, der *Mont Pelerin Society*, dem *Liberalen Aufbruch*, dem *Aktionsbündnis Direkte Demokratie*, Wahlgruppierungen wie der *Partei der Vernunft*, aber auch der *Bundesvereinigung Freie Wähler* speisen sich diese Anti-Euro-Proteste. Laut Ansicht der Forscher eint dieses heterogene Milieu der Wunsch nach populistischem politischem Tabubruch – ganz nach dem Muster von Thilo Sarrazin.⁵²

Dieses Protestmilieu stellt eine Form von zivilgesellschaftlichem Resonanzraum für die Herausbildung der AfD dar. Der dort gepflegte Verweis auf das Recht auf Meinungsfreiheit, einhergehend mit dem Willen zum Kampf gegen eine vermeintlich vorherrschende und Meinungen diktierende ‚politische Korrektheit‘ haben eine deutlich rechts gelagerte politische Grundierung. Dies lässt sich exemplarisch an einem Beitrag des AfD-Gründungsmitglieds Alexander Gauland in der Zeitung Tagesspiegel mit der Überschrift „Das politisch korrekte Deutschland“⁵³ verdeutlichen: Der Autor wendet sich darin gegen einen „Hang zur Intoleranz“ in demokratischen Debatten, in denen angeblich eine „vom Mainstream abweichende Position ins moralische Aus“ gedrängt würde. Im Beitrag nennt Gauland konkrete Beispiele für solche Positionen: die Frauenquote, das Gender-Mainstreaming, den Klimawandel, die Zuwanderung, Sarrazin und den Zweiten Weltkrieg. Über den Nutzen der Frauenquote dürfe gar nicht mehr sinnvoll diskutiert werden, und wer auf den „kleinen Unterschied“ zwischen Frauen und Männern verweise, werde „von bigotten Gender-Ideologen schief angesehen“. Auch „Zweifel an einem ausschließlich von Menschen gemachten Klimawandel“ dürfe man kaum noch äußern, „ohne in die Nähe der Holocaust- oder Auschwitz-Leugner zu geraten“. Ebenso würde „in keinem anderen Land der Welt“ die Frage, „ob Zuwanderung aus fremden Kulturkreisen für ein Land und seine Gesellschaft sinnvoll oder belastend ist, und ob sich manche Kulturkreise schwerer damit tun, als die vielen klugen türkischstämmigen Fernsehgesichter demonstrieren wollen, von so vielen Tabus umstellt“. Auch bei der Debatte um Sarrazin gehe es „allein darum, ob nach dem Urteil selbst ernannter Zensoren nicht nützliche Debatten überhaupt noch geführt werden dürften“. Als Beispiel einer früher angeblich noch besser ausgeprägten Meinungskultur führt der Autor folgende Begebenheit auf:

„Der konservative CDU-Politiker Alfred Dregger pflegte gern darauf hinzuweisen, dass er in den Maitagen 1945 in Breslau bis zur letzten Patrone gegen die Russen gekämpft habe. Obwohl dieser Sündenstolz schon damals manches Stirnrunzeln hervorrief, hat es doch seiner Karriere nicht geschadet. Ähnliche Bemerkungen würden heute wohl nicht nur zum

⁵¹ Bebnowski, David/Kumkar, Nils (2013): „Jeder hat Angst, seinen Besitzstatus zu verlieren“. Die Anti-Euro-Proteste, in: Marg, Stine/Geiges, Lars/Butzlaff, Felix/Walter, Franz (Hg.): Die neue Macht der Bürger. Was motiviert Protestbewegungen?, Hamburg, S. 231.

⁵² Vgl. ebd., S. 240.

⁵³ Gauland, Alexander, Offener Meinungskampf. Das politisch korrekte Deutschland, in: Tagesspiegel vom 10. Dezember 2012

Karriereende, sondern auch zum umgehenden Ausschluss aus jeder politisch korrekten Diskussion führen. Deutschland ist nicht nur weiblicher, weltoffener und demokratischer geworden, es hat sich auch ein Zug zum Intoleranten breitgemacht.“

Nun lässt sich leicht belegen, dass sehr wohl in der Union offen über die Frauenquote debattiert wird, ebenso heftige politische und mediale Auseinandersetzungen über das Gender Mainstreaming stattgefunden haben und die Themen Klimawandel und Zuwanderung sehr wohl kontrovers diskutiert werden. Auch verdeutlicht schon die schlichte Erinnerung daran, dass der Buchverkaufserfolg von Thilo Sarrazin erst durch Vorabdrucke und PR in den einflussreichen Medien *Spiegel* und *Bild*-Zeitung zustande gekommen ist, die Mär von angeblicher Zensur der darin geäußerten Thesen. Die Art der Bewertung der in der Nachkriegszeit lange geleugneten Verbrechen der Wehrmacht und das vielfach kolportierte Bild vom ‚anständigen deutschen Soldaten‘, unterscheidet schließlich eine sich der NS-Vergangenheit stellenden von einer diese verklärenden Haltung. Deshalb geht es bei dem hier vorgestellten Beitrag von Gauland nicht um den Wahrheitsgehalt der genannten Beispiele von ‚Intoleranz‘ und ‚unterdrückter Meinungsfreiheit‘, sondern um die dahinter stehende politische Botschaft. In dem Beitrag spiegeln sich plakativ die Grundaussagen rechtsgesinnter Kampfansagen gegen eine angebliche „political correctness“, wie sie in Blättern wie der neurechten Wochenzeitung *Junge Freiheit* (JF) schon seit etlichen Jahren kampagnenförmig verbreitet werden.⁵⁴ Dem offen rassistisch ausgerichteten Internetblog mit dem Namen *politically incorrect* gefielen die Ausführungen Gaulands so sehr, dass sie über das eigene Portal zur Lektüre angeboten wurden.⁵⁵ Eine so gelagerte Kritik an angeblichen Denk- oder Meinungsverböten sieht nämlich erklärtermaßen in dem mit der Chiffre ‚1968‘ belegten gesellschaftlichen Aufbruch, in den Emanzipationsbewegungen von Frauen und sexuellen Minderheiten, in der kritischen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit wie in der zivilgesellschaftlichen Demokratisierung der Bundesrepublik und ihrer allmählichen Öffnung zum Selbstverständnis ihrer multikulturellen Verfasstheit ihre Gegner. Kurzum: Im zitierten Beitrag kommt eine komprimierte Spiegelung dezidiert rechtsgerichteter Kampfansagen gegen spezifische Formen von Emanzipation und Demokratisierung zum Ausdruck, gegen die erklärtermaßen ein „Meinungskampf“ unter dem Schlagwort der Meinungsfreiheit geführt wird.

Auch die Deutungen der EU-Krise als Ausdruck von angeblicher Unvereinbarkeit von Nord- und Südeuropa sowie pauschale Negativzuschreibungen hinsichtlich der Arbeitsmoral von ‚Südländern‘ in der AfD-Rhetorik weisen bedenkliche Schnittmengen mit rechtsnationalistischer Rhetorik auf. Im Interview mit der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* stellte Parteichef Bernd Lucke zudem die europäische Wirtschaftskrise argumentativ in einen bemerkenswerten Zusammenhang mit einer den Bevölkerungen der südeuropäischen Staaten angeblich innewohnenden Arbeitsmoral:

„Wenn die Menschen in diesen Ländern weniger und entspannter arbeiten wollen und dafür weniger Wohlstand in Kauf nehmen, bitte schön. Das eigene Glück zu verfolgen ist doch das elementare Recht jedes Volks.“⁵⁶

⁵⁴ Vgl. Helmut Kellershohn (Hg.) Die deutsche Stimme der Jungen Freiheit. Lesarten des völkischen Nationalismus in Publikationen der extremen Rechten, Münster

⁵⁵ Vgl. <http://www.pi-news.net/2012/12/alexander-gauland-polit-korrektes-deutschland/>, abgerufen am 01.07.2013

⁵⁶ Lucke, Bernd: Raus aus dem Euro?, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung vom 19.05. 2013.

Solche Ausführungen suggerieren, die Krise in südeuropäischen Staaten resultiere aus fehlender Arbeitsmoral der dortigen Bevölkerungen. Solcherlei Zuschreibungen bedienen pauschalisierend das Bild vom 'faulen Südländer'. Zudem spricht die Annahme angeblich homogener 'Volkseigenschaften' der Bevölkerungen der südeuropäischen Staaten hinsichtlich eines ihnen 'innewohnenden Arbeitsverhaltens' rechtspopulistischen Zuschreibungen zu. Zu untersuchen ist, ob sich solche Zuschreibungen und Haltungen nachhaltig in der AfD verankern. Dabei kann die Bewertung der politischen Verfasstheit der AfD sich nicht auf eine Analyse der Parteistruktur, des Programms und Äußerungen ihres Führungspersonals beschränken, sondern muss den Blick auch auf den sozialkulturellen und politischen Kontext dieses Anti-Euro-Protestmilieus richten.

2 Die Entstehungsgeschichte der AfD

Es gibt einen Tag, an den sich noch heute viele erinnern können, die bei der AfD oder einer ihrer Vorläufer-Organisationen aktiv geworden sind. Gerd Robanus, damals noch Bundesvorstandsmitglied der *Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU*, hat ihn einmal im Gespräch mit der Tageszeitung *Die Welt* erwähnt. Am Vormittag des 25. März 2010 habe Bundeskanzlerin Angela Merkel vor dem Bundestag bekräftigt, sie werde direkte Finanzhilfen an das krisengeschüttelte Griechenland niemals zulassen. Am Abend des 25. März 2010 stimmte sie dann auf dem EU-Gipfel dem ersten „Rettungspaket“ für Athen zu. „Mit der Hilfe für Griechenland haben die Staats- und Regierungschefs die im Maastricht-Vertrag verankerte No-Bailout-Klausel ausgehebelt“, stellte Robanus resigniert fest. *Die Welt* brachte die Reaktion des altgedienten CDU-Mannes im Rückblick auf den Punkt: „Mit diesem Vertragsbruch zerbrach auch sein Vertrauen in Merkels Europapolitik.“⁵⁷

In der ersten Jahreshälfte 2010 entzündeten sich, ausgelöst durch die eskalierende Euro-Krise, heftige Debatten in bundesdeutschen Wirtschaftskreisen. „Im Jahre zwölf ihres Bestehens droht die gemeinsame Währung, der Euro, zu platzen“, schrieb beispielsweise Roland Tichy, Chefredakteur der *WirtschaftsWoche*, im Januar 2010 „und dabei geht es nicht nur um ein bequemes Zahlungsmittel, das Touristen den mühseligen Geldumtausch ... erspart“. „Wie ein eitriges Geschwür platzt auf, wovor Kritiker der gemeinsamen Währung von Anfang an gewarnt haben und wofür sie vom politischen Establishment der Panikmache bezichtigt wurden“, fuhr Tichy fort:

*„Eine gemeinsame Währung kann nicht funktionieren, wenn die zwangsvereinigten Länder sich wirtschaftlich zu weit auseinanderentwickeln, wenn es keine gemeinsame Finanz- und Wirtschaftspolitik gibt, wenn die Regeln für Arbeitsmärkte, Lohnfindung und Gewerkschaftspolitik zu unterschiedlich sind.“*⁵⁸

Tichy hatte damit den Kern des Problems benannt, das nicht nur das politische, sondern auch das wirtschaftliche Establishment der Bundesrepublik für die nächsten Monate und Jahre beschäftigen sollte: Die offen zutage tretenden inneren Widersprüche in der Europapolitik.

Soll man den Euro mit all seinen Widersprüchen auch in der Krise weiterhin stützen? In deutschen Wirtschaftskreisen gab es von Anfang an zwei Antworten auf diese Frage. Der breite Mainstream sagte damals – und sagt bis heute – 'ja'. Das lohne sich, auch wenn es den Staatshaushalt eine

⁵⁷ Günther Lachmann: Enttäuschte CDU-Politiker gründen Wahlalternative, 04.10.2013. <http://www.welt.de/politik/deutschland/article109606449/Enttaeuschte-CDU-Politiker-gruenden-Wahlalternative.html>, abgerufen am 15.08.2013.

⁵⁸ Roland Tichy: Der wahre Teuro, 16.01.2010. <http://blog.wiwo.de/chefsache/2010/01/16/der-wahre-teuro/>, abgerufen am 15.08.2013.

beträchtliche Summe koste. "Dem stabilen und sicheren Euro haben wir als deutsche Wirtschaft einen Teil unseres Erfolges zu verdanken", erklärte im November 2010 exemplarisch Hans-Peter Keitel, damals Präsident des *Bundesverbandes der Deutschen Industrie* (BDI): "Die deutsche Industrie war und ist eindeutiger Befürworter der gemeinsamen europäischen Währung." Dabei sei man sich durchaus "bewusst, dass unser Land in der europäischen Partnerschaft mehr Unterstützung leisten muss, als dies ursprünglich beabsichtigt war".⁵⁹ Ähnlich hatte es Roland Tichy in der *WirtschaftsWoche* schon im Januar 2010 formuliert: "Weil Deutschland der Gewinner und Profiteur der gemeinsamen Währung ist, wird es den größten Teil der Anpassungslasten bezahlen müssen."⁶⁰ Aber das lohne sich.

Demnach war der 25. März 2010, an dem die Bundeskanzlerin auf dem EU-Gipfel dem ersten "Rettungspaket" für Griechenland zustimmte, der Tag, an dem sich Berlin erstmals eindeutig und unter Inkaufnahme spürbarer Kosten auf den Versuch festlegte, den Euro zu stabilisieren. Für den Minderheiten-Flügel im deutschen Wirtschafts-Establishment, der das Festhalten am Euro ablehnt und sogar für verhängnisvoll hält, war das eine schwere Niederlage. Deshalb gilt dieses Ereignis als Schlüsselmoment für die Gründung der AfD. "Dass Bundeskanzlerin Merkel an einem Vormittag des Jahres 2010 versicherte, Griechenland werde keine Finanzhilfen erhalten, dieses Versprechen aber schon am Nachmittag brach", sei "der Auslöser" für die Gründung der *Wahlalternative 2013* gewesen, schrieb im April 2013 die der AfD verbundene Internetzeitung *Die freie Welt*.⁶¹ Aus der *Wahlalternative 2013* ging Anfang 2013 unmittelbar die AfD hervor.

Das Spektrum derjenigen welche das Festhalten am Euro für viel zu riskant und zu kostspielig hielten und sich deshalb nach dem 25. März 2010 auf die Suche nach Möglichkeiten zur politischen Intervention machten, lässt sich wie folgt beschreiben: Es bestand zunächst aus eine Gruppen von Wirtschafts-Professoren mit einer neoliberalen Ausrichtung, die die Euro-Rettungsmaßnahmen für gefährlich und den für sie nötigen Einsatz umfangreicher Gelder für unzulässige staatliche Marktinterventionen hielten. Dazu kamen Vertreter mittelständischer Unternehmen mit massiven Vorbehalten gegenüber der Euro-Rettungspolitik, die vor allem die drohende Inflation und eine mögliche Währungs-Instabilität fürchteten. Zu diesen zwei Gruppen gesellte sich noch eine dritte, allerdings deutlich kleinere Gruppe von Ökonomen, über welche Roland Tichy in der *WirtschaftsWoche* schrieb, sie hätten vor der Einheitswährung wegen deren innerer Widersprüche "von Anfang an gewarnt"⁶².

Zu den Wirtschafts-Professoren, die im Jahr 2010 gegen die Euro-Rettungsmaßnahmen der Bundesregierung mobil zu machen begannen, gehört an vorderster Stelle Bernd Lucke. Er war bereits 1978 in die CDU eingetreten, hatte Wirtschaftswissenschaften an der Universität Bonn sowie an der University of California in Berkely studiert und war 1988 an die Freie Universität Berlin gegangen, wo er 1991 promovierte und 1997 habilitierte. Seit 1998 wirkt er als Professor für

⁵⁹ BDI-Präsident Keitel: "Die deutsche Wirtschaft hat dem Euro einen Teil ihres Erfolges zu verdanken", Pressemitteilung des Bundesverbandes der Deutschen Industrie vom 29.11.2010. <http://www.presseportal.de/pm/6570/1725622/bdi-praesident-keitel-die-deutsche-wirtschaft-hat-dem-euro-einen-teil-ihres-erfolges-zu-verdanken> , abgerufen am 15.08.2013.

⁶⁰ Roland Tichy: Der wahre Teuro, 16.01.2010. <http://blog.wiwo.de/chefsache/2010/01/16/der-wahre-teuro/> , abgerufen am 15.08.2013.

⁶¹ Ausführliche Infos zu AfD in der "Welt", 11.04.2013. <http://www.freiewelt.net/nachricht/ausfuhrliche-infos-zu-afd-in-der-welt-22340/> , abgerufen am 15.08.2013.

⁶² Roland Tichy: Der wahre Teuro, 16.01.2010. <http://blog.wiwo.de/chefsache/2010/01/16/der-wahre-teuro/> , abgerufen am 15.08.2013.

Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg und hat seine akademische Tätigkeit immer wieder mit praktischen Aktivitäten verbunden. 1990 arbeitete er als Wissenschaftlicher Referent beim *Sachverständigenrat zur Einführung der Sozialen Marktwirtschaft in der DDR*, 1991 bis 1992 hatte er den Posten eines Leitungsreferenten beim Senator für Finanzen des Landes Berlin inne.⁶³ Später beriet er zeitweise die Weltbank.

Seine erste Intervention in die Bundespolitik startete Lucke im Jahr 2005. Damals hatte es – kurz vor der Bundestagswahl – aus den Reihen der rot-grünen Bundesregierung Äußerungen gegeben, die nach den "Hartz IV"-Kürzungen nun wieder für Lohnerhöhungen plädierten. Lucke initiierte daraufhin gemeinsam mit seinen Hamburger Professoren-Kollegen Michael Funke und Thomas Straubhaar den *Hamburger Appell*, der im Sommer 2005 – ebenfalls noch vor der Bundestagswahl – veröffentlicht wurde. Dieser Appell richtete sich dezidiert gegen die erwähnten Vorschläge, die Lohnkürzungen zu beenden. "Durch geeignete Maßnahmen, so wird suggeriert, könne eine Erhöhung der Binnennachfrage erreicht werden, die eine Überwindung der strukturellen Wachstumsschwäche nach sich ziehen würde", fassten Lucke, Funke und Straubhaar den rot-grünen Kerngedanken zusammen – und wiesen ihn dezidiert zurück:

*"Diese Vorstellung ist falsch und gefährlich. Als Hochschullehrer für Volkswirtschaftslehre warnen wir eindringlich davor, Illusionen zu erzeugen und damit die Akzeptanz notwendiger Reformen zu untergraben. Wir appellieren an das Verantwortungsbewusstsein der gewählten Volksvertreter, der Versuchung einfacher Lösungen zu widerstehen und statt dessen ungeschönte Antworten auf die drängenden ökonomischen Fragestellungen zu geben."*⁶⁴

Es gelang den Initiatoren, fast 250 Ökonomen zur Unterzeichnung des Dokumentes zu bewegen und dadurch auf die öffentliche Debatte einzuwirken.

An das Format des *Hamburger Appells* knüpfte Lucke im Jahr 2010 mit der Gründung des *Plenums der Ökonomen* an. Den Anstoß gab die Entscheidung der Bundesregierung, das "Rettungspaket" für Griechenland mitzutragen. "Hinter uns liegen dramatische Wochen", formulierte Lucke im Gründungsauf Ruf für das *Forum der Ökonomen*:

"Die drohende Zahlungsunfähigkeit von Mitgliedsstaaten der Eurozone und die vermeintlichen Gefahren für die Gemeinschaftswährung gaben Bundesregierung und Europäischer Zentralbank Anlass, in kürzester Zeit Entscheidungen von historischer Tragweite zu treffen."

Abhilfe schaffen könne man, so heißt es in dem Aufruf weiter, wenn deutsche Wirtschaftswissenschaftler ein kontinuierlich arbeitendes Forum gründeten, "um sich kompetent, prägnant und ggf. auch schnell zu aktuellen wirtschaftspolitischen Entwicklungen von nationaler Bedeutung äußern zu können".⁶⁵ Bündelte man den vorhandenen wirtschaftswissenschaftlichen

⁶³ Prof. Dr. Bernd Lucke: CV. <http://www.wiso.uni-hamburg.de/en/professuren/wachstum-und-konjunktur/team/prof-dr-bernd-lucke/cv/>, abgerufen am 15.08.2013.

⁶⁴ *Hamburger Appell*. http://www.wiso.uni-hamburg.de/fileadmin/wiso_vwl_iwk/paper/appell.pdf, abgerufen am 15.08.2013.

⁶⁵ Gründungsauf Ruf an alle deutschen Hochschullehrer für Volkswirtschaftslehre. http://www.wiso.uni-hamburg.de/lucke/?page_id=375, abgerufen am 15.08.2013.

Sachverstand, dann könne die Politik jederzeit darauf zurückgreifen – das war der Grundgedanke. „Das Plenum der Ökonomen berät und äußert sich ausschließlich zu volkswirtschaftlichen Ausnahmesituationen von herausragender nationaler Bedeutung“, heißt es im Gründungsaufwurf – erneut mit klarem Bezug auf die Euro-Krise – weiter:

„Einziges Ziel des Plenums ist es, die Öffentlichkeit und die demokratisch legitimierten Institutionen unseres Staates rechtzeitig und fundiert über die Einschätzung der diesem Staat dienenden Wissenschaftler zu informieren.“

Nach Möglichkeit sollten sich sämtliche „Hochschullehrer für Volkswirtschaftslehre, die an einer deutschen Universität oder als deutsche Staatsbürger an einer ausländischen Universität lehren“, an dem „Plenum“ beteiligen, schlugen die Erstunterzeichner vor. Stellungnahmen des „Plenums“ könnten via Internet problemlos und bei Bedarf in kürzester Frist erarbeitet werden. Bis zum Juni 2013 schlossen sich dem Aufruf mehr als 320 Wirtschaftswissenschaftler aus ganz Deutschland an.

Einlösen konnte das *Plenum der Ökonomen* seinen Anspruch sicherlich nicht. Immerhin ist ihm aber im Februar 2011 ein Achtungserfolg gelungen: Eine scharfe Stellungnahme gegen die Absicht, den Euro-„Rettungsschirm“ auszudehnen und einen dauerhaften Rettungsmechanismus zu etablieren, rief eine heftige Debatte in der Fachwelt hervor. „Dauerhafte Rettungsmechanismen, die Staatsinsolvenz und Umschuldung ausschließen“, führten unweigerlich „zu einer ungerechtfertigten Umverteilung von den Steuerzahlern der solventen Euroländer zu den Gläubigern der Schuldnerstaaten“, hieß es in dem Papier.⁶⁶ Das aber dürfe keinesfalls geschehen. Die Redaktionen bedeutender Tageszeitungen widmeten der Stellungnahme aufmerksame Berichte. Von einer „Massenpetition deutscher VWL-Professoren“ sprach beispielsweise die *Frankfurter Allgemeine Zeitung*:

„Der Plan der europäischen Finanzminister, den Euro-Rettungsschirm auszudehnen und einen dauerhaften Rettungsmechanismus (ESM) einzurichten, stößt auf geballten Widerstand unter deutschen Ökonomen.“⁶⁷

Obleich das *Plenum der Ökonomen* bis heute existent ist, hat dessen Initiator Bernd Lucke weitere Initiativen beschritten, um diesem Anliegen zum Durchbruch zu verhelfen. Dabei ist ihm nur ein kleiner Teil des *Plenums* gefolgt. Der bekannte Kritiker der Euro-Rettungspolitik, der Präsident des *ifo Instituts für Wirtschaftsforschung*, Hans-Werner Sinn, äußert sich zurückhaltend in Bezug auf die AfD. „Bernd Lucke und viele seiner Mitstreiter sind anerkannte Ökonomen, die wissen, wovon sie reden“, erklärte Sinn, der 2010 den Gründungsaufwurf des *Plenums der Ökonomen* ebenso unterzeichnet hatte wie später dessen Stellungnahme vom Februar 2011: „Trotzdem gehöre ich der Partei nicht an und gebe dem Euro noch mehr Chancen, als die Kollegen es tun.“⁶⁸

⁶⁶ Plenum der Ökonomen: Stellungnahme zur europäischen Schuldenkrise, 24.02.2011. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/stellungnahme-im-wortlaut-vwl-professoren-ueber-europas-schuldenkrise-1596622.html>, abgerufen am 15.08.2013.

⁶⁷ Ökonomen gegen größeren Euro-Rettungsschirm, 24.02.2011. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/massenpetition-deutscher-vwl-professoren-oekonomen-gegen-groesseren-euro-rettungsschirm-1596745.html>, abgerufen am 15.08.2013.

⁶⁸ Hans-Werner Sinn distanziert sich von Anti-Euro-Partei, 27.04.2013. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/kritiker-der-euro-rettung-hans-werner-sinn-distanziert-sich-von-anti-euro-partei-12164458.html>, abgerufen am

Widerstand gegen die Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung gab es von Anfang an auch aus dem Mittelstand, von seinen Verbänden und von seiner politischen Vertretung in den etablierten Parteien. Der eingangs erwähnte Gerd Robanus von der *Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU* in der Unionsfraktion zählt dazu, ebenso wie der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler. Der FDP-Abgeordnete ist zudem Mitglied der *Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft* und Vorsitzender des Kuratoriums der *Deutschen Mittelstandsstiftung*. Bundeskanzlerin Merkel müsse „hart bleiben“ und dürfe „Griechenland keine Hilfen versprechen“, forderte er exemplarisch Anfang März 2010⁶⁹. Als seine Partei die Euro-Rettungspolitik mittrug, trat er aus Protest dagegen vom Amt des Obmanns der FDP-Fraktion im Finanzausschuss des Deutschen Bundestages zurück. Schäfflers Aktivitäten in der FDP sind ein treffendes Beispiel für die Bemühungen parteipolitisch aktiver Mittelstands-Vertreter, die Euro-Rettungspolitik zu modifizieren und, wenn möglich, zu beenden. So beteiligte er sich noch im Jahr 2010 an der Gründung einer parteiinternen Pressure-Group mit der Bezeichnung *Liberaler Aufbruch*, die am 11. Dezember 2010 ihre Positionen zur Euro-Krise und der Euro-Rettungspolitik programmatisch übertitelte: „Die Weichen werden in der Eurokrise weiterhin falsch gestellt“.⁷⁰ Auf dem Bundesparteitag der FDP im Mai 2011 gelang Schäffler ein weithin beachteter Überraschungserfolg: Er konnte gut ein Drittel der Delegierten gegen den Willen der Parteiführung zur Ablehnung des Euro-Stabilitätsmechanismus ESM bewegen. Diese Initiative gelang ihm in Zusammenarbeit mit Burkhard Hirsch vom Bürgerrechts-Flügel der FDP, dessen Kritik sich vor allem an der geplanten Einschränkung der demokratischen Parlamentsrechte entzündete. Schäffler initiierte folgend im Herbst 2011 einen FDP-Mitgliederentscheid zur Haltung der Partei gegenüber dem ESM, der Ende 2011 allerdings scheiterte. Ende Juni 2012 stimmte er im Bundestag gegen den ESM. Darin war er sich einig mit den Mittelstands-Politikern der Union; die *Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU* warb vor der Abstimmung explizit für ein ‚Nein‘. Frank Schäffler ging zuweilen mit harschen Äußerungen an die Öffentlichkeit: „Der griechische Staat muss sich radikal von Beteiligungen an Firmen trennen und auch Grundbesitz, zum Beispiel unbewohnte Inseln, verkaufen“, forderte er etwa Anfang März 2010. Josef Schlarmann, Bundesvorsitzender der *Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU*, pflichtete ihm bei: „Ein Bankrotteur muss alles, was er hat, zu Geld machen“.⁷¹ Einige Mittelstands-Politiker sind inzwischen zu der Überzeugung gekommen, dass die Mehrheit ihrer Parteien in absehbarer Zeit nicht von der Euro-Rettungspolitik abzubringen sein wird, und haben deshalb begonnen, sich in der AfD zu engagieren. Frank Schäffler hingegen kandidiert bei der Wahl im September 2013 erneut für die FDP.

Zur Euro-Rettungspolitik haben sich neben den Mittelstands-Politikern der etablierten Parteien auch verschiedene mittelständische Wirtschaftsverbände zu Wort gemeldet. Ein Beispiel hierfür ist die *Stiftung Familienunternehmen*, zu deren Kuratoriumsmitgliedern neben zahlreichen Mittelständlern auch Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich gehört. Die Stiftung publizierte

15.08.2013.

⁶⁹ Gepfefferte Ratschläge aus Deutschland, 04.03.2010. <http://www.sueddeutsche.de/geld/griechenland-in-der-krise-gepfefferte-ratschlaege-aus-deutschland-1.19557>, abgerufen am 15.08.2013.

⁷⁰ Die Weichen werden in der Eurokrise weiterhin falsch gestellt, 11.12.2010. <http://aufbruch.okweb.hosting.greybyte.com/wp-content/uploads/2011/10/Position-Europa1.pdf>, abgerufen am 15.08.2013.

⁷¹ Gepfefferte Ratschläge aus Deutschland, 04.03.2010. <http://www.sueddeutsche.de/geld/griechenland-in-der-krise-gepfefferte-ratschlaege-aus-deutschland-1.19557>, abgerufen am 15.08.2013.

am 27. Juni 2011 anlässlich einer Währungskonferenz, die sie in Zusammenarbeit mit der Welt-Gruppe in Berlin ausrichtete, eine *Berliner Erklärung*. „Die Bundesregierung hat mit ihrer Euro-Rettungsschirm-Politik einen verhängnisvollen Weg eingeschlagen“, hieß es darin:

„Der Bundestag muss daher handeln. Dazu fordern die Familienunternehmen ihn jetzt eindringlich auf. Die Währungsunion muss auf eine neue Grundlage gestellt werden. Austritt und Ausschluss müssen möglich werden.“

Die Erklärung wurde von 100 teils prominenten Familienunternehmen unterzeichnet, darunter die Buchverlage *LangenMüller Herbig*, die *Herrenknecht AG* oder die *Würth Gruppe*.⁷² In einer Presseerklärung der *Stiftung Familienunternehmen* zum alljährlich durchgeführten „Tag des deutschen Familienunternehmens“ am 15. Juni 2012 wurde scharfe Kritik an der Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung geäußert und gefordert: „Die Krisenländer führen ihre eigene Währung wieder ein“.⁷³ Zu der Veranstaltung waren mehr als 350 Vertreter führender Familienunternehmen gekommen; Reden wurden unter anderem von Ex-Bundesfinanzminister Peer Steinbrück und von Bundeskanzlerin Angela Merkel gehalten. Die Kanzlerin sah sich gefordert, auf der Stiftungs-Veranstaltung offensiv gegen die Kritik an ihrer Politik Stellung zu beziehen. Der Euro bringe Deutschland erheblichen ökonomischen Nutzen, bekräftigte sie: „Die Stabilisierung des Euro-Raums ist eine Schlüsselfrage für uns“.⁷⁴ Zu den Verbänden, die sich gegen die Euro-Rettungspolitik positioniert haben, gehören auch *Die Familienunternehmer – ASU*, ein Zusammenschluss, der von seiner Geschäftsstelle in der Berliner Charlottenstraße aus die Interessen von rund 5.000 Unternehmen mit einem Jahresumsatz von mindestens einer Million Euro vertritt. Das *Handelsblatt* schrieb der Vereinigung sogar „eine zentrale Rolle im Kampf gegen immer neue Euro-Rettungsschirme“ zu.

2.1 Bündnisse vor der AfD-Gründung

Vor der Verabschiedung des ESM durch den Deutschen Bundestag intensivierten die oben beschriebenen Gegner der Euro-Rettungspolitik aus Wissenschafts- und Wirtschaftskreisen ihre Aktivitäten und gründeten erste Bündnisorganisationen. „Immer mehr Unternehmer, Professoren und engagierte Bürger sind der Meinung, dass die 'alternativlose' Euro-Politik der Kanzlerin nicht alternativlos bleiben sollte“, schrieb im Mai 2012 das *Handelsblatt*:

⁷² Berliner Erklärung der Familienunternehmen zur Krise des Euro, 27.06.2011. http://www.familienunternehmen.de/media/public/pdf/news/2011/pi_2011-06-27_berliner-erklaerung-der-familienunternehmen-zur-euro-krise_v6.pdf, abgerufen am 15.08.2013.

⁷³ Tag des deutschen Familienunternehmens 2012: Eurorettung und Energiepolitik in der Kritik, Presseinformation der Stiftung Familienunternehmen, 15.06.2012. http://www.familienunternehmen.de/media/public/pdf/news/2012/pi_2012-06-15_tag-des-deutschen-familienunternehmens-2012.pdf, abgerufen am 15.08.2013.

⁷⁴ Schnelle Lösungen führen nicht aus der Krise, 15.06.2012. <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Artikel/2012/06/2012-06-15-familienunternehmen-merkel.html>, abgerufen am 15.08.2013.

„Sie formieren sich zu losen Koalitionen und sich überlappenden Bündnissen, bei denen die Abgrenzung von parlamentarisch, außerparlamentarisch und Lobby-getrieben nicht einfach ist.“⁷⁵

Eine der genannten Vereinigungen war das *Bündnis Bürgerwille*. „Seit langem warnen namhafte Vertreter aus Wirtschaft und Wissenschaft vor dem verhängnisvollen Weg, den die Bundesregierung in der europäischen Schuldenkrise eingeschlagen hat“, hieß es in dessen Gründungsaufruf vom Februar 2012. „Diese droht die Bundesrepublik Deutschland in einen gefährlichen Strudel zu reißen, der ihre finanzielle, wirtschaftliche und politische Stabilität gefährdet.“ Viele Bürgerinnen und Bürger seien darüber verärgert. „Gegen die verhängnisvolle Europapolitik der Bundesregierung engagieren sich viele Organisationen und Einzelpersonen“, hieß es im Gründungsaufruf weiter:

„Manche tun dies als Mitglieder der etablierten Parteien, die mit dem europapolitischen Kurs der Parteiführung nicht einverstanden sind, aber ihrer Partei dennoch die Treue halten wollen. Andere haben sich neuen Parteien und politischen Organisationen angeschlossen, um eine politische Alternative formieren zu können. Dritte scheuen vor der Bindung an eine politische Organisation zurück und engagieren sich auf individueller Ebene, als Berater, als Kommentator oder als Demonstrant. All dies ist begrüßenswert. Doch um politisch erfolgreich sein zu können, bedarf es der Sammlung, der Koordination und der Bündelung dieser Kräfte.“

Das *Bündnis Bürgerwille* versteht sich „als überparteiliche Sammlungsbewegung“ für alle Gegnerinnen und Gegner der Euro-Rettungspolitik.⁷⁶

Ungefähr ein Dutzend Wirtschaftsprofessoren-Kollegen aus dem *Plenum der Ökonomen* zählten zu den Unterzeichnern des *Bündnis Bürgerwille*-Gründungsaufrufs, außerdem mittelständische Unternehmer und politische Vertreter von Mittelstands-Interessen wie der bereits erwähnte Frank Schäffler, Josef Schlarmann (CDU), der CDU-Bundestagsabgeordnete Klaus-Peter Willsch, der dem Vorstand des *Parlamentskreises Mittelstand* der Unionsfraktion angehörte, sowie Michael Moritz, ein Mitglied des Mittelstandsbeirats im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Prominenter Mitunterzeichner war Hans-Olaf Henkel, der ehemalige Präsident des *Bundesverbandes der Deutschen Industrie* (BDI). Zu den weiteren Unterzeichnern zählten unter anderem der Präsident des *Bundes der Steuerzahler*, Karl Heinz Däke, und der ehemalige sächsische Ministerpräsident Georg Milbradt (CDU) und Burkhard Hirsch. Das *Aktionsbündnis Direkte Demokratie* war gleich mit mehreren führenden Mitgliedern unter den Unterzeichnerinnen und Unterzeichnern des Gründungsaufrufs vertreten, daneben mit Christoph Degenhart einem Kuratoriumsmitglied von *Mehr Demokratie*. Auf der Liste findet sich schließlich auch die Unterschrift von Beatrix von Storch als Vertreterin der *Zivilen Koalition*.

Die Initiatorinnen und Initiatoren des *Bündnis Bürgerwille* schienen es offensichtlich für nötig zu erachten, sich von extremen Gruppierungen zu distanzieren: „Die Mitwirkung im Bündnis

⁷⁵ Wutbürger sammeln sich zum Euro-Angriff, 29.05.2012. <http://www.handelsblatt.com/politik/international/allianz-gegen-merkels-rettungsschirm-politik-wutbuenger-sammeln-sich-zum-euro-angriff-seite-all/6684206-all.html> , abgerufen am 15.08.2013.

⁷⁶ Aufruf an alle engagierten Bürgerinnen und Bürger! Deutschland, im Februar 2012. http://buenndnis-buergerwille.de/fileadmin/user_upload_bbw/pdf/B%C3%BCndnis_B%C3%BCrgerwille.pdf , abgerufen am 15.08.2013.

Bürgerwille“, heißt es im Gründungsaufwurf, „ist unvereinbar mit der Mitgliedschaft in einer rechtsradikalen, linksradikalen oder ausländerfeindlichen Partei“. ⁷⁷

2.2 Die Zivile Koalition

Die *Zivile Koalition* ist 2004 gegründet worden, unter maßgeblicher Beteiligung von Beatrix von Storch. Frau von Storch entfaltete ihre ersten politischen Aktivitäten 1996 als Mitgründerin der *Allianz für den Rechtsstaat*, die damals dagegen protestierte, dass die zwischen 1945 und 1949 in der DDR durchgesetzten Enteignungen von Großgrundbesitzern nicht wieder rückgängig gemacht wurden. Die *Zivile Koalition* streite zudem „unermüdlich für bürgerliche Reformen“, formulierte im April 2013 die neurechte Wochenzeitung *Junge Freiheit*:

„Reduzierung der Staatsverschuldung, Vereinfachung des Steuerrechts, Bürokratieabbau, leistungsorientiertes Bildungssystem, bürgernahes Wahlsystem – und natürlich die Verteidigung von Souveränität und Geldwertstabilität gegen eine zwangsläufig im EU-Zentralstaat mündende Euro-Rettung.“ ⁷⁸

Kritiker verweisen auf die „marktfundamentalistischen und erzkonservativen“ Positionen der *Zivilen Koalition* und sprechen von einer „deutschen Tea-Party-Bewegung“. ⁷⁹

Öffentlich bemerkbar macht sich die *Zivile Koalition* heute vor allem als Netzwerk verschiedener Initiativen, die sie von ihrem Sitz in Berlin aus betreibt; Berichten zufolge mit insgesamt 14 Angestellten. ⁸⁰ Bedeutsam sind hierbei das *Institut für Strategische Studien Berlin* (ISSB), welches von Beatrix' Ehemann Sven von Storch geleitet wird, sowie *Die Freie Welt*, eine „Internet- & Blogzeitung“. „Deutschland befindet sich in einem Erneuerungsprozess“, heißt es auf der Website:

„Alte Strukturen und verkrustete Entscheidungsprozesse geben mangelhafte oder verzögerte Antworten und Lösungen auf politische, soziale, kulturelle und wirtschaftliche Fragen und Probleme der Bürger von heute.“

Die Freie Welt wolle dazu beitragen, „den Erneuerungskräften und Bewegungen aus der Zivilgesellschaft den Weg zu öffnen“. ⁸¹ Dem Redaktionsbeirat gehören Karl Feldmeyer und Klaus Peter Krause an, die beide lange für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* schrieben und heute regelmäßig für die *Junge Freiheit* tätig sind. Mitglied im Redaktionsbeirat ist auch Gérard Albert Bökenkamp, der 2005 für Aufsehen gesorgt hatte, weil er an Seminaren des neurechten *Institut für Staatspolitik* teilnahm; wenig später sah er sich gezwungen, seinen Austritt aus der CDU zu erklären.

⁷⁷ Aufruf an alle engagierten Bürgerinnen und Bürger! Deutschland, im Februar 2012. http://buendnis-buergerwille.de/fileadmin/user_upload_bbw/pdf/B%C3%BCndnis_B%C3%BCrgerwille.pdf, abgerufen am 15.08.2013.

⁷⁸ Michael Paulwitz: Mutter der Bewegung, *Junge Freiheit* 17/2013, 19.04.2013.

⁷⁹ Jens Berger: Bürgerkonvent 2.0 – die deutsche Tea-Party-Bewegung, 08.09.2011. <http://www.nachdenkseiten.de/?p=10678>, abgerufen am 24.08.2013.

⁸⁰ Constantin Magnis: Ihr Hauptberuf ist Protest, 12.06.2013. <http://www.cicero.de/berliner-republik/afd-kandidatin-beatrix-von-storch-ihr-hauptberuf-ist-protest/54701?print>, abgerufen am 24.08.2013.

⁸¹ Impressum. <http://www.freiewelt.net/impressum/>, abgerufen am 24.08.2013.

Zur *Zivilen Koalition* gehört neben einer *Initiative Familien-Schutz*, die christlich-konservative ‚Lebensschutz‘-Positionen und lesben- und schwulenfeindliche Ansichten vertritt, und einer *Initiative Bürgerrecht Direkte Demokratie*, auch die Initiative *AbgeordnetenCheck*, deren Beirat neben Karl Feldmeyer und Klaus Peter Krause auch Konrad Adam angehört. Auf der Grundlage der marktradikal-rechtskonservativen Positionen der *Zivilen Koalition* übt sie „Druck auf Parlamentarier aus“, resümierte im Juni die Monatszeitschrift *Cicero*: „Allein seit 2011 gingen 1,7 Millionen E-Mails über die Plattform an den Bundestag.“⁸²

Als die Bundestags-Abstimmung über den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) unmittelbar bevorstand, weiteten die Gegnerinnen und Gegner der Euro-Rettungspolitik ihre Bündnis-Aktivitäten noch um einen weiteren Schritt aus. Am 23. Mai 2012 riefen zehn Bundestags-Abgeordnete, darunter Frank Schäffler und Klaus-Peter Willsch, eine *Allianz gegen den ESM* ins Leben. Dieser schlossen sich das ohnehin schon recht breite *Bündnis Bürgerwille*, der *Bund der Steuerzahler* und *Die Familienunternehmer – ASU*, sowie die den letzteren verbundene Organisation *Die Jungen Unternehmer – BJU* an. Auf der Website der *Allianz gegen den ESM* werden darüber hinaus zwei weitere Initiativen als ‚Partnerseiten‘ verlinkt: „Stop ESM“ und „Holt unser Gold heim!“

Auf der Website von „Stop ESM“, für die der bayerische Landesverband des *Bundes der Steuerzahler* verantwortlich zeichnet, wird ein Youtube-Mitschnitt einer Rede von Nigel Farage aufgeführt. Farage ist Vorsitzender der rechtspopulistischen *United Kingdom Independence Party* (UKIP). Zu den Initiatorinnen und Initiatoren der Initiative zählen neben Gerd Habermann, dem Initiator der *Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft*, auch Frank Schäffler, Hans-Olaf Henkel, Beatrix von Storch und André F. Lichtschlag. Lichtschlag ist Gründer der marktradikalen Zeitschrift *eigentümlich frei*. Weitere Initiatoren sind Oliver Janich, Ex-Vorsitzender der *Partei der Vernunft*, und der Politik-Redakteur der *Preußischen Allgemeinen Zeitung*, Hans Heckel.

Die ‚Erstunterzeichner‘-Liste der Initiative „Holt unser Gold heim!“, ist weitgehend identisch mit der Liste der Initiatorinnen und Initiatoren von „Stop ESM“. Beide Initiativen werden außerdem von zwei Personen unterstützt, die schon in den 1990er Jahren gegen den Euro mobilisierten: Bruno Bandulet und Wilhelm Hankel. Beide sind wiederkehrend als Autoren der neurechten Wochenzeitung *Junge Freiheit* in Erscheinung getreten. Bandulet war in den 1990er Jahren unmittelbar für den *Bund Freier Bürger* aktiv.⁸³

Bandulet, Herausgeber des Informationsdienstes *Gold and Money Intelligence*, publiziert in den Zeitschriften *Junge Freiheit* und *eigentümlich frei*. Starbatty, ebenfalls als Autor in der *Jungen Freiheit* vertreten, kandidiert auf Platz eins der Berliner AfD-Landesliste für den Bundestag. Schachtschneider – gleichfalls ein Autor der *Jungen Freiheit* – ist bei *pro NRW* und die FPÖ aufgetreten und hat sich im September 2005 sogar der NPD zur Verfügung gestellt – als deren "Experte" für einen Auftritt im Sächsischen Landtag.

⁸² Constantin Magnis: Ihr Hauptberuf ist Protest, 12.06.2013. <http://www.cicero.de/berliner-republik/afd-kandidatin-beatrix-von-storch-ihr-hauptberuf-ist-protest/54701?print>, abgerufen am 24.08.2013.

⁸³ Zum BFB s. näher Kap. 1.4

2.3 Auf dem Weg zur Partei

In der weiteren Entwicklung dieser Anti-Euro-Initiativen lassen sich Zusammenschlüsse von den beschriebenen Gegnerinnen und Gegnern der Euro-Rettungspolitik aus Wirtschaftswissenschaft und Mittelstand mit den Euro-Gegnern der ersten Stunde erkennen. Im September 2012 gründeten Bernd Lucke und der CDU-Mittelständler Gerd Robanus gemeinsam mit dem langjährigen CDU-Politiker Alexander Gauland und dem Journalisten Konrad Adam die *Wahlalternative 2013*. Hierbei spielte der prominente Publizist Hans-Olaf Henkel auch eine bedeutende Rolle. Von 1995 bis 2000 wirkte er als Präsident des *Bundesverbandes der Deutschen Industrie* (BDI), von 2001 bis 2005 als Präsident der einflussreichen *Wissenschaftsgemeinschaft Gottfried Wilhelm Leibniz*, in der mehr als achtzig deutsche Forschungseinrichtungen zusammengeschlossen sind. Henkel, der früher die FDP unterstützte, bekannte nach den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus im September 2011: „Ich habe die Partei zum ersten Mal seit langer Zeit nicht gewählt“ und warnte: „Die FDP muss damit rechnen, dass einer ganzen Gruppe von Leuten der Kragen platzt und diese Leute eine neue Partei gründen.“ Diese könne zwar „verdammt große Ähnlichkeit mit der FDP haben“, werde aber in der Außenpolitik und der Euro-Rettung „eine grundsätzlich andere Haltung annehmen“. ⁸⁴ Ein dazu passendes Konzept erläuterte er Ende 2011 im *Handelsblatt*. In den „etablierten Parteien“ sei mit einem Erfolg für die Gegnerinnen und Gegner der Euro-Rettungspolitik nicht zu rechnen, hielt er dort fest: „Frank Schäffler hat das in einer sehr mutigen und aner kennenswerten Art und Weise innerhalb seiner FDP versucht. Ergebnis bekannt.“ Nun könne man selbstverständlich „eine neue Partei gründen“. „Einerseits hängt eine neue liberale Partei, die Europa-freundlich, aber Euro-kritisch ist, wie eine reife Frucht am Ast. Man muss nur gegen den Stamm treten, dann fällt sie herunter.“ Andererseits aber sei „der bürokratische Akt nicht nur sehr aufwändig“; man könne auch „kaum sicherstellen, nur solche Mitstreiter zu bekommen, die die gleichen liberalen Werte und Ziele teilen“. Daraus leitete Henkel die Empfehlung ab: „Auf der Suche nach einer neuen Heimat für die Liberalen sollte man sich deshalb mal mit den 'Freien Wählern' beschäftigen.“ ⁸⁵ Er kündigte dementsprechend seinen politischen Einsatz bei den *Freien Wählern* an. Henkels Empfehlungen finden sich wieder im Konzept der *Wahlalternative 2013*: Man werde auf den Wahlparteitagen der *Freien Wähler* kandidieren, kündigte Lucke an; diese müssten dann „entscheiden, von welchem Kandidaten sie sich am ehesten vertreten fühlen“. ⁸⁶

Inhaltlich schloss die *Wahlalternative 2013* an die Vorarbeiten vom *Plenum der Ökonomen* bis zum *Bündnis Bürgerwille* an. Im Gründungsaufwurf wird gefordert:

⁸⁴ "Ich habe erstmals seit langem nicht FDP gewählt", 19.09.2011. <http://www.tagesschau.de/inland/interviewhenkel100.html> , abgerufen am 30.08.2013.

⁸⁵ Hans-Olaf Henkel: Eine neue Heimat für die Liberalen, 19.12.2011. <http://www.handelsblatt.com/meinung/kolumnen/kurz-und-schmerzhaft/henkel-trocken-eine-neue-heimat-fuer-die-liberalen-seite-all/5974142-all.html> , abgerufen am 15.08.2013.

⁸⁶ Günther Lachmann: Enttäuschte CDU-Politiker gründen Wahlalternative, 04.10.2013. <http://www.welt.de/politik/deutschland/article109606449/Enttaeuschte-CDU-Politiker-gruenden-Wahlalternative.html> , abgerufen am 15.08.2013.

“Deutschland wird im Einklang mit dem Maastricht-Vertrag nicht mehr für die Schulden fremder Staaten eintreten.” Und weiter: “Das einheitliche Euro-Währungsgebiet wird aufgegeben. Es steht allen Staaten frei, aus dem Euro auszusteigen, sich in geeigneteren Währungsverbünden (Nord- und Südeuro) zusammenzuschließen oder Parallelwährungen einzuführen.”⁸⁷

Der Bürgerrechts-Flügel der FDP, der noch im *Bündnis Bürgerwille* vertreten war, fehlte nun als Unterstützer dieses Gründungsaufrufs. Verblieben waren hingegen Vertreter des *Aktionsbündnisses Direkte Demokratie*, in dessen “Stuttgarter Manifest” die Ansicht vertreten wurde, “nur innerhalb eines Sprach- und Kulturkreises” sei eine “echte Demokratie möglich”.⁸⁸ Zu den weiteren Unterstützern dieses Aufrufs zählten Bruno Bandulet, Joachim Starbatty und Karl Albrecht Schachtschneider aus den Reihen des verbliebenen *Bund Freier Bürger* (BFB), Beatrix von Storch von der *Zivilen Koalition*, wie auch Hermann von Laer aus Vechta. Von Laer hatte im August 2010 unter dem Titel “Euro-Dämmerung” einen Beitrag in der neurechten Zeitschrift *Sezession* publiziert.

Weiterer Unterstützer des Aufrufs ist Alexander Gauland, der in der Hessischen Staatskanzlei Staatssekretär unter Ministerpräsident Walter Wallmann gewesen ist. Für Diskussion sorgte er, als er 1988 dem CDU-Politiker Wolfgang Egerter einen Leitungsposten in der Staatskanzlei verschaffte. Egerter hatte zuvor dem *Witiko-Bund* angehört, einer völkisch-revanchistischen Organisation innerhalb der *Sudetendeutschen Landsmannschaft*. Gauland hatte vor der Gründung der *Wahlalternative 2013* öffentlich mit einem Beitrag im Berliner *Tagesspiegel* für Diskussion gesorgt: “Die Deutschen haben ein gestörtes Verhältnis zur militärischen Gewalt”, hatte er geschrieben. “Sie betrachten sie nicht als die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln im Sinne von Clausewitz, sondern als das schlechthin Böse und Falsche”. Anstatt “immer von Neuem die pazifistische Melodie zu singen, wäre es klug, eine politische zu intonieren, weil eben militärische Gewalt” so folgerte er dort, “nicht an sich schlecht, sondern nur als falsche Politik schlecht ist”.⁸⁹

Ebenfalls als Unterstützer der *Wahlalternative 2013* trat Konrad Adam auf. Der Publizist arbeitete bei der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* sowie als politischer Chefkorrespondent der Tageszeitung *Die Welt* in Berlin. Seine Texte erscheinen unter anderem auch in der neurechten Wochenzeitung *Junge Freiheit*. Am 31. August 2012 veröffentlichte er dort einen Beitrag, in dem er unter dem Titel “Muttis Ödnis. Über die Einsamkeit der Konservativen in der Union” die politische Orientierung von CDU und CSU anprangerte. “Konservative haben es schwer in einer Zeit, die auf Veränderung setzt und dem Fortschritt huldigt”, schrieb Adam:

“Und nirgends schwerer als in Deutschland, wo man nur 'konservativ' mit 'rechts' und 'rechts' mit 'faschistisch' gleichsetzen muß, um einen, der sich so nennt oder nennen läßt, im Handumdrehen zu erledigen.”⁹⁰

⁸⁷ Gründungsaufwurf Wahlalternative 2013. <http://www.wa2013.de/index.php?id=208>, abgerufen am 15.08.2013.

⁸⁸ Das Stuttgarter Manifest vom 12. Juli 2011. <http://eurodemostuttgart.wordpress.com/2011/07/12/das-stuttgarter-manifest/>, abgerufen am 15.08.2013.

⁸⁹ Alexander Gauland: Warum sich die Deutschen mit Gewalt so schwer tun, 23.07.2012. <http://www.tagesspiegel.de/meinung/diffuser-pazifismus-militaerische-gewalt-ist-nicht-an-sich-schlecht/6907386-2.html>, abgerufen am 15.08.2013.

Ebenfalls für Diskussion sorgte Adam bereits im Oktober 2006. Damals äußerte er sich in der Welt zu Vorschlägen, das allgemeine und gleiche Wahlrecht abzuschaffen:

“Neulich hat ein Gastautor auf diesen Seiten den Vorschlag gemacht, den von ihm sogenannten Nettostaatsprofiteuren das Wahlrecht zu entziehen. In diese Kategorie gehören nach seiner Definition nicht nur die Beamten, die im Staat ihren Arbeitgeber sehen, und nicht nur alle diejenigen, die weniger für die Politik als von der Politik leben, die Mehrzahl der Berufspolitiker also, sondern auch und vor allem die Masse der Arbeitslosen und der Rentner.”

Diese “Anregung, den Inaktiven und Versorgungsempfängern das Wahlrecht abzuerkennen”, klinge “provokativer, als sie tatsächlich ist”. “In der Theorie der europäischen Verfassungsbewegung” habe es einst “als eine selbstverständliche Voraussetzung für die Gewährung des Wahlrechts” gegolten, “sich selbst und den Seinen den Lebensunterhalt zu verdienen”. Erst “mit dem Aufkommen der industriellen Revolution und seiner hässlichsten Folge, der Massenarbeitslosigkeit” sei “die Fähigkeit, aus eigenem Vermögen für sich und die Seinen zu sorgen, als Voraussetzung für das Wahlrecht entfallen.” “Ob das ein Fortschritt war”, schrieb Adam, könne man “mit Blick auf die Schwierigkeiten”, unter denen Deutschland heute leide, “mit einigem Recht bezweifeln”.

“Das Übergewicht der Passiven lähmt auf die Dauer auch die Aktiven und zerstört den Willen zur Zukunft”, erklärte er hierzu. Und weiter hiess es dort: “Der Anspruch, hier und heute gut zu leben, untergräbt den Willen zur Zukunft und zwingt die Politik, dem aktiven, aber schrumpfenden Teil der Bevölkerung zugunsten eines beständig wachsenden, aber unproduktiven Teils immer größere Opfer abzuverlangen. Auf diesem Weg ist Deutschland ziemlich weit vorangekommen.”⁹¹

Ein weiterer Unterzeichner der *Wahlalternative 2013*, Roland Vaubel, Professor für Wirtschaftswissenschaften an der Universität Mannheim, hat im Jahr 2007 Vorschläge zum “Schutz der Leistungseliten in der Demokratie” veröffentlicht. Man könne, schrieb er, die “Leistungseliten” beispielsweise “dadurch schützen, dass man ein Zwei-Kammer-System einführt und diejenigen, die die Hauptlast der (direkten) Besteuerung tragen, eine der beiden Kammern wählen lässt”. Oder man errichte “ein System, in dem beide Kammern von allen Bürgern gewählt werden, aber mit unterschiedlichen Gewichten”.⁹² Ein allgemeines und gleiches Wahlrecht schließen beide Vorschläge aus.

⁹⁰ Konrad Adam: Muttis Ödnis, 31.08.2012. <http://www.jungefreiheit.de/Archiv.611.0.html?jf-archiv.de/archiv12/201236083151.htm>, abgerufen am 15.08.2013.

⁹¹ Konrad Adam: Wer soll wählen? 16.10.2006. <http://www.welt.de/print-welt/article159946/Wer-soll-waehlen.html>, abgerufen am 15.08.2013.

⁹² Roland Vaubel: Der Schutz der Leistungseliten in der Demokratie, 01.02.2007. <http://wirtschaftlichefreiheit.de/wordpress/?p=17>, abgerufen am 15.08.2013.

2.4 Scheitern der *Wahlalternative 2013*

Bei der niedersächsischen Landtagswahl am 20. Januar 2013 trat die *Wahlalternative 2013* gemeinsam mit den *Freien Wählern* an. In ihrer „Niedersachsenstrategie“ rechnete die *Wahlalternative 2013* sich in dem Bundesland gute Chancen aus. Da die *Freien Wähler*, mit denen man kooperiere, „landespolitisch nicht profiliert“ seien, müsse ein „Alleinstellungsmerkmal“ her. Ein solches könnten sich die *Freien Wähler* aneignen, „indem sie die Euro-Rettungspolitik zum Schwerpunktthema machen“. Eine genaue Analyse ergebe „ein beträchtliches Wählerpotential für die Freien Wähler, wenn sie genügend Aufmerksamkeit auf sich und ihr Anliegen ziehen könnten“. Allerdings müsse man für diese Aufmerksamkeit sorgen. Die „Gründer und Hauptzeichner“ der *Wahlalternative 2013* hätten sich daher „bereiterklärt, fast flächendeckend Informationsveranstaltungen zur Euro-Rettungspolitik anzubieten“.⁹³ Das Wahlergebnis entsprach den Erwartungen nicht. Die *Freien Wähler* und die *Wahlalternative 2013* konnten lediglich 1,1 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen. „Die Freien Wähler haben leider enorme strukturelle Probleme“, erklärte Bernd Lucke: „Es läuft darauf hinaus, dass sie außerhalb Bayerns schlicht nicht wahlkampffähig sind.“ Das heiße „im Umkehrschluss, dass die Freien Wähler bei der Bundestagswahl völlig bedeutungslos sein werden.“⁹⁴ Die *Wahlalternative 2013* löste sich daher von ihnen.

⁹³ Unsere Niedersachsenstrategie, 19.10.2012. <https://www.facebook.com/Wahlalternative2013/posts/513694835324711>, abgerufen am 15.08.2013.

⁹⁴ Neue Anti-Euro-Partei: Merkel hat Lage nicht mehr unter Kontrolle, 02.03.2013. <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/03/02/neue-anti-euro-partei-merkel-hat-lage-nicht-mehr-unter-kontrolle/comment-page-9/>, abgerufen am 20.08.2013.

3 Gründung und Struktur der AfD

3.1 Die Parteigründung

Am 6. Februar 2013 fand die Gründungsversammlung der *Alternative für Deutschland* statt. Die führenden Köpfe der AfD waren ebenso wie bei der Gründung der *Wahlalternative 2013* Bernd Lucke, Konrad Adam und Alexander Gauland.⁹⁵ Lediglich der CDU-Mittelständler Gerd Robanus ging den Schritt zur formellen Parteigründung nicht mehr mit. Auch die offiziellen Unterstützer der AfD sind weitestgehend dieselben wie diejenigen der *Wahlalternative 2013*: Mehrere marktradikale Wirtschaftswissenschaftler aus dem *Plenum der Ökonomen*, einige Mittelständler, Euro-Gegner der ersten Stunde, die es in den 1990er Jahren mit dem *Bund Freier Bürger* (BFB) versucht hatten, daneben weiterhin Aktivisten des *Aktionsbündnisses Direkte Demokratie* und Beatrix von Storch von der *Zivilen Koalition*.

Noch vor ihrem offiziellen Gründungsparteitag ging die AfD mit ihrem ersten großen Auftritt an die Öffentlichkeit. Am 11. März 2013 führte sie in Oberursel eine Saalveranstaltung durch, auf der ihr Führungspersonal sowie Vertreterinnen und Vertreter der unterschiedlichen AfD-Ursprungsmilieus sich dem Publikum präsentierten – Bernd Lucke, Konrad Adam, Alexander Gauland, Joachim Starbatty (Ex-BFB) und Beatrix von Storch (*Zivile Koalition*). Mit ihrem Gründungsparteitag am 14. April 2013 in Berlin schloss die AfD ihre Gründungsphase offiziell ab. Zu Parteisprechern wurden Bernd Lucke (96 Prozent), Frauke Petry (81 Prozent) und Konrad Adam (80 Prozent) gewählt; außerdem wurden die Satzung und das Wahlprogramm der Partei angenommen. Der weitere Parteiaufbau, vor allem die Gründung von Landesverbänden, war bereits in Gang gesetzt worden.⁹⁶

3.2 Die Partei-Programmatik

Die Programmatik der AfD ist bislang inhaltlich äußerst knapp gehalten. Abgesehen von der Partei-Satzung und vom Wahlprogramm, die beide vom Gründungsparteitag am 14. April 2013 abgesegnet wurden, liegen bislang keine offiziell verabschiedeten politischen Dokumente vor. Dominierender Kernpunkt der AfD-Programmatik ist nach wie vor die Ablehnung der Euro-

⁹⁵ Winand von Petersdorff: Die neue Anti-Euro-Partei, 04.03.2013. <http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/europas-schuldenkrise/alternative-fuer-deutschland-die-neue-anti-euro-partei-12100436.html>, abgerufen am 20.08.2013.

⁹⁶ Günther Lachmann: Europa steht für "Enttäuschung und Entfremdung", 14.04.2013. <http://www.welt.de/politik/deutschland/article115272796/Europa-steht-fuer-Enttaeuschung-und-Entfremdung.html>, abgerufen am 20.08.2013.

Rettungspolitik der Bundesregierung. Aus dieser Ablehnung konstruiert die AfD einen Dualismus: dort "die Altparteien", hier "die Alternative", der ihre Existenz legitimiert. "In ernster Sorge vor politischen und wirtschaftlichen Fehlentwicklungen in Deutschland und in der Europäischen Union haben wir die Partei Alternative für Deutschland gegründet", heißt es in der Präambel zur Satzung.

"Die europäische Schulden- und Währungskrise hat viele Menschen davon überzeugt, dass die Altparteien zu einer nachhaltigen, transparenten, bürgernahen, rechtsstaatlichen und demokratischen Politik nicht instande oder nicht willens sind. Wir formulieren Alternativen zu einer angeblich alternativlosen Politik."⁹⁷

Auf ein konkretes Alternativ-Konzept legt sich die AfD programmatisch nicht fest. Im Wahlprogramm heißt es lediglich: "Wir fordern eine geordnete Auflösung des Euro-Währungsgebietes." Dies soll durch "die Wiedereinführung nationaler Währungen oder die Schaffung kleinerer und stabilerer Währungsverbünde" geschehen. Damit lässt die AfD für unterschiedliche Vorstellungen Raum. So wäre die Spaltung der Eurozone und die Einführung eines "Nord-Euro" und eines "Süd-Euro", wie sie Ex-BDI-Präsident Hans-Olaf Henkel vorgeschlagen hat, ebenso möglich wie eine vollständige Renationalisierung der Währungen. Den Ausstieg Deutschlands aus dem Euro hält die AfD explizit offen: "Die Wiedereinführung der DM darf kein Tabu sein." Im Wahlprogramm führt sie die griffige Formel "Deutschland braucht den Euro nicht" auf, die allerdings auch nicht ausschließt, dass die Bundesrepublik den Euro in geänderter Form – selbst wenn sie nicht auf ihn angewiesen ist – behält. Ausdrücklich gefordert wird jedoch ein "Austrittsrecht aus dem Euro", zu dessen Gunsten die EU-Verträge zu ändern seien. Explizit abgelehnt wird die Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung: "Wir fordern, dass die Kosten der sogenannten Rettungspolitik nicht vom Steuerzahler getragen werden." An einigen populären Beispielen ("In der Schuldenkrise müssen Banken ihre Verluste selbst tragen") wird die Ablehnung der Euro-Rettungspolitik konkretisiert.⁹⁸

Beim Thema "Staatsfinanzen und Steuern legt sich die Partei auf eine strikte Austeritätspolitik fest: "Wir fordern, die Schuldenbremse zu achten und die Schuldenberge abzubauen." Auch die Bundesrepublik habe viel mehr Schulden als zulässig". Zudem plädiert die AfD für "eine drastische Vereinfachung des Steuerrechts in Anlehnung an das progressiv wirkende Kirchhofsche Steuermodell".⁹⁹ Der Verfassungs- und Steuerjurist Paul Kirchhof hatte 2005 ein Steuermodell vorgelegt, das unter anderem eine drastische Senkung des Spitzensteuersatzes vorsah: "25 Prozent für alle, das ist die Obergrenze", hatte er zu seinen Plänen für den künftigen Einkommenssteuersatz erklärt.¹⁰⁰ Kritiker wie etwa der Bremer Wirtschaftswissenschaftler Rudolf Hickel hatten Kirchhofs Modell als "neoliberal" eingestuft und darauf hingewiesen, dass es unter anderem "die Steuerlast des Einkommensmillionärs um 160.000 €" jährlich senke.¹⁰¹

⁹⁷ Satzung der Alternative für Deutschland. Parteitagsbeschluss vom 14.04.2013.

⁹⁸ Wahlprogramm. Parteitagsbeschluss vom 14.04.2013.

⁹⁹ Wahlprogramm. Parteitagsbeschluss vom 14.04.2013.

¹⁰⁰ "25 Prozent Steuern für alle. Das ist die Obergrenze", 22.08.2005. <http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/paul-kirchhof-im-interview-25-prozent-steuern-fuer-alle-das-ist-die-obergrenze-1256405.html>, abgerufen am 24.08.2013.

¹⁰¹ Rudolf Hickel: Kirchhofs konservativ-neoliberales Steuereinkommensmodell: Vereinfachung erzeugt einfach Ungerechtigkeit bei der Steuerlastverteilung und macht den Staat arm. <http://www.memo.uni-bremen.de/docs/m3205d.pdf>, abgerufen am 24.08.2013.

Die Forderungen des AfD-Wahlprogramms zur Bildungs- und zur Familienpolitik enthalten neben einer Reihe politisch wenig aussagekräftiger Sätze ("Nichts ist für unsere Zukunft wichtiger als die Bildung unserer Kinder") Forderungen "für den Schutz der Familie als Keimzelle der Gesellschaft". Zudem heißt es: "Deutschland hat zu wenige Kinder."¹⁰² Im Themenfeld "Rechtsstaatlichkeit und Demokratie" wird die Forderung erhoben, "Volksabstimmungen und -initiativen nach Schweizer Vorbild" einzuführen. In Bezug auf integrationspolitische Fragen lautet die Forderung: "Eine ungeordnete Zuwanderung in unsere Sozialsysteme muss unbedingt unterbunden werden." Weiter heißt es: "Wir fordern eine Neuordnung des Einwanderungsrechts. Deutschland braucht eine qualifizierte und integrationswillige Zuwanderung." Und weiter: "Wir fordern ein Einwanderungsgesetz nach kanadischem Vorbild."¹⁰³ Die restriktive kanadische Einwanderungspolitik ist von einem Bewertungssystem geprägt, in welchem eine gestaffelte Punkte-Vergabe – nicht zuletzt nach Maßgabe staatlicher Nützlichkeitsabwägungen – Einwanderungsmöglichkeiten ergibt.

Aus der äußerst kurz gehaltenen Programmatik lassen sich keine dezidierten Rückschlüsse hinsichtlich einer rechtspopulistischen Ausrichtung ableiten. Eine Abgrenzung von 'extremistischen' Ausrichtungen wird es in der Parteisatzung gegenüber Personen formuliert,

"die Mitglied einer Organisation sind, welche durch deutsche Sicherheitsorgane als extremistisch eingestuft wird oder die Mitglied einer Organisation waren, welche zum Zeitpunkt der Mitgliedschaft durch deutsche Sicherheitsorgane als extremistisch eingestuft wurde, ohne dass diese Einschätzung rechtskräftig von den Gerichten aufgehoben ist".

Die genannten Personen könnten, heißt es einschränkend, "nur Mitglied der Partei werden, wenn sie darüber im Aufnahmeantrag Auskunft geben und der Bundesvorstand sich nach Einzelfallprüfung für die Aufnahme entschieden hat".¹⁰⁴

3.3 Das Führungspersonal

Zu den Bundessprechern der AfD ist auf dem Gründungsparteitag am 14. April 2013 neben Bernd Lucke und Konrad Adam auch Frauke Petry zur Sprecherin gewählt worden.

Die promovierte Chemikerin hat im Jahr 2007 ihr eigenes Unternehmen gegründet, das vor allem ein aus nachwachsenden Rohstoffen bestehendes Reifenfüllmittel produziert; damit vertritt sie auch den mittelständischen Teil der AfD-Basis. Der Name "Alternative für Deutschland" sei gewählt worden, erklärte sie in einem Pressegespräch, "weil wir auch Tabubrüche begehen wollen. Der erste Tabubruch war die Position zum Euro. Weitere Tabubrüche sind vielleicht noch nicht so stark sichtbar, werden aber folgen."¹⁰⁵ Zu stellvertretenden Bundessprechern bzw. zur stellvertretenden Bundessprecherin sind Patricia Casale, Alexander Gauland und Roland Klaus

¹⁰² Wahlprogramm. Parteitagsbeschluss vom 14.04.2013.

¹⁰³ Wahlprogramm. Parteitagsbeschluss vom 14.04.2013.

¹⁰⁴ Satzung der Alternative für Deutschland. Parteitagsbeschluss vom 14.04.2013.

¹⁰⁵ Redaktionsgespräch mit AfD-Bundessprecherin Dr. Frauke Petry am 23. Juli 2013. <http://www.markt-intern.de/redaktionen/mittelstand/redaktionsgespraech/>, abgerufen am 24.08.2013.

gewählt worden. Zum Schatzmeister der AfD wurde auf dem Gründungsparteitag in Berlin Norbert Stenzel aus dem hessischen Bad Nauheim gewählt. Stenzel, jahrzehntelang Mitglied der CDU und für diese unter anderem als Kreisschatzmeister aktiv, trat 2012 aus und schloss sich der *Wahlalternative 2013* an. Er arbeitet als Geschäftsführer eines mittelständischen Unternehmens. Zu Beisitzerinnen und zum Beisitzer der AfD wurden am 14. April 2013 Beatrix Diefenbach, Wolf-Joachim Schünemann und Irina Smirnova gewählt. Beatrix Diefenbach ist Berufsschullehrerin und war zuvor auf Kreisebene für die CDU aktiv. Wolf-Joachim Schünemann ist Versicherungsmakler und war Gründungssprecher des AfD-Landesverbandes in Bayern. Irina Smirnova stammt der AfD zufolge aus dem heutigen St. Petersburg. Eine herausgehobene Stellung hat neben dem Vorstand der Wissenschaftliche Beirat der Partei. Er besteht aus fünf Volkswirtschafts-Professoren, von denen drei – Jörn Kruse, Dirk Meyer (beide: Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg) und Roland Vaubel (Universität Mannheim) – noch aktiv, zwei – Joachim Starbatty (Universität Tübingen) und Helga Luckenbach (Justus-Liebig-Universität Gießen) – inzwischen emeritiert sind. Kruse, Luckenbach, Meyer und Starbatty haben bereits den Aufruf zur Gründung des *Plenums der Ökonomen* unterzeichnet, Starbatty ist seit seinen Aktivitäten für den *Bund Freier Bürger* (BFB) als Euro-Kritiker der ersten Stunde bekannt. Pressesprecherin der AfD ist Dagmar Metzger. Sie ist Geschäftsführerin einer PR-Agentur in München, die die "Münchner Wirtschaftsgespräche" organisiert.

3.4 Das Umfeld der AfD

Die unterschiedlichen politischen Milieus, die in der AfD zusammengefunden haben, unterhalten weiterhin ihre eigenen Organisationen. Diese wiederum bilden gewissermaßen das Umfeld der AfD. Das universitäre Umfeld der AfD ist im oben beschriebenen *Plenum der Ökonomen* zusammengeschlossen. Teile dieses Milieus sind ihrerseits in Organisationen wie der *Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft* aktiv. Die *Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft* ist 1998 gegründet worden. Sie bezeichnet sich selbst als "eine Vereinigung zur Förderung von Ideen im Sinne von Hayek", der bedeutendsten Exponenten des Neoliberalismus. Die Hayek-Gesellschaft führt zu diesem Zweck Tagungen und Symposien durch, fördert die wirtschafts-, rechts- und gesellschaftswissenschaftliche Forschung und Publizistik neoliberaler Ausrichtung und baut flächendeckend in ganz Deutschland regionale Gesprächskreise auf, um die Verbreitung der Hayek'schen Gedankenwelt voranzutreiben. Aus ihr ging 2002 die *Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung für eine freie Gesellschaft* hervor. Die Hayek-Gesellschaft hat in den vergangenen Jahren wiederkehrend Texte auf ihrer Website publiziert, die dezidiert kritisch zur Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung Stellung nehmen. Entsprechend finden sich auch eine ganze Reihe von Mitgliedern der Hayek-Gesellschaft in den Strukturen, aus denen letztlich die AfD hervorgegangen ist. Unterzeichner des Gründungsaufrufs des *Plenums der Ökonomen* wie etwa Thomas Apolte, Karl-Heinz Paqué, Ingo Pies oder Charles B. Blankart gehören ihr an; Blankart ist darüber hinaus Mitglied im Strategischen Beirat von *Die Familienunternehmer – ASU* sowie Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat beim Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie. Letzterem gehört auch Roland Vaubel, Mitglied der Hayek-Gesellschaft und Erstunterzeichner des *Bündnis Bürgerwille*, an wie auch Gerd Habermann, der zudem als Vorstandsvorsitzender der Hayek-Stiftung amtiert. Hans-Olaf Henkel, Erstunterzeichner des *Bündnis Bürgerwille*, gehört dem

Kuratorium der Hayek-Stiftung an. Der FDP-Bundestagsabgeordnete Frank Schäffler und sein Wissenschaftlicher Mitarbeiter Norbert Tofall wiederum sind sowohl Mitglieder der Hayek-Gesellschaft als auch Mit-Initiatoren der Initiative "Stop ESM" wie auch Beatrix von Storch (*Zivile Koalition*).

Zum erweiterten Umfeld der AfD gehört auch der schon erwähnte *Bürgerkonvent*. "Der Staat soll auf seine Kernbereiche reduziert und gleichzeitig die private Verantwortung ausgebaut werden", heißt es in einer Untersuchung über die Zielsetzung der Organisation. Im *Bürgerkonvent* gäben gesellschaftliche Eliten den Ton an, die mit seiner Hilfe versuchten, "ihre bestehenden Einflusskanäle durch neue Formen bürgerlichen Protests im populistischen Gewand zu erweitern".¹⁰⁶ Im *Bürgerkonvent*-Vorstand sind heute neben dem langjährigen Leitungsmitglied Gisela Fischer mit Beatrix von Storch, Klaus Peter Krause und Vera Lengsfeld drei Personen aus der *Zivilen Koalition* aktiv. Vera Lengsfeld arbeitet im Rahmen der *Initiative Bürgerrecht Direkte Demokratie* für die *Zivile Koalition*.

Die oben beschriebene *Zivile Koalition* besitzt erhebliche Bedeutung für die AfD. Ihre Internetzeitung *Die Freie Welt* berichtet regelmäßig, intensiv und mit großer Sympathie über die neue Partei und wirbt offen für sie; Personen aus der AfD oder ihrem unmittelbaren Umfeld kommen regelmäßig zu Wort, ganz abgesehen von der großen inhaltlichen Nähe der Internetzeitung zur Partei. Beatrix von Storch ist Direktkandidatin der Partei für den Bundestag in Berlin-Mitte und hat Platz zwei auf der Berliner Landesliste inne.

Eine teilweise große Nähe zur AfD weist die Monatszeitschrift *eigentlich frei* auf. Das Blatt wird seit 1998 von dem ehemaligen FDP-Mitglied André F. Lichtschlag herausgegeben, der heute der *Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft* angehört. Lichtschlag stuft *eigentlich frei* als "libertär" im Sinne der angelsächsischen Libertarians ein. Er begleitet die AfD seit dem Frühjahr mit großer Aufmerksamkeit, hat ihr erst im April und dann erneut im August ein Schwerpunktheft gewidmet. Im August erschienen Interviews mit Beatrix von Storch, mit Alexander Dilger, AfD-Landessprecher Nordrhein-Westfalen, und mit Torsten Heinrich, Bundesvorsitzender der *Jungen Alternative für Deutschland*.

Unter den Autoren, die *eigentlich frei* publizieren, finden sich mehrere, die der AfD oder ihr nahestehenden Organisationen angehören. Konrad Adam, einer der drei Bundessprecher der Partei, findet sich ebenso auf der Autorenliste wie Alexander Dilger; Gerd Habermann, Vorstandsvorsitzender der *Friedrich-August-von-Hayek-Stiftung*, sowie Thorsten Polleit und Roland Vaubel, Mitglieder der *Friedrich-August-von-Hayek-Gesellschaft*, ebenso wie Beatrix von Storch sowie Karl Feldmeyer und Vera Lengsfeld. Auch Bruno Bandulet und Bernd-Thomas Ramb traten als Autoren für *eigentlich frei* in Erscheinung.

Zugleich erscheinen in *eigentlich frei* Texte von Autorinnen und Autoren aus dem neurechten Spektrum. Darunter befinden sich Personen, die ansonsten für Medien wie der *Sezession* oder die *Blaue Narzisse* schreiben, etwa Götz Kubitschek, Felix Menzel oder Ellen Kositzka. Christoph Blocher, der Vorsitzende der rechtspopulistischen *Schweizerischen Volkspartei* (SVP), wird ebenso auf der Autorenliste aufgeführt wie der Ex-NPD-Politiker Andreas Molau oder der südafrikanische

¹⁰⁶ Ulrich Müller: "Reform"-initiativen, in: Ulrich Müller, Sven Giegold, Malte Arhelger (Hg.): *Gesteuerte Demokratie? Wie neoliberale Eliten Politik und Öffentlichkeit beeinflussen*, Hamburg 2004, 41-51.

Rassist Claus Nordbruch, der enge Kontakte zu Neonazis aus dem Thüringer Heimatschutz unterhalten hatte. Martin Lichtmesz wiederum schreibt auch Beiträge für die *Sezession* und gab im Jahr 2011 zehn Texte des anti-islamischen Autors "Fjordman" heraus. Auf "Fjordman" berief sich der norwegische Massenmörder Anders Behring Breivik mehrfach.

3.5 Die Wahlklientel der AfD

Schon bald nach der Gründung der AfD wiesen Umfragen darauf hin, dass die Partei grundsätzlich auf ein großes Wählerpotenzial zugreifen könne. Bereits am 11. März – noch vor der ersten großen öffentlichen Veranstaltung der AfD – veröffentlichte der *Focus* das Ergebnis einer *Emnid*-Umfrage, der zufolge 26 Prozent aller Deutschen sich vorstellen konnten, bei der Bundestagswahl für eine Partei zu stimmen, die den Austritt der Bundesrepublik aus dem Euro fordert. "Dies deutet darauf hin, dass es hier möglicherweise Potenzial für eine neue Protestpartei gibt", erklärte *Emnid*-Chef Klaus-Peter Schöppner. Allerdings müsse eine solche Protestpartei auch bekannte Personen aufbieten können; daran fehle es der AfD bislang.¹⁰⁷ Zurückhaltender äußerte sich *Forsa*-Chef Manfred Güllner. Sein Institut sah das Spektrum derjenigen, die sich grundsätzlich vorstellen konnten, eine Anti-Euro-Partei zu wählen, zwar ebenfalls bei weit über 20 Prozent; Güllner wollte darin jedoch nur eine allgemeine Äußerung der Unzufriedenheit erkennen. "Sollte die Partei tatsächlich antreten, wird sie meiner Einschätzung nach lediglich ein Ergebnis erzielen wie einst die Initiative Pro DM", mutmaßte er: "Die machte auch gegen den Euro mobil und trat bei der Bundestagswahl 1998 an. Sie holte damals knapp 0,9 Prozent der Stimmen".¹⁰⁸

Weitere Umfragen folgten im Monat darauf. *Infratest* führte am 3. und 4. April eine Studie mit 1.000 Personen durch, die zu einem ähnlichen Ergebnis kam; demnach könnten sich 24 Prozent der Deutschen vorstellen, die AfD zu wählen. Auf die entsprechende Frage hätten sieben Prozent mit "Ja, sicher" und 17 Prozent mit "Ja, vielleicht" geantwortet, hieß es.¹⁰⁹ Am 22. April, eine Woche nach dem Gründungsparteitag, hatten sich die Zahlen weiter konkretisiert. Das Forschungsinstitut *INSA* sah zwar das Gesamtpotenzial der AfD nur noch bei 18 Prozent, stellte aber fest, dass die Partei – nach drei Prozent in der Vorwoche – wohl sogar auf vier Prozent kommen würde, sofern am folgenden Sonntag gewählt würde. "Meinungsforscher Klaus-Peter Schöppner von TNS Emnid sieht gute Chancen, dass die AfD bei der Bundestagswahl den Sprung über die 5-Prozent-Hürde schafft", hieß es zudem. *INSA* zufolge käme dabei der größte Zustrom von CDU/CSU und FDP; 36 Prozent der AfD-Anhänger hätten früher die FDP gewählt, 24 Prozent CDU/CSU und nur zwölf Prozent die Linkspartei. "Die AfD ist eine klar bürgerliche Partei, deren Wähler sich Mitte-rechts einordnen", erklärte *INSA*-Chef Hermann Binkert: "Für Schwarz-Gelb wird es nun noch deutlich schwieriger, wieder eine eigene Mehrheit zu erreichen."¹¹⁰

¹⁰⁷ Der Euro in der Zange, 11.03.2013. http://www.focus.de/magazin/archiv/politik-der-euro-in-der-zange_aid_936466.html, abgerufen am 24.08.2013.

¹⁰⁸ Forsa-Umfrage: SPD verliert, Grüne gewinnen; 13.03.2013. <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/forsa-umfrage-spd-verliert-gruene-gewinnen-union-stagniert-a-888529.html>, abgerufen am 24.08.2013.

¹⁰⁹ 24 Prozent liebäugeln mit Anti-Euro-Partei, 06.04.2013. <http://www.welt.de/politik/deutschland/article115062994/24-Prozent-liebäugeln-mit-Wahl-der-Anti-Euro-Partei.html>, abgerufen am 24.08.2013.

Ende Mai begann sich der Trend umzukehren. Hatte die AfD noch zu Monatsbeginn an der Fünf-Prozent-Hürde gekratzt, so lag sie am 21. und 22. Mai laut *Infratest dimap* gerade einmal noch bei zwei Prozent.¹¹¹ Zwischen zwei und drei Prozent bewegte sie sich Anfang bis Mitte Juni laut einer Aufstellung des Soziologen Andreas Kemper auch in Umfragen von *Forsa*, *Emnid* und *GMS*.¹¹² Im Juli hatte die Partei sich immer noch nicht steigern können. Eine *Allensbach*-Umfrage sagte ihr zwar immerhin 3,5 Prozent voraus, doch lagen andere Untersuchungen deutlich darunter. Medien sprachen von einem "Umfragetief".¹¹³ Daran hat sich im Wesentlichen bis Ende August nichts geändert. *Forsa*-Chef Manfred Güllner hingegen erklärte im August 2013 kurz vor der Bundestagswahl. "Das Problem ist, dass viele Wähler, die die Partei wählen wollen, es nicht zugeben", verwies Güllner auf einen immer wieder eintretenden Effekt: "Ich habe lange gedacht, dass sie keine Chance haben, aber jetzt bin ich nicht mehr so sicher." Der *Forsa*-Chef deutet die AfD-Wahlklientel mit den Worten: "Die Unterstützung kommt aus einem speziellen Segment der Bevölkerung, dessen Kern die radikalisierte Mittelklasse ist."¹¹⁴

3.6 Der Aufbau der Partei

In hohem Tempo erfolgte nach der Gründungsversammlung am 6. Februar 2013 der weitere Ausbau der Partei. Noch vor dem Gründungsparteitag der Bundespartei am 14. April konnten Landesverbände in Bayern (31. März), Sachsen-Anhalt (5. April), Hamburg (7. April), Rheinland-Pfalz (9. April) und Nordrhein-Westfalen (12. April) konstituiert werden; es folgten umgehend die Landesverbände in Mecklenburg-Vorpommern (21. April), Baden-Württemberg (22. April), Berlin, Schleswig-Holstein und Thüringen (27. April), Sachsen und Brandenburg (28. April), Niedersachsen (1. Mai), Saarland (3. Mai), Hessen (5. Mai) und Bremen (12. Mai). Damit war die Gründung sämtlicher 16 Landesverbände abgeschlossen. Auf die Entwicklung in einigen von ihnen soll weiter unten exemplarisch eingegangen werden.

Die AfD hat von Beginn an von einer breiten medialen Aufmerksamkeit profitieren können. Dabei lassen sich im Wesentlichen zwei Phasen unterscheiden. Schon die Vorläuferorganisationen der AfD hatten punktuell ein recht interessiertes Echo erfahren. So konnte man sich etwa über das *Plenum der Ökonomen* in durchaus sachlichen Berichten etwa der konservativen *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* informieren, für deren Publikum relevante Entwicklungen in der etablierten Wirtschaftswissenschaft durchaus von Belang sind. Über das *Bündnis Bürgerwille* und die *Allianz gegen den ESM* gab es ebenso sachliche Berichte im *Handelsblatt*, das damit die Mittelständler

¹¹⁰ Die Anti-Euro-Partei gefährdet Merkels Macht, 22.04.2013. http://www.focus.de/politik/deutschland/bundestagswahl-2013/tid-30948/alternative-fuer-deutschland-die-anti-euro-partei-gefaehrdet-merkels-macht_aid_966678.html, abgerufen am 24.08.2013.

¹¹¹ Wähler verlieren Interesse an AfD, 24.05.2013. <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/ard-deutschlandtrend-waehler-verlieren-interesse-an-afd/8248512.html>, abgerufen am 24.08.2013.

¹¹² Alternative für Deutschland verliert in Umfragen, 18.06.2013. <http://andreakemper.wordpress.com/2013/06/18/alternative-fur-deutschland-verliert-in-umfragen/>, abgerufen am 24.08.2013.

¹¹³ Glücklose Professoren-Partei AfD, 16.07.2013. <http://www.rp-online.de/politik/deutschland/bundestagswahl/gluecklose-professoren-partei-afd-1.3540250>, abgerufen am 24.08.2013.

¹¹⁴ Forsa-Chef widerspricht eigenen Umfragen: AfD hat Chance auf den Bundestag, 16.08.2013. <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/08/16/forsa-chef-widerspricht-eigenen-umfragen-afd-hat-chance-auf-den-bundestag/>, abgerufen am 24.08.2013.

unter seiner Leserschaft bediente. Mit dem Übergang zur *Wahlalternative 2013* entwickelte vor allem die Tageszeitung *Die Welt* ein Interesse an den Vorgängen.

In der Zeit bis zum Gründungsparteitag und unmittelbar danach wurde vor allem Bernd Lucke als Gast in zahlreiche prominente Fernseh-Talkshows geladen und konnte für die neue Partei werben. Lucke trat – um nur einige Beispiele zu nennen – bei Maybrit Illner, Anne Will, Markus Lanz, bei „Hart aber fair“ und „Unter den Linden“ auf. Ausgedehnte Interviews mit ihm druckten bundesweit verbreitete Medien vom *Handelsblatt* über den *Focus* und *Cicero* bis zur *Frankfurter Allgemeinen Zeitung*; auch größere Regionalblätter, etwa die *Stuttgarter Zeitung*, öffneten ihm ihre Spalten. Interviews mit weiteren AfD-Führungsmitgliedern in Presse und Rundfunk kamen hinzu. Insbesondere seit dem Gründungsparteitag entwickelt sich jedoch auch eine gegenläufige Strömung. Während vor allem *Die Welt* bei ihrer interessierten Berichterstattung bleibt, öffnen vor allem linksliberale Medien der Kritik an der Offenheit der AfD nach rechts und an ihren Rechtsaußen-Kontakten zunehmend Raum.

Nicht ohne Einfluss dürften zwei Plädoyers gewesen sein, die Ende April aus der CDU und aus der SPD an die Öffentlichkeit drangen. Am 22. April berichtete das *Handelsblatt* über Empfehlungen der CDU-nahen *Konrad-Adenauer-Stiftung* zum Umgang mit der AfD. Der Stiftung zufolge dürfe man die neue Partei nicht unterschätzen; sie habe „schnell medial für erhebliche Aufmerksamkeit und hohes Interesse“ gesorgt. Die Bundesregierung werde nicht umhin kommen, die Sorgen der Bevölkerung mit „umfangreiche(n) Anstrengungen zur Erklärung“ ihrer Euro-Rettungspolitik zu zerstreuen. Zugleich warnte die Stiftung davor, die AfD durch die öffentliche Auseinandersetzung mit ihren Forderungen aufzuwerten. Man könne stets in den Vordergrund stellen, dass die Partei kaum mehr zu bieten habe als ein „Mini-Programm und scheinbar einfache Lösungen“. Panik sei jedenfalls nicht angebracht. Letztlich fühle sich eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung von den etablierten Parteien immer noch gut bedient: „Unseren Forschungen zufolge sind die Bürger mit ihrer persönlichen materiellen Lage eher zufrieden, auch wenn sie beginnen, sich Sorgen um die Gesamtsituation zu machen.“¹¹⁵

Zu teilweise ähnlichen Schlussfolgerungen kam Frank Wilhelmy aus der SPD-Parteizentrale. In einer Stellungnahme Wilhelmys vom 17. April 2013 heißt es, prinzipiell sei die AfD „sehr ernst zu nehmen“. Es gebe in Deutschland schon lange „ein stabiles und relevantes Potential für eine 'populistische' Partei“; die AfD könne dieses womöglich für sich mobilisieren. Wilhelmy riet seiner Partei, unbedingt inhaltlich „in der Europa- und Euro-Krisenpolitik eine Verdeutlichung und Popularisierung ihrer Position vorzunehmen“. Zugleich warnte er: „Generell sollte die AfD nicht aufgewertet werden mit aktiven Stellungnahmen oder umfangreichen eigenen öffentlichen Analysen.“¹¹⁶ Die Aufmerksamkeit für sie zu senken, sei womöglich die den größten Erfolg versprechende Strategie.

Vor allem in einer Hinsicht waren die großen Parteien erfolgreich: Sie schafften es, einen größeren Zufluss prominenter Politikerinnen und Politiker an die AfD zu verhindern. Hatte Anfang April der Übertritt des kurz darauf zum NRW-Landessprecher gewählten FDP-Politikers Alexander Dilger

¹¹⁵ Dietmar Neuerer: CDU-Think-Tank will die Anti-Euro-Partei klein halten, 22.04.2013.

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/adenauer-stiftung-gibt-ratschlaege-cdu-think-tank-will-die-anti-euro-partei-klein-halten-seite-all/8104714-all.html>, abgerufen am 24.08.2013.

¹¹⁶ Frank Wilhelmy: Vermerk: Die Alternative für Deutschland (AfD) nach ihrem Bundesparteitag, 17.04.2013.

die AfD noch hoffen lassen, so blieben prominente Wechsel aus. Entsprechend sorgte es schon für Schlagzeilen, als kurz vor dem Gründungsparteitag der AfD Hessen der FDP-Landtags-Abgeordnete Jochen Paulus seine Partei verließ und zur AfD ging, die damit ihren ersten Landtags-Abgeordneten erhielt. Sogar der Wechsel einer Stadtverordneten in Wiesbaden wurde in überregionalen Medien vermerkt. "Die zuletzt parteilose Susanne Pöpel, die über 25 Jahre der FDP angehört hatte und vor einiger Zeit mit lautem Protest gegen den Euro-Kurs ihrer Partei ausgetreten war, ist jetzt AfD-Mitglied", berichtete *Die Welt*. "Mit ihrem AfD-Beitritt wolle sie ein Zeichen für eine zukunftsweisende Politik setzen".¹¹⁷

Anders stellen sich die Dinge jedoch auf der Ebene der einfachen Parteimitglieder dar. Die AfD wuchs von Beginn an in rapidem Tempo. Bereits am 11. April – noch vor dem Gründungsparteitag – teilte Pressesprecherin Dagmar Metzger mit, die Partei zähle inzwischen mehr als 7.500 Mitglieder. "Relativ viele von ihnen" kämen "von der CDU und CSU". Demnach seien 627 zuvor bei der CDU aktiv gewesen, 386 bei der FDP, 357 bei der SPD, 136 bei der CSU. Von den Piraten seien 92, von den Grünen rund 70 zur AfD übergetreten.¹¹⁸ Eine aktualisierte Mitgliederstatistik wurde am 5. Mai bekannt. Demnach hatten von den mittlerweile 10.476 AfD-Mitgliedern exakt 2.795 angegeben, zuvor einer anderen Partei angehört zu haben. Von der CDU seien 1.008 Mitglieder gekommen, von der FDP 587, von der SPD 558, von der CSU 220; auch von den Piraten (142) und den Grünen (106) sei der Zustrom gewachsen.¹¹⁹ Mitte Juli zählte die AfD bereits 15.000 Mitglieder, erreichte also binnen weniger Monate fast ein Viertel der Stärke von *Bündnis 90/Die Grünen* oder der FDP. Dabei dominieren unter den Mitgliedern ältere Männer. Wie AfD-Bundessprecherin Frauke Petry Ende Juli erklärte, liegt der Frauenanteil bei lediglich "15 bis 16%": "Es sind definitiv sehr viel mehr Männer in der Partei. Das Durchschnittsalter ist um die 50 Jahre und entspricht damit dem der FDP."¹²⁰

Wenig verlässliche Informationen liegen über die Finanzierung der AfD vor. Allerdings gibt die AfD an, sich zu einem erheblichen Teil aus Spenden zu finanzieren. Laut Auskunft der *Welt* mutmaßte die CDU-nahe *Konrad-Adenauer-Stiftung* Mitte April, der bayerische Milliardär August von Finck, Besitzer des Hotel- und Gastronomiekonzerns *Mövenpick*, unterstütze die Partei: "Es ist durchaus im Bereich des Wahrscheinlichen, dass Finck den Wahlkampf der AfD nicht an finanziellen Hindernissen scheitern lassen wird". Das könne sich als notwendig erweisen, denn die Partei werde "für ihren von Marketingagenturen eingekauften und professionellen Wahlkampf viel Geld brauchen".¹²¹ Finck äußerte sich damals auf Anfrage nicht dazu, die AfD-Spitze gab an, nichts von einer Finanzierung durch ihn zu wissen. Bekannt ist allerdings, dass Finck nicht nur die FDP und

¹¹⁷ Hannelore Crolly, Thorsten Jungholt: FDP-Abgeordneter in Hessen läuft zur AfD über, 05.05.2013. <http://www.welt.de/politik/deutschland/article115889133/FDP-Abgeordneter-in-Hessen-laeuft-zur-AfD-ueber.html>, abgerufen am 24.08.2013.

¹¹⁸ AfD: Rasantes Wachstum und erster Respekt der CDU, 11.04.2013. <http://deutsche-wirtschafts-nachrichten.de/2013/04/11/afd-rasantes-wachstum-und-erster-respekt-der-cdu/>, abgerufen am 24.08.2013.

¹¹⁹ AfD zählt 2800 Überläufer, 05.05.2013. <http://www.n-tv.de/politik/AfD-zaehlt-2800-Ueberlaeuer-article10590971.html>, abgerufen am 24.08.2013.

¹²⁰ Redaktionsgespräch mit AfD-Bundessprecherin Dr. Frauke Petry am 23. Juli 2013. <http://www.markt-intern.de/redaktionen/mittelstand/redaktionsgespraeche/>, abgerufen am 24.08.2013.

¹²¹ Robin Alexander: Finanziert Mövenpick-Milliardär AfD-Wahlkampf? 22.04.2013. <http://www.welt.de/politik/deutschland/article115512728/Finanziert-Moevenpick-Milliardaer-AfD-Wahlkampf.html>, abgerufen am 24.08.2013.

die CSU, sondern einst auch den *Bund Freier Bürger* (BFB) finanziert hat; genannt wird in diesem Zusammenhang der Betrag von 8,5 Millionen Euro.¹²²

Zur Vermutung, mittelständische Unternehmen etwa aus der *Stiftung Familienunternehmen* seien aufgrund ihrer Kritik an der Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung in größerem Maßstab an der Finanzierung der AfD beteiligt, hat sich Ende April Stiftungsvorstand Brun-Hagen Hennerkes geäußert. Er gehe "nicht davon aus, dass die Unternehmerschaft in nennenswertem Ausmaß die AfD unterstützt", erklärte er. "Im Gegenteil: Wir beobachten gerade, dass die Unternehmen wieder den Schulterschluss mit Union und FDP suchen." Die Ursache sei, dass "die Sorge vor Rot-Grün" vieles überstrahle:

*"Viele Unternehmer sind bestürzt über die Steuererhöhungspläne von SPD und Grünen, besonders über die geplante Vermögensteuer. In dieser Situation möchte niemand eine Splitterpartei mit so unsicheren Erfolgsaussichten wie die AfD unterstützen."*¹²³

Ob Hennerkes' Aussage zutrifft, bleibt offen. Der AfD-Schatzmeister Norbert Stenzel wurde im April mit der Aussage zitiert, man habe einen "Arbeitskreis Fundraising" eingerichtet, der nun in Wirtschaftskreisen um Spenden werben wolle.¹²⁴

Abschließend wäre noch die *Junge Alternative für Deutschland* zu erwähnen, die am 15. Juni im südhessischen Darmstadt gegründet wurde – als offizieller AfD-Jugendverband. Über die Gründungsveranstaltung liegt unter anderem ein knapper Bericht vor, den Lion Edler in der neurechten Wochenzeitung *Junge Freiheit* publiziert hat. Edler, der auch in *eigentlich frei* oder bei *Sezession im Netz* publiziert, führt aus: "Schnell wurde klar, daß die Mehrheit des Saals sich dem konservativen Spektrum zuordnet – und eine unbändige Wut gegen die politische Korrektheit hegt", heißt es in dem Bericht: "Einer schimpfte über die Antifa als 'die letzten Faschisten'; ein anderer warb bei den Vorstandswahlen damit, daß er eine Doktorarbeit über Deutschenfeindlichkeit geschrieben habe." Der Antrag, Unterstützer "extremistischer Organisationen" auszuschließen, sei "abgelehnt" worden.¹²⁵

Zum Vorsitzenden der *Jungen Alternative* wählten die angeblich rund 60 Teilnehmer der Gründungsversammlung den 30-jährigen Torsten Heinrich aus Würzburg. Heinrich hatte im Jahr 2010 Aufsehen erregt, als er in der Würzburger Innenstadt mehrmals Schweigemärsche zur Erinnerung an die in Afghanistan umgekommenen Bundeswehr-Soldaten organisiert hatte. Dies habe ihm auf der Gründungsversammlung "die Sympathien" der Anwesenden gesichert, berichtete die *Junge Freiheit*.¹²⁶ Heinrich war bereits vor seiner Wahl zum Bundesvorsitzenden der *Jungen Alternative* zum Vorsitzenden des AfD-Bezirksverbandes Unterfranken gewählt worden und ist

¹²² Portrait eines der reichsten Deutschen, 18.01.2010. <http://www.handelsblatt.com/unternehmen/management/koepfe/august-von-finck-portrait-eines-der-reichsten-deutschen/3348132.html>, abgerufen am 24.08.2013.

¹²³ AfD und die Wirtschaft: "Die Unternehmer sind geizig geworden", 26.04.2013. <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/unternehmerfunktionaer-afd-kriegt-kein-geld-aus-der-wirtschaft-a-896492.html>, abgerufen am 24.08.2013.

¹²⁴ Zur Finanzierung ihres Wahlkampfes will die neue Anti-Euro-Partei "Alternative für Deutschland" Kontaktlisten von CDU-nahen Organisationen nutzen, 21.04.2013. <http://www.spiegel.de/spiegel/vorab/alternative-fuer-deutschland-wie-der-wahlkampf-finanziert-werden-soll-a-895539.html>, abgerufen am 24.08.2013.

¹²⁵ Lion Edler: Euro-Kritiker bekommen Nachwuchs, *Junge Freiheit* 26/2013, 21.06.2013.

¹²⁶ Lion Edler: Euro-Kritiker bekommen Nachwuchs, *Junge Freiheit* 26/2013, 21.06.2013.

inzwischen auch Bundestags-Direktkandidat für die Würzburger AfD; zudem amtiert er als stellvertretender Sprecher des AfD-Bundesfachausschusses Außen- und Sicherheitspolitik.

3.7 Die AfD-Landesverbände

Die Gründung der 16 AfD-Landesverbände vollzog sich zwischen dem 31. März und dem 12. Mai in hohem Tempo. Sie verlief bei den einzelnen Landesverbänden durchaus unterschiedlich. In manchen Landesverbänden – etwa in demjenigen in Nordrhein-Westfalen – gelang ein recht geregelter Aufbau, in anderen – etwa in Berlin oder in Bayern – kam es rasch zu heftigem Streit. Hier sollen an ausgewählten Beispielen unterschiedliche Entwicklungen aufgezeigt werden.

3.7.1 Die AfD Nordrhein-Westfalen

Der nordrhein-westfälische AfD-Landesverband ist am 12. April 2013 in Rommerskirchen bei Köln gegründet worden. Am Gründungsparteitag nahmen Berichten zufolge um die 400 von bis dahin angeblich 1.500 Parteimitgliedern teil. Sie wählten den Wirtschaftswissenschaftler Alexander Dilger zum Landessprecher und den Kommunikationsberater Martin Renner aus Wuppertal, den Wirtschaftsjuristen Hermann Behrendt aus Korschenbroich und den Unternehmensberater Jobst Landgrebe aus Köln zu seinen Stellvertretern.

Landessprecher Dilger, der bereits zu den Unterzeichnern des Gründungsaufrufs des *Plenums der Ökonomen* gehörte, hat seit 2003 eine Wirtschafts-Professur an der Universität Münster inne und leitet dort seit 2010 das "Institut für Organisationsökonomik". Er kommt aus der FDP, der er 23 Jahre lang angehörte – bis Ende März 2013. In der Partei war er zuletzt als Vorsitzender des Landesfachausschusses "Innovation, Wissenschaft und Forschung" aktiv. Er gibt an, sich schon in der FDP "gegen eine ungehemmte Eurorettungspolitik" engagiert zu haben. Dilger hat in der Vergangenheit mehrfach Beiträge in der Zeitschrift *eigentümlich frei* publiziert – zu Themen wie "Staat als Räuberbande" und "Überlegungen zu einer libertären Tierethik". Auf die Frage, wie er dazu stehe, dass *eigentümlich frei* auch Rechte, einmal sogar einen NPD'ler habe zu Wort kommen lassen, erklärte Dilger Anfang Mai gegenüber dem WDR: "Als die Zeitschrift nach rechts zu kippen drohte, habe ich jede Zusammenarbeit eingestellt."¹²⁷ Inzwischen hat er die Kooperation allerdings wieder aufgenommen: In der Doppelnummer für August und September 2013 druckte *eigentümlich frei* ein Interview mit ihm ab.

Von größerem Interesse sind in der AfD NRW auch die Positionen, die der stellvertretende Landessprecher Hermann Behrendt vertritt. Behrendt tritt seit geraumer Zeit öffentlich dafür ein, die parlamentarische Demokratie in Deutschland durch eine "mandative Demokratie" zu ersetzen. Demnach sei die Regierung nicht vom Parlament, sondern direkt zu wählen; dasselbe solle für den Bundespräsidenten gelten. Gleichzeitig spricht sich Behrendt für den "Verzicht auf ein Parlament"

¹²⁷ Martin Teigeler: Von der Düsseldorfer Kneipe in den Bundestag? 03.05.2013.
<http://www1.wdr.de/themen/politik/alternativefuereutschland106.html> , abgerufen am 24.08.2013.

aus. Zwar fordert er einen "offenen Diskurs" in einem "Bürgerforum" über politische Belange und "direktdemokratische Eingriffsmöglichkeiten". Doch ist nicht ersichtlich, wie die Regierung noch kontrolliert werden soll – sie solle, schlägt Behrendt vor, Gesetze in eigener Vollmacht per Erlass verkünden können.¹²⁸ Die Konzeption bricht nicht nur mit der Tradition der Gewaltenteilung, sondern zeigt damit auch, wie plebiszitäre Vorstellungen mit demokratietheoretisch fragwürdigen Modellen einhergehen können.

Für öffentliche Diskussion sorgte der Düsseldorfer Ulrich Wlecke, der auf dem zweiten Landesparteitag der AfD am 4./5. Mai 2013 in Schmallenberg (Hochsauerlandkreis) auf Platz vier der Bundestags-Kandidatenliste gewählt wurde. Wlecke war in seiner Studienzeit Mitglied in der *Burschenschaft Franconia*. Gemeinsam mit Bundesbrüdern aus der Franconia wurde er auch beim *Ring Freiheitlicher Studenten* (rfs) aktiv, der 1977 gegründet worden war und – nach österreichischem Vorbild (FPÖ) – als ultrarechte Alternative zur CDU-Hochschulorganisation RCDS fungierte. Wie Wlecke mittlerweile einräumen musste, war er von 1989 bis 1992 Mitglied der *Republikaner* (REP). Laut Recherchen der Journalistin Franziska Hundseder soll er auch in die Versuche der REP involviert gewesen sein, eine Parteistiftung zu gründen (*Franz-Schönhuber-Stiftung*).¹²⁹

Beruflich war Wlecke im Investmentbanking bei der *WestLB* tätig, danach war er tätig bei der *Unternehmensberatung Roland Berger*, bei der er es bis zum Aufsichtsratsmitglied brachte. Heute ist Wlecke eigenen Angaben zufolge "geschäftsführender Gesellschafter einer mittelständischen Unternehmensgruppe im Maschinen- und Anlagenbau, Mikroelektronik (rund 400 Mitarbeiter in 5 Unternehmen, ca. 50 Mio. EUR Umsatz)".¹³⁰ Gesellschaftlich engagiert er sich seit 2000 beim *Rotary-Club* und darüber hinaus als Vorstandsmitglied beim *Bund katholischer Unternehmer* in Düsseldorf.

Wlecke gibt an, sich 1992 von den REP aufgrund inhaltlicher Differenzen getrennt zu haben. Fest steht jedoch, dass er noch in den Jahren 2009 und 2010 für die österreichische Rechtsaußen-Partei FPÖ tätig gewesen ist – als "Budget-Experte" bei Parlamentsanhörungen in Wien. Im Mai 2010 wandte sich auf einer FPÖ-Pressekonferenz der damalige FPÖ-Nationalratsabgeordnete Lutz Weinzierer gemeinsam mit Wlecke an die Öffentlichkeit. Weinzierer hatte nur zwei Jahre zuvor mit einer Wahlkampf-Äußerung Empörung geerntet. Er hatte wörtlich erklärt: "Jede blonde, blauäugige Frau, die Deutsch als Muttersprache hat, braucht drei Kinder – sonst holen uns die Türkinen ein."¹³¹ Wie er an die FPÖ geraten ist, hat Wlecke bislang nicht öffentlich erklärt. Doch besteht seit 1952 ein "Arbeits- und Verkehrsverhältnis" und seit 2002 ein "Freundschaftsverhältnis" zwischen seiner *Münsterer Burschenschaft Franconia* und der *Wiener akademischen Burschenschaft Libertas*, die ihrerseits bekannte FPÖ-Politiker wie den Nationalratsabgeordneten Walter Rosenkranz zu ihren "Alten Herren" zählt. Zwischen der *Franconia* und der Wiener *Libertas*, über deren Heimatstadt ein "Francone" einmal schrieb, sie sei "Deutschlands schönste Stadt", gibt es tatsächlich einen regen Austausch. So besuchten mehrere

¹²⁸ Hermann Behrendt: Die mandative Demokratie. Eine Realutopie, Korschenbroich 2012.

¹²⁹ Franziska Hundseder: Rechte machen Kasse, München 1995.

¹³⁰ Biographie. <http://ulrich-wlecke.de/859-2>, abgerufen am 24.08.2013.

¹³¹ Walter Müller: FPÖ: "Heimat der deutschstämmigen Menschen erhalten", 29.05.2009.

<http://derstandard.at/1242316969504/FPÖe-Heimat-der-deutschstaemmigen-Menschen-erhalten>, abgerufen am 24.08.2013.

“Liberten” die Geburtstagsfeier ihres Verbandsbruders Ulrich Wlecke am 6. September 2008 auf den Düsseldorfer Rheinterrassen, darunter “Liberte” Walter Rosenkranz (FPÖ).

Nach dem öffentlichen Bekanntwerden dieser Aktivitäten sind im AfD-Landesverband Nordrhein-Westfalen Auseinandersetzungen wegen Wleckes politischer Orientierung entbrannt. Schon kurz nach seiner Wahl auf Platz vier der AfD-Landesliste konnte man in rechtsgerichteten Internetforen hoffnungsvolle Äußerungen lesen: “Da ist in Zukunft sicher eine bessere Kommunikation zwischen AfD, REP und PRO möglich!” Bald jedoch meldeten sich auch Aktivisten zu Wort, die mit FPÖ-nahen Positionen nichts zu tun haben wollten. In Medienberichten wird etwa Stefan Soppe erwähnt, der von “mehreren Leuten aus der rechten Szene” auf der AfD-Landesliste spricht und ihretwegen die Partei verlassen hat. Soppe gibt an, er habe “den Verfassungs- und Staatsschutz” über die “Machenschaften der AfD-Funktionäre” informiert: “Zu meiner großen Verwunderung sind die aber schon seit Wochen aktiv”.¹³² In Düsseldorf wurde im Anschluss an diese Debatte ein ‘Düsseldorfer Appell’ von AfD-Mitgliedern, verfasst, in dem sich gegen eine Mitgliedschaft von ehemaligen Mitgliedern der REP sowie aus anderen Rechtsaußenparteien ausgesprochen wurde.

3.7.2 Die AfD Bayern

Die AfD Bayern hat schon sehr früh vor allem mit – teils öffentlich ausgetragenem – internem Streit von sich reden gemacht. Dabei ging es zunächst um Vorwürfe gegen den Gründungsvorsitzenden Joachim Schünemann, einen Versicherungsmakler aus Fürth, der auch dem AfD-Bundesvorstand angehört. Schünemann hatte die Einladungen zum Gründungsparteitag in Ebersberg erst fünf Tage vor dem Termin verschickt; zudem fiel der Termin (31. März) auf den Ostersonntag. Beides zusammengenommen bewirkte, dass nur ein relativ kleiner Teil der Mitglieder sich zur Teilnahme in der Lage sah. “Es ist offensichtlich”, ließ sich ein interner Kritiker in der Presse zitieren, “dass Schünemann mit der Terminwahl Konkurrenten fernhalten wollte”. Die Rede war gar von einer “Seilschaft Schünemann”.¹³³

Die internen Schlammschlachten prägten die Arbeit der AfD Bayern über Monate. Am 11. Mai wurde auf einem Landesparteitag mit Martin Sichert ein neuer Vorsitzender gewählt – die Wahl allerdings nach einer Stunde aufgrund angeblicher oder tatsächlicher Unregelmäßigkeiten für ungültig erklärt. Es folgte am 26. Mai ein weiterer Landesparteitag in Nürnberg. Über Sichert hatte man mittlerweile erfahren können, er habe in Facebook-Einträgen den Wehrmachts-General Erwin Rommel “eine der ehrenhaftesten Gestalten des Zweiten Weltkriegs” genannt, über “Ausländer” geschrieben, “die unsere Mentalität untergraben”, und die Frage gestellt: “Warum sind es immer Türken, die Kanakensprache sprechen?”¹³⁴ Am 26. Mai traten sowohl Schünemann als auch Sichert nicht mehr an – und machten Platz für den Betriebswirt André Wächter, einen

¹³² Dietmar Neuerer: Konservativ, liberal, rechts – wohin steuert die AfD? 28.06.2013.

<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bundestagswahl-2013/euro-kritiker-konservativ-liberal-rechts-wohin-steuert-die-afd-seite-all/8419392-all.html>, abgerufen am 24.08.2013.

¹³³ Glas, Andreas: Kaum gegründet, schon zerstritten, 10.05.2013. <http://www.sueddeutsche.de/bayern/landesparteitag-der-afd-kaum-gegruendet-schon-zerstritten-1.1669856>, abgerufen am 30.08.2013.

¹³⁴ Bayern: AfD-Landesvize Sichert gerät ins Zwielicht, 17.05.2013. <http://newsticker.sueddeutsche.de/list/id/1452401>, abgerufen am 30.08.2013.

Mitarbeiter der Deutschen Bundesbank im Bereich Außenwirtschaftsprüfungen, der seither als Landesvorsitzender amtiert.

Wilde Auseinandersetzungen gab es dennoch auch um die Landesliste für die Bundestagswahl. "Die neuen Vorstände um Wächter hatten als Delegierte über die Listenplätze ... abgestimmt, ohne vorher von einer Mitgliederversammlung zu Delegierten gewählt worden zu sein", berichtete die Süddeutsche Zeitung: "Am Ende landete André Wächter auf Listenplatz eins, Landes-Vizechefin Brigitte Stöhr auf Platz drei." Schließlich erklärte der Landeswahlleiter die Liste für ungültig; die Aufstellung musste wiederholt werden. Anfang Juli war die Lage im bayerischen AfD-Landesverband offenbar endgültig eskaliert: Man las von internen Drohanrufen, Strafanzeigen und der Weigerung mehrerer Kreisverbände, sich an der Sammlung der für die Bundestagswahl nötigen Unterschriften zu beteiligen.¹³⁵

Der AfD-Landesverband Bayern nimmt auf Druck von Bundessprecher Bernd Lucke nicht an der bayerischen Landtagswahl am 15. September 2013 teil. Hintergrund sind Befürchtungen der AfD-Spitze, ein schlechtes Abschneiden könne sich negativ auf die Wahlchancen bei der eine Woche später stattfindenden Bundestagswahl auswirken.

3.7.3 Die AfD Berlin

Auch die AfD Berlin ist bereits unmittelbar nach ihrer Gründung wegen undurchsichtiger interner Machtkämpfe in die Medienberichterstattung geraten. Beim ersten Parteitag am 27. April waren zunächst Matthias Lefarth, Annette Goldstein und Günther Brinker zu LandessprecherInnen gewählt worden; Goldsteins Ehemann Mathias wurde daraufhin als Landesgeschäftsführer eingesetzt, die Landesgeschäftsstelle in den Räumen von Annette Goldsteins Wirtschaftsprüfungsgesellschaft in Berlin-Charlottenburg eingerichtet. Beide Goldsteins und Lefarth kamen direkt aus der Berliner FDP. Die Querelen begannen schnell und führten schon nach wenigen Tagen dazu, dass Lefarth zurücktrat – Medienberichten zufolge, weil er "offenbar den ersten Listenplatz" auf der Kandidatenliste für die Bundestagswahl für sich beansprucht habe, sich damit jedoch nicht durchsetzen können¹³⁶, was er selbst jedoch strikt bestreitet. Dann wurde Landesgeschäftsführer Mathias Goldstein entlassen; Kritiker in der AfD Berlin monierten eine allzu enge Verquickung zwischen der Parteiarbeit, den Goldsteins und Annette Goldsteins GmbH. Interne Machtkämpfe führten am 11. Mai schließlich zum Rücktritt von Landessprecherin Annette Goldstein und dann noch zum Rücktritt des stellvertretenden Landessprechers Markus Egg. Die Einschätzung, bei den dubiosen Auseinandersetzungen handele es sich um Rivalitäten zwischen ehemaligen Mitgliedern der FDP und ehemaligen Aktivisten der *Freien Wähler*, wurde offiziell zurückgewiesen.¹³⁷

¹³⁵ Glas, Andreas: "Die Gier war größer als die Vernunft", 04.07.2013. <http://www.sueddeutsche.de/politik/vorwuerfe-gegen-bayerischen-afd-landesvorstand-die-gier-war-groesser-als-die-vernunft-1.1712527>, abgerufen am 30.08.2013.

¹³⁶ Leber, Fabian: Berliner Eurokritiker schon im Führungsstreit, 10.05.2013. <http://www.tagesspiegel.de/berlin/alternative-fuer-deutschland-berliner-eurokritiker-schon-im-fuehrungsstreit/8189850.html>, abgerufen am 30.08.2013.

¹³⁷ Leber, Fabian: Rücktrittsrekord bei der Anti-Euro-Partei, 13.05.2013. <http://www.tagesspiegel.de/berlin/alternative-fuer-deutschland-ruecktrittsrekord-bei-der-anti-euro-partei/8199276.html>, abgerufen am 30.08.2013.

Letztlich ist es dem Berliner AfD-Landesverband gelungen, sich nach den undurchsichtigen, von persönlichen Vorwürfen geprägten und für Außenstehende nicht zu durchschauenden Querelen zu konsolidieren. Alleiniger Sprecher ist nun der Unternehmensberater Günter Brinker, der von 1995 bis 2005 als Vorstandsvorsitzender des *Bundes der Steuerzahler Berlin* amtierte, dann aber seinen Posten wegen undurchsichtiger und – wie er selbst ausdrücklich betont – unbewiesener Vorwürfe räumen musste¹³⁸; die in der Sache eingeleiteten Ermittlungen der Justiz wurden bald eingestellt.¹³⁹ Einer der beiden stellvertretenden Sprecher ist der ehemalige Weltbank-Mitarbeiter und vormalige Vorsitzende der *Freien Wähler Berlin* Christian A. Schmidt. Eine Art Befreiungsschlag ist der AfD Berlin dann mit der Aufstellung der Kandidatenliste für die Bundestagswahl gelungen. Auf Platz eins steht mit Joachim Starbatty eines der prominenten Aushängeschilder der AfD: Starbatty gehört als früheres Mitglied des *Bundes Freier Bürger* (BFB) zu den Euro-Gegnern der ersten Stunde. Auf Platz zwei findet sich Beatrix von Storch von der *Zivilen Koalition*. Auf Platz drei kandidiert mit Eiko Behrens ein – laut eigenen Angaben – “aktiver Stabsoffizier der Reserve im Bundesministerium der Verteidigung”¹⁴⁰, der zuvor bei der Partei *Die Freiheit* aktiv war.

3.7.4 Die AfD Brandenburg

Zwei Fälle von nicht untypischen Konflikten gab es schon unmittelbar nach ihrer Gründung in der AfD Brandenburg. Der erste Fall bezog sich auf die innerparteiliche Demokratie. Wie die *Märkische Allgemeine Zeitung* berichtete, kam es zwischen den beiden für den Parteiaufbau in Brandenburg verantwortlichen AfD-Politikern zu schweren Auseinandersetzungen. Demnach warf der eine von ihnen, Ludwig Cromme, dem anderen, Roland Scheel, vor, er habe sich bei der Vorbereitung des Gründungsparteitags am 28. April in Groß Behnitz grober Verstöße schuldig gemacht. Scheel hatte nur diejenigen brandenburgischen AfD-Mitglieder teilnehmen lassen, die der Partei bis zum 6. April beigetreten waren und ihre Teilnahme bis zum 15. April schriftlich bestätigt hatten. Das hatte zur Folge, dass nur 44 von insgesamt 280 Mitgliedern teilnahmen. Scheel wurde auf dem Parteitag zum AfD-Landesvorsitzenden gewählt. “Wir fordern in unserem Programm mehr Demokratie”, erklärte Cromme; dem müsse man auch in der eigenen Partei Rechnung tragen.¹⁴¹

Der zweite Fall betraf zwei Personalien. Auf dem Gründungsparteitag der AfD Brandenburg wurden mit Rainer van Raemdonck und Thomas Jung zwei Männer in den Landesvorstand gewählt, die zuvor in der anti-islamischen Partei *Die Freiheit* aktiv gewesen waren. Thomas Jung hatte die Gründung des brandenburgischen Landesverbandes der *Freiheit* vorbereitet und war bei deren erstem Parteitag am 17. Juni 2011 zum Landesvorsitzenden gewählt worden. Rainer van Raemdonck erhielt den Posten eines stellvertretenden Landesvorsitzenden. Raemdonck ist heute Erster Stellvertretender Vorsitzender der AfD Brandenburg und kandidiert auf Platz vier der

¹³⁸ Chef im Bund der Steuerzahler gibt auf, 16.11.2005. <http://www.berliner-zeitung.de/archiv/nach-untreue-vorwurfen-tritt-guenter-brinker-ab-chef-im-bund-der-steuerzahler-gibt-auf,10810590,10336900.html>, abgerufen am 30.08.2013.

¹³⁹ Törne, Lars von: Neuanfang mit Hindernissen, 07.09.2006. <http://www.tagesspiegel.de/berlin/neuanfang-mit-hindernissen/749000.html>, abgerufen am 30.08.2013.

¹⁴⁰ Berliner Landesliste für die Bundestagswahl 2013. <http://afd-berlin.eu/wp/landesliste/>, abgerufen am 30.08.2013.

¹⁴¹ Brandenburger Partei von Islamfeinden geführt? 06.05.2013. <http://www.maz-online.de/Brandenburg/Brandenburger-Partei-von-Islamfeinden-gefuehrt>, abgerufen am 25.08.2013.

Landesliste für den Bundestag, Jung ist Beisitzer im Landesvorstand und kandidiert auf Platz zehn der Landesliste für den Bundestag.

3.7.5 Die AfD Hamburg

Die AfD Hamburg war einer der ersten Landesverbände der Partei, dessen Rechtsaußen-Kontakte für Unruhe sorgten. Ursache war, dass ein führendes Mitglied der Gründungsphase der Hamburger AfD, Jens Eckleben, zuvor Hamburger Landesvorsitzender der Partei *Die Freiheit* gewesen war. Über Eckleben wurde zudem berichtet, auf seinem Youtube-Kanal stoße man auf eine Datei mit dem Titel "Historisches Liedgut aus dem 19. Jahrhundert – Interpret: Frank Rennie".¹⁴² Rennie ist einer der bekanntesten Neonazi-Musiker. Eckleben trug dazu bei, dass der ehemalige FDP-Politiker Sigurd Greinert Anfang Mai entnervt die Hamburger AfD verließ. Parteimitglieder wie Eckleben würden "von der Parteiführung ungehindert islamkritische oder andere meines Erachtens am rechten Rand fischende Blog-Einträge verfassen", kritisierte Greinert: "Ich kann eine Partei nicht länger unterstützen, die es zulässt, dass Mitglieder aus Parteien mit rechtspopulistischen Motiven unkontrolliert aufgenommen werden."¹⁴³

In der folgenden Zeit sorgte die Spitze der Hamburger AfD dafür, dass Eklats wie derjenige um Eckleben ausblieben; so wurde etwa Eckleben auf die hinteren Ränge der Partei verbannt. Vorstandssprecher und gleichzeitig Spitzenkandidat auf der Landesliste der Hamburger AfD ist Jörn Kruse, ein Wirtschaftswissenschaftler wie der ebenfalls aus Hamburg stammende AfD-Bundessprecher Bernd Lucke und Professor an der Hamburger Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr. Kruse war von 1968 bis 1993 SPD-Mitglied und wurde eigenen Angaben zufolge in den 1990er Jahren zum Euro-Kritiker. Heute befürwortet er eine Reform des gegenwärtigen demokratischen Systems und die Einführung eines "Bürgersenats"; er beschreibt dies als eine dringend notwendige Reform des verschlissenen Parteienstaats. Kritiker wie der Soziologe Andreas Kemper warnen allerdings, dies laufe darauf hinaus, den "Prozess der Regierungsbildung" wie auch das Fällen politischer Entscheidungen noch wirtschaftsfreundlicher zu gestalten.¹⁴⁴

Kruse bemüht sich nach außen konsequent um einen bürgerlich-reputierlichen politischen Kurs und um eine klare Abgrenzung nach rechts. Ein Beispiel dafür ist die Gründung eines Landesverbandes der *Jungen Alternative* unter seiner Ägide, der sich zumindest nach außen klar vom Bundesverband der *Jungen Alternative* unterscheidet. Laut Meldungen auf dem Internetportal publikative.org hält die AfD Hamburg jedoch Kontakt zu dem im Frühjahr 2013 gegründeten *Konservativ-Freiheitlichen Kreis Hamburg*, der sich eigenen Angaben zufolge unter anderem unter Mitwirkung von Aktivisten um das islamfeindliche Internet-Portal *Politically Incorrect (PI-News)* und von "Leute(n) der Identitären Bewegung" gebildet hat. Der *Konservativ-Freiheitliche Kreis* hat schon bald nach seiner Gründung etwa Oberst a.D. Manfred Backerra als

¹⁴² Sieber, Roland: AfD: Professorenpartei als rechtspopulistische Sammelbewegung? 19.03.2013.

<http://www.publikative.org/2013/03/19/afd-professorenpartei-als-rechtspopulistische-sammelbewegung/>, abgerufen am 30.08.2013.

¹⁴³ Hamburger Mitglied tritt aus "Alternative" aus, 06.05.2013. <http://www.abendblatt.de/hamburg/article115943067/Hamburger-Mitglied-tritt-aus-Alternative-aus.html>, abgerufen am 30.08.2013.

¹⁴⁴ Kemper, Andreas (2013): Rechte Euro-Rebellion. Alternative für Deutschland und Zivile Koalition e.V., Münster, S. 57-60.

Referenten eingeladen, der wegen seiner Rechtsaußen-Aktivitäten 2004 Hausverbot von seinem ehemaligen Arbeitgeber, der Führungsakademie der Bundeswehr, bekam, und Wolfram Schiedewitz, der seinen *Verein Gedächtnisstätte* vorstellen sollte. Der Verein führt regelmäßig Veranstaltungen mit Geschichtsrevisionisten durch, darunter Holocaustleugner, und er unterhält Kontakte in die Neonazi-Szene.¹⁴⁵ Ende Juli stellte laut Informationen der taz Kay Gottschalk, zweiter stellvertretender Vorstandssprecher der Hamburger AfD, Direktkandidat der Partei für Hamburg-Mitte und Zweitplatzierter auf der Landesliste für die Bundestagswahl, beim *Konservativ-Freiheitlichen Kreis Hamburg* die AfD vor. Dieser setzt nun Berichten zufolge "trotz Differenzen ... auf die AfD".¹⁴⁶

Laut Meldung von *publikative.org* lud wiederum der Hamburger AfD-Kreisverband Altona im Juli zu einer Veranstaltung ein, deren Thema offenbar auf ein ähnliches Spektrum zielte: "Political Correctness – Zum Schaden der Demokratie?"¹⁴⁷ Im August wurde zudem bekannt, dass Kay Gottschalk die AfD Anfang September auch bei der *Staats- und Wirtschaftspolitischen Gesellschaft* (SWG) vorstellen sollte. Der Hamburger Politikwissenschaftler Wolfgang Gessenharter hat die SWG einst als "wichtiges Scharnier zwischen Konservatismus und Rechtsextremismus" eingestuft. Ihr gegenwärtiger Vorsitzender, Menno Aden, wird mit einer Aussage über die Shoah zitiert, die sich auf die Zahl der sechs Millionen ermordeten Jüdinnen und Juden bezieht. Aden erklärte demnach: "Seriöse Historiker nennen heute ganz andere Zahlen, man traut sich nur nicht, sie entgegenzuhalten... denn sie sind geradezu strafbar gering".¹⁴⁸

3.7.6 Die AfD Hessen

Der AfD-Landesverband Hessen konnte am 5. Mai 2013 prominenten Zuwachs vermelden: Der FDP-Landtagsabgeordnete Jochen Paulus hatte soeben erklärt, zu ihr überzutreten. Damit war die neue Partei nun auch in einem Landesparlament vertreten. Gleichzeitig wechselte die Wiesbadener Stadtverordnete Brigitte Susanne Pöpel, die allerdings schon im Vorjahr aus der FDP ausgetreten war, zur AfD. Zuwachs erhielt diese außerdem von den *Freien Wählern Frankfurt*: Der Vorsitzende ihrer Stadtverordneten-Fraktion, Wolfgang Hübner, trat ebenfalls in die AfD ein. Geführt wird die AfD Hessen von drei Sprechern. Neben dem Kapitalanlage-Experten Simon Roger und dem Bankier Eberhard Clamor Freiherr von dem Bussche, der in der Vergangenheit etwa für die *Citibank*, die *HSH Nordbank* und die *Privatbank Sal. Oppenheim* tätig gewesen ist, handelt es sich um den 2012 aus der CDU ausgetretenen Albrecht Glaser. Glaser wirkte von 1995 bis 2001 als Stadtkämmerer in Frankfurt am Main.

Mit Beisitzer Heinrich Hofsommer kommt ein weiteres Vorstandsmitglied ursprünglich aus der CDU. Hofsommer, der von 1990 bis 1991 und von 1993 bis 1995 Mitglied des hessischen Landtags

¹⁴⁵ Krebs, Felix: Alternative für Deutschland: Auf Stimmenfang ganz rechts, 15.08.2013.

<http://www.publikative.org/2013/08/15/alternative-fuer-deutschland-auf-stimmenfang-ganz-rechts/> , abgerufen am 30.08.2013.

¹⁴⁶ Speit, Andreas: Wie rechts sind die Eurogegner? 13.08.2013. <http://www.taz.de/!121788/> , abgerufen am 30.08.2013.

¹⁴⁷ Krebs, Felix: Alternative für Deutschland: Auf Stimmenfang ganz rechts, 15.08.2013.

<http://www.publikative.org/2013/08/15/alternative-fuer-deutschland-auf-stimmenfang-ganz-rechts/> , abgerufen am 30.08.2013.

¹⁴⁸ Hotel sagt Veranstaltung mit NPD-Anwältin ab. http://www.keine-stimme-den-nazis.org/index.php?option=com_content&task=view&id=3739 , abgerufen am 30.08.2013.

gewesen war, verließ 1997 die Partei und ging für eine Weile zum *Bund Freier Bürger* (BFB). Von 1995 an arbeitete er im hessischen Hünfeld als Schulleiter der *Jahnschule*, die er 2002 im Streit verließ. Damals waren Beschwerden bekannt geworden, denen zufolge er etwa eine siebte Klasse während des Englisch-Unterrichts den Satz im Chor wiederholen ließ: "In Germany there are too many immigrants." Auch habe er schon in den 1980er Jahren während seiner Tätigkeit an einer Schule im hessischen Niederaula die Schülerinnen und Schüler "Deutschland, Deutschland über alles" singen lassen, kritisierten Elternvertreter.¹⁴⁹ Hofsommer ließ sich 2003 laut eigenen Angaben pensionieren und arbeitete von 2004 bis 2005 an der Privatschule in Swakopmund (Namibia), wo er darüber hinaus vor "einem zahlreichen Publikum aus dem deutsch sprechenden Bildungsbürgertum Swakopmunds" eine mehrmonatige Vortragsreihe über die deutsche Geschichte hielt¹⁵⁰. Heute betreibt er das Unternehmen *HH-Management Consulting* mit Sitz in Friedlos bei Bad Hersfeld.

Besonderes Lob in Rechtsaußen-Kreisen hat Wolfgang Hübner, stellvertretender Landessprecher der AfD Hessen, erhalten. Er habe mit seinen Äußerungen desöfteren "für empörte Reaktionen zart besaiteter und politisch überkorrekter Parteifreunde" gesorgt, hieß es Mitte Mai anerkennend auf der Website der Rechtsaußen-Monatszeitschrift *Zuerst*.¹⁵¹ Hübner hatte unter anderem behauptet, die NSU-Morde würden "politisch instrumentalisiert"; die "Situation" werde "von verschiedenen Einwanderer-Lobbyisten in unverschämter Weise" genutzt, "um von dem Staat zusätzliche materielle und ideelle Zuwendungen zu fordern".¹⁵² "Hübner steht für politische Brandstiftung am rechten Rand des Parteienspektrums", urteilte die *Frankfurter Rundschau*: "Es ist leicht erkennbar, dass er den verbreiteten Unmut über die europäische Währungspolitik und ihre sozialen Folgen (...) nur als politischer Trittbrettfahrer nutzen möchte. Ihm (...) geht es um viele andere Ziele und Inhalte – etwa um Stimmungsmache gegen muslimische Migranten, auch gegen die Menschen, die als Teil der großen europäischen Armutswanderung nach Deutschland und Frankfurt kommen."¹⁵³ Im Interview mit der Zeitschrift *Sezession* hat Hübner in der Tat bestätigt, dass ihm an einer weit über die Euro-Thematik hinausgehenden Programmatik gelegen ist: "Die Arbeit an einem umfassenden Parteiprogramm hat erst begonnen", erklärte er dort. "Wenn das Programm formuliert ist, wird die AfD eine echte Alternative auch in vielen anderen Fragen sein – ich bin da sehr optimistisch."¹⁵⁴

3.7.7 Die AfD Mecklenburg-Vorpommern

Die AfD Mecklenburg-Vorpommern grenzt sich strikt gegen die extreme Rechte ab. "Wir kommen aus der Mitte der Gesellschaft", ließ sich der Volkswirtschaftler und frühere Radio-Moderator Leif-

¹⁴⁹ Neurad, Stefan: Englisch für Deutsche, *Jungle World* 2/2002 vom 02.01.2002.

¹⁵⁰ Würdigungsbericht. www.heiner-hofsommer.de/Wuerdigung.pdf, abgerufen am 30.08.2013.

¹⁵¹ Alternative für Deutschland: Eine Partei zwischen Karrieristen-Truppe und Hoffnungsschimmer, 18.05.2013. <http://www.zuerst.de/2013/05/18/alternative-fur-deutschland-eine-partei-zwischen-karrieristen-truppe-und-hoffnungsschimmer/>, abgerufen am 30.08.2013.

¹⁵² Hübner, Wolfgang: Die "NSU"-Morde werden politisch instrumentalisiert! 05.11.2012. <http://www.freie-waehler-frankfurt.de/artikel/index.php?id=408>, abgerufen am 30.08.2013.

¹⁵³ Göpfert, Claus-Jürgen: Auf dem Trittbrett, *Frankfurter Rundschau* vom 07.05.2013.

¹⁵⁴ Die "Alternative für Deutschland" – Interview mit Wolfgang Hübner, 25.04.2013. <http://www.sezession.de/38364/die-alternative-fur-deutschland-interview-mit-wolfgang-hubner.html>, abgerufen am 30.08.2013.

Erik Holm, einer der drei Landessprecher, vom *Norddeutschen Rundfunk* (NDR) zitieren. Sein Sprecherkollege Steffen Wandschneider bekräftigte, ehemalige Mitglieder der NPD hätten in dem Landesverband keine Chance; ohnehin hätten die meisten AfD-Mitglieder in Mecklenburg-Vorpommern keine parteipolitische Vergangenheit.¹⁵⁵ Allerdings trifft zumindest letzteres nicht einmal auf die Vorstandssprecher der AfD Mecklenburg-Vorpommern zu. Der dritte Vorstandssprecher der AfD Mecklenburg-Vorpommern, Andreas Kuessner, ist zuvor nicht nur Mitglied der islamfeindlichen Partei *Die Freiheit* gewesen; der Jurist hat sogar ihrem Bundesschiedsgericht angehört. Darauf angesprochen, hatte Kuessner erklärt, seine Orientierung sei "christlich-liberal", er sei zwölf Jahre lang CDU-Mitglied gewesen. Bundessprecher Lucke hatte in der Online-Ausgabe des *Handelsblatt* zu ehemaligen Aktivisten von *Die Freiheit* geäußert: "Diese sind überwiegend deshalb aus der Freiheit ausgetreten, weil sie islamfeindliche Züge annahm."¹⁵⁶ Die Begründung überrascht, da die Islamfeindlichkeit konstituierendes Moment der *Freiheit* war. Abgesehen davon hat sich Kuessner in der *Freiheit* als Autor eines Manifests mit dem Titel "Mehr Patriotismus wagen" einen Namen gemacht. Das Bekenntnis der *Freiheit* zum Patriotismus sei für ihn "ein ganz entscheidender Grund" gewesen, "der Partei beizutreten", bekannte er Ende 2011. Er fügte hinzu, er stehe nicht nur "für mehr Patriotismus" ein, sondern auch dafür, den "Ungeist der politischen Korrektheit" und die "Zuwanderung von Integrationsverweigerern" zu bekämpfen.¹⁵⁷

Das *Handelsblatt* weist schließlich noch auf die Facebook-Seite des Landesschatzmeisters der AfD Mecklenburg-Vorpommern, Klaus-Peter Last, hin. IT-Fachmann Last habe zwar "mehrere Jahre bei den Grünen" verbracht, schreibt die Zeitung: "Allerdings zeigt er auf seiner Facebook-Seite offen Sympathie für den Gitarristen Sacha Korn, dessen Lieder auch auf einer NPD-Schulhof-CD erschienen sind."¹⁵⁸

3.7.8 Die AfD Niedersachsen

Innerhalb des niedersächsischen AfD-Landesverbandes ist es im Sommer zu Auseinandersetzungen um mehrere Mitglieder des AfD-Kreisvorstandes Göttingen gekommen. Dabei handelt es sich zum einen um Lars Steinke, der der *Burschenschaft Hannovera Göttingen* angehört¹⁵⁹; diese war bis vor kurzem Mitglied des Dachverbandes *Deutsche Burschenschaft*, der in jüngster Vergangenheit mit seinen Kontakten in die extreme Rechte bundesweit Schlagzeilen machte. Über einen zweiten, Lennard R., war in der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* zu lesen:

¹⁵⁵ Alternative für Deutschland auch in MV, 04.06.2013. http://www.ndr.de/regional/bundestagswahl_2013/mecklenburg-vorpommern/afd113.html, abgerufen am 30.08.2013.

¹⁵⁶ Neuerer, Dietmar: Konservativ, liberal, rechts – wohin steuert die AfD? 28.06.2013. <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bundestagswahl-2013/euro-kritiker-konservativ-liberal-rechts-wohin-steuert-die-afd-seite-all/8419392-all.html>, abgerufen am 30.08.2013.

¹⁵⁷ Kuessner, Andreas: Mehr Patriotismus wagen – ein Diskussionsbeitrag aus Mecklenburg-Vorpommern, 15.11.2011. <http://diefreiheit.org/home/2011/11/mehr-patriotismus-wagen-ein-diskussionsbeitrag-aus-mecklenburg-vorpommern/>, abgerufen am 30.08.2013.

¹⁵⁸ Neuerer, Dietmar: Konservativ, liberal, rechts – wohin steuert die AfD? 28.06.2013. <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bundestagswahl-2013/euro-kritiker-konservativ-liberal-rechts-wohin-steuert-die-afd-seite-all/8419392-all.html>, abgerufen am 30.08.2013.

¹⁵⁹ Speit, Andreas: Wie rechts sind die Euroegner? 13.08.2013. <http://www.taz.de/!121788/>, abgerufen am 30.08.2013.

“Im Internet kursiert ein Bild, das ihn mit Hitlergruß zeigt. Er sitzt dabei auf seinem Fahrrad und lacht. Das Bild ist mittlerweile nicht mehr auf Facebook. Rudolph sagt, seine Seite sei manipuliert worden, das Bild eine Fotomontage und auch die 'Gefällt mir'-Angaben bei der NPD und dem Giftgas 'Zyklon B' seien Ergebnis des Hackerangriffs gewesen. Seine Partei glaubt ihm.”¹⁶⁰

Ende August teilte der AfD-Kreisverband Göttingen auf seiner Website mit:

“Am 26.08.2013 trat der Vorsitzende Matthias Hans aus gesundheitlichen Gründen von seinem Amt zurück. Ausserdem traten die stellvertretenden Vorsitzenden Lennard Rudolph und Lars Steinke aus persönlichen Gründen von ihren Ämtern im Vorstand des Kreisverbandes Göttingen/Osterode zurück.”¹⁶¹

Damit schien die Auseinandersetzung zumindest vorläufig abgeschlossen.

Festgehalten zu werden verdient, dass dem Vorstand der AfD Niedersachsen Wilhelm von Gottberg als Beisitzer angehört. Gottberg, der auch auf Platz acht der Landesliste für die Bundestagswahl kandidiert, amtierte von 1992 bis 2010 als Sprecher der *Landsmannschaft Ostpreußen*; bis 2011 war er Mitglied der CDU. Gottberg hielt zuletzt die Laudatio, als die *Landsmannschaft Ostpreußen* im November 2012 ihren “Kulturpreis Wissenschaft” an Generalmajor a.D. Gerd Schultze-Rhonhof verlieh. Schultze-Rhonhof ist vor allem für sein 2003 veröffentlichtes Buch “1939 – Der Krieg, der viele Väter hatte” bekannt, in dem er die deutsche Alleinschuld am Zweiten Weltkrieg infrage stellt. Das Buch ist in der extremen Rechten populär. Gottberg erklärte in seiner Laudatio auf ihn, Schultze-Rhonhof sei “mit seinen Veröffentlichungen zu einem Hoffnungsträger für die nachwachsenden Generationen” geworden. Er fügte hinzu: “Es wird – wann auch immer – ein Ende haben mit der Pariarolle Deutschlands in der Völkergemeinschaft.”¹⁶²

3.7.9 Die AfD Thüringen

Der AfD-Landesverband Thüringen hat vor allem durch die Mitgliedschaft von Paul Latussek von kritische Aufmerksamkeit erhalten. Latussek hat Anfang Mai in Ilmenau einen AfD-Kreisverband Ilmkreis gegründet. Er war im Januar 1998 – damals noch als Vizepräsident des *Bundes der Vertriebenen* (BdV) und Landesvorsitzender des BdV in Thüringen – zum stellvertretenden Vorsitzenden des *Bund Freier Bürger* (BFB) gewählt worden. Im November 2001 hatte er auf einer Tagung des BdV Thüringen Äußerungen getätigt, die ihm eine Verurteilung wegen Volksverhetzung einbrachten: Er hatte in einer Art und Weise über die Zahl der von den Nazis ermordeten Juden spekuliert, die dem Bundesgerichtshof zufolge, der letztinstanzlich entschied, die Verurteilung rechtfertigte. Latussek hat zuletzt durch enge Beziehungen zur *Schlesischen Jugend Thüringen* Aufmerksamkeit erregt; diese unterhielt Beziehungen zur NPD.

¹⁶⁰ Süss, Sonja: Göttinger Wirrwarr, 24.08.2013. <http://www.faz.net/aktuell/politik/bundestagswahl/afd-goettinger-wirrwarr-12545574.html>, abgerufen am 30.08.2013.

¹⁶¹ Willkommen. <http://www.afd-goettingen.de/home/>, abgerufen am 30.08.2013.

¹⁶² Heitmann, Jan: Beschlüsse, Entschlossenheit und eine Ehrung, Preußische Allgemeine Zeitung 45/2012 vom 10.11.2012.

Der AfD-Landesvorsitzende Matthias Wohlfahrt distanzierte sich offiziell von Latussek, nachdem dessen Aktivitäten in der Partei bekannt geworden waren. Die AfD Thüringen werde "keine Mitglieder mit rechtsradikalen Tendenzen" dulden, erklärte Wohlfahrt; Latussek habe die Gründung des Ilmkreis-Verbandes "völlig eigenmächtig" durchgeführt. "Das ist ohne unsere Billigung geschehen. Das haben wir ihm auch mitgeteilt." Allerdings ist Latussek, wie aus der AfD Thüringen berichtet wird, offenkundig weiterhin Mitglied der Partei; eine Trennung von ihm erfolgte offensichtlich nicht.¹⁶³

¹⁶³ Debes, Martin: Thüringer AfD distanziert sich von verurteiltem Volksverhetzer, 08.05.2013. <http://www.thueringer-allgemeine.de/web/zgt/politik/detail/-/specific/Thueringer-AfD-distanziert-sich-von-verurteiltem-Volksverhetzer-505655875>, abgerufen am 30.08.2013.

4 Die AfD und der rechte Rand

Die Gründung der AfD hat im heterogenen Spektrum der extrem rechten Parteien und Bewegungen sowie in neurechten Denkkreisen und Publikationsnetzwerken für erhebliche Aufmerksamkeit gesorgt. So vielfältig dieses politische Feld aufgestellt ist, so vielfältig fallen auch die Reaktionen auf die AfD aus. Aufgrund ihrer politischen Rahmung und Themenwahl wird die AfD in der extrem rechten Parteienlandschaft sowohl als politische Konkurrenz wie zugleich auch als 'Verstärker' von Positionen wahrgenommen, die dort selbst vertreten werden. Besonders bei Parteien mit rechtspopulistischer Stoßrichtung wird die Sorge um den Verlust von Protestwählerstimmen aufgrund des Wahlantritts der AfD deutlich. In diesem Spektrum sind zudem Tendenzen in der Mitgliederschaft erkennbar, sich der AfD zuzuwenden. Bei der rechtspopulistischen und muslimfeindlichen Partei *Die Freiheit* sind diese Tendenzen deutlich ausgeprägt. In allen Medien der extremen Rechten wird die Entwicklung der AfD akribisch verfolgt. Das folgende Kapitel gibt einen komprimierten Einblick in die unterschiedlichen Reaktionen von rechtsaußen auf die AfD.

4.1 Reaktionen von rechtsaußen

An den Wahlen sind extrem rechte Parteien in der Bundesrepublik seit Jahren ohne Chance. Die NPD erreichte bei der Bundestagswahl 2009 gerade einmal 1,5 Prozent, leidet unter Finanzproblemen und muss sich aktuell mit internen Auseinandersetzungen über strategische Orientierungen beschäftigen. Die *Republikaner* kamen vor vier Jahren auf gerade noch 0,4 Prozent, verfügen über eine in weiten Teilen des Landes inaktive Basis und schafften es in sechs Bundesländern in diesem Jahr nicht einmal, überhaupt die Voraussetzungen für einen Wahlantritt zu erfüllen. Die sogenannte *Pro-Bewegung* ist gespalten. Ihr größerer Teil (*pro NRW*) hat von einer Teilnahme an der Bundestagswahl abgeraten, die ihr kleinerer Teil (*pro Deutschland*) nun im Alleingang in Angriff nimmt.

Für sie alle ist mit der AfD eine zusätzliche Konkurrenz entstanden, die ihr ohnehin schmales Wählerreservoir bedroht – und das mit einem Thema, das zentral zum Repertoire der extremen Rechten zählt. Parolen gegen Euro und EU finden sich bei NPD, *Republikanern* und *pro*-Parteien seit Jahren.

Die neue Partei setze auch auf Stimmen vom rechten Rand. So fasste das *Handelsblatt* Mitte Mai ein Interview mit AfD-Chef Bernd Lucke zusammen.¹⁶⁴ "Grundsätzlich ist es gut, wenn jemand uns wählt und nicht die NPD", zitierte das Blatt Lucke. Er sehe im Einbinden rechter Protestwähler eine Funktion der AfD, denn diese Wähler seien nicht von vornherein extremistisch. "Ohne uns",

¹⁶⁴ Handelsblatt (15.5.2013): Wahlkampf – AfD-Chef will NPD-Wähler gewinnen
<http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/wahlkampf-afd-chef-will-ndp-waehler-gewinnen/8209858.html> zuletzt
abgerufen am 25.8.2013

so der AfD-Chef, "gäbe es die Gefahr, dass enttäuschte Wähler, die eigentlich gar nicht rechts sind, aus Protest extremistische Parteien wählen". Stefan Menzel, der stellvertretende Chefredakteur von *Handelsblatt Online*, kommentierte, Lucke

"setzt darauf, dass er auch am rechtsextremen Rand bei der NPD nach Wählern fischen kann. Eine schreckliche Perspektive – die AfD marschiert mit Volldampf los aus dem Spektrum der demokratischen Parteien".¹⁶⁵

Tatsächlich ist das Auftreten von Luckes Partei eine Gefahr für alle extrem rechten Formationen – seien sie neonazistisch oder rechtspopulistisch geprägt. Nicht deswegen, weil sie deren Parlamentseinzug in Gefahr brächte, der ohnehin ausgeschlossen erscheint. Vielmehr müssen NPD, REP oder *pro Deutschland* zwei andere Bedrohungen fürchten. Zum einen wird das Ergebnis der AfD am 22. September Einfluss auf die Frage haben, ob REP und proD ihr eigentliches Ziel erreichen: mindestens 0,5 Prozent der Wählerstimmen und damit die Teilhabe an der staatlichen Parteienfinanzierung. Für die von Finanzskandalen gebeutelte NPD, die diese Hürde wahrscheinlich überspringt, geht es darum, wie hoch die Mittel aus der Staatskasse künftig ausfallen werden. Sie ist wegen ihrer angespannten Kassenlage auf jeden zusätzlichen Euro angewiesen. Zum anderen wird das Wahlergebnis der AfD die strategischen Überlegungen in jenen rechtspopulistischen Parteien beeinflussen, die diesmal noch nicht auf den Stimmzetteln stehen, eine Kandidatur bei der Europawahl im kommenden Jahr aber bereits angekündigt oder nicht ausgeschlossen haben, wie etwa *pro NRW*, *Die Freiheit* oder *Bürger in Wut*. Ein Erfolg der AfD am 22. September würde deren weitergehende Ambitionen bremsen.

4.1.1 Die NPD und die AfD

Die NPD befindet sich – wieder einmal – in einer Krise. Finanziell ist sie fast schon traditionell klamm. Intern beschäftigt sie ein Streit über die strategische Ausrichtung. Der Versuch des Parteivorsitzenden Holger Apfel, der NPD mit seinem Konzept einer "seriösen Radikalität" ein gemäßigter wirkendes äußeres Erscheinungsbild zu verordnen, steht in der Kritik. Auch persönliche Konflikte zwischen dem Lager Apfels und einer Gruppe rund um seinen Amtsvorgänger Udo Voigt scheinen immer wieder auf.

Im Westen der Republik leidet die Partei unter erheblichen Mobilisierungsproblemen. Zwei Beispiele mögen das verdeutlichen: Vor der am 15. September stattgefundenen Landtagswahl in Bayern scheiterte die NPD, die dort über ihren nominell mitgliederstärksten Landesverband verfügt, bei der Sammlung von Unterstützungsunterschriften in zwei der sieben Regierungsbezirke – mit der Folge, dass die NPD-Liste in 40 von 90 Stimmkreisen gar nicht erst auf den Wahlzetteln stehen wird. In NRW gelang es der Partei lediglich, in 47 von 64 Bundestagswahlkreisen mit Direktkandidaten vertreten zu sein – und das obwohl die Partei in diesem Fall von der Pflicht,

¹⁶⁵ Handelsblatt (15.5.2013): Was vom Tage bleibt – Unangenehmes von Deutschlands neuer Partei <http://www.handelsblatt.com/meinung/kolumnen/was-vom-tage-bleibt/was-vom-tage-bleibt-unangenehmes-von-deutschlands-neuer-partei/8212684.html> zuletzt abgerufen am 25.8.2013

Unterstützungsunterschriften zu sammeln, befreit war, also lediglich Kandidaten hätte finden und Nominierungsveranstaltungen durchführen müssen.

In dieser für sie ohnehin schwierigen Situation bekommt es die NPD mit einer neuen Konkurrenz an den Wahlurnen zu tun. Beileibe nicht alle Wähler der NPD sind ideologisch auf die Partei fixiert. Unter ihnen dürfte es nicht wenige geben, die landläufig als "Protestwähler" bezeichnet werden. Manchen von ihnen dürfte die AfD als das erscheinen, was Apfel als Ziel bloß proklamiert: "seriös-radikal" zu sein. Und vor allem: Umfrageergebnisse und die mediale Beachtung, die die AfD erfährt, könnten einige veranlassen, ihr Kreuz nicht mehr bei der NPD, sondern bei der neuen Partei zu machen, weil dies ein "Protest"-Votum kenntlicher erscheinen lässt. Konterkariert wird durch das Auftauchen der AfD zudem der Versuch der NPD, sich als *die* Anti-EU- und Anti-Euro-Partei schlechthin darzustellen.

"Wir sind die Alternative für Deutschland", postuliert der NRW-Landesvorsitzende Claus Cremer fast schon trotzig. Der AfD soll der Status einer echten "Alternative" abgesprochen werden. So griff etwa der sächsische Landtagsabgeordnete Jürgen Gansel, der als einer der "Vordenker" innerhalb der Partei bezeichnet werden kann, Mitte Mai ein Interview des AfD-Vorsitzenden Bernd Lucke auf, das unter der Überschrift "AfD will nicht zurück zur D-Mark" in der *Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung* erschienen war. Luckes Äußerung: "Nicht Deutschland soll den Euro verlassen, sondern die südeuropäischen Staaten", kommentierte Gansel mit den Worten: "Allerspätestens damit entlarvt sich diese Partei aus gefrusteten FDP- und CDU-Leuten als windelweiche Scheinopposition, die nur die systemstabilisierende Funktion hat, Wählerwanderungen zur authentischen Anti-Euro-Partei NPD zu verhindern."¹⁶⁶ Gansel monierte, dass Lucke bereits zuvor erklärt habe, das deutsche Asylrecht sei ihm zu scharf und "Asylanten" müssten ein Recht auf Arbeit haben. Außerdem habe er "ausgerechnet die Euro-Fanatiker Helmut Kohl und Hans-Dietrich Genscher zu den politischen Leitsternen seiner Partei" gezählt. Lucke, so Gansel weiter, sei ein "Anpasser", der sich nun "auch noch von der Forderung nach Rückkehr zur Deutschen Mark als Garanten von Volkswohlstand und nationaler Währungssouveränität" verabschiede. Die AfD sei "für jeden nationalgesinnten Deutschen unwählbar!"

Ende Mai beschäftigte sich Ronny Zasowk, der im NPD-Präsidium für das "Amt Bildung" verantwortlich zeichnet, auf der Internetseite der Partei unter der Überschrift "Danke, AfD! Die pseudo-eurokritische Mogelpackung hat sich selbst entlarvt" mit der AfD.¹⁶⁷ Zasowk sprach von einer "Selbstentlarvung in Rekordzeit!" So schnell hätten sich "nicht einmal die Piraten als sich anbietende Systempartei herausgestellt". Zasowk weiter:

"Die anfangs als Anti-Euro-Partei gestartete 'Alternative für Deutschland' (AfD), die sich zuerst für den Ausstieg aus dem Euro stark machte und davon bereits wenige Wochen später nichts mehr wissen wollte, die nun nicht mehr den Austritt Deutschlands aus der Euro-Zone fordert, sondern lediglich die kriselnden Südstaaten aus dem Euro-Raum ausschließen möchte, hat sich nun noch mehr den etablierten Parteien als potentieller Steigbügelhalter angedient."

¹⁶⁶ "AfD will nicht zurück zur D-Mark" (19.5.2013), zitiert nach: <http://www.ex-k3-berlin.de/?p=60740> zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

¹⁶⁷ Danke, AfD! Die pseudo-eurokritische Mogelpackung hat sich selbst entlarvt (16.6.2013), zitiert nach: <http://nein-zum-euro.de/2013/06/16/danke-afd-die-pseudo-eurokritische-mogelpackung-hat-sich-selbst-entlarvt/> zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

Die Programmatik der AfD nannte Zasowk ein "seichtes eurokritisches Getöse". Ähnlich wie Gansel kommt er zu dem Schluss: "Die AfD ist also keine Alternative für Deutschland, sondern lediglich eine Mogelpackung zur Kanalisierung des berechtigten Anti-Euro-Protests im deutschen Volk."

Ähnlich sieht das die Thüringer NPD. Sie stellt die AfD als "Alternative für Karrieristen und Wählertäuscher" dar.¹⁶⁸ Auf Wahlplakaten mit Slogans wie "Wir sind nicht das Weltsozialamt!" oder "Mut zur Wahrheit – Raus aus diesem Euro" stelle die AfD Forderungen auf, "die seit vielen Jahren von den Nationaldemokraten erhoben werden und in der bundesdeutschen Parteienlandschaft zu regelmäßigen Anfeindungen gegen die NPD führen". Gleichwohl würden diese Forderungen "nicht zum selben Ergebnis wie bei den Nationaldemokraten" führen. Die Thüringer NPD lenkt den Blick auf das Personal der AfD, das teils aus "CDU, SPD und anderen Partei des etablierten Mainstreams" stamme, teils für die "tonangebenden politischen Meinungsmacher in dieser Republik" gearbeitet habe. Inzwischen würden diese "Männer und Frauen, die vorher unterschiedliche politische Ansichten pflegten, sich plötzlich in einer Partei wiederfinden, die Positionen vertritt wie sie vorher nur von der NPD zu hören waren". Die NPD schließt die Frage an: "Könnte hier nicht der Verdacht entstehen, daß mit der Alternative für Deutschland nur rechtskonservatives bis nationalistisches Wählerpotenzial abgeschöpft werden soll?" Anders lasse sich die Bereitschaft der Medien nicht erklären, dieser "Alternative" eine Bühne zu bieten. "Unsere Landsleute sollen politische Helferdienste für die etablierten Parteien von CDU, CSU, SPD, FDP, Grünen bis Linke leisten und damit wirkliche Veränderungen für die Heimat, für Deutschland, verhindern."

Für den NPD-Nachwuchs von den *Jungen Nationaldemokraten* sind die AfD'ler "vermeintliche Intellektuelle (...), die über einen weichgespülten Kurs indirekter Euro-Kritik versuchen, Politik zu machen. Das Ganze natürlich mit rein demokratischen und Grundgesetz konformen Mitteln. Eben wie es sich für eine Weichspüler-Partei der Republik gehört".¹⁶⁹

Auch die Bemühungen der AfD, sich von weiter rechts positionierten Parteien und erst recht von rechter Gewalt abzugrenzen, sorgen bei manchen NPD'lern für Verärgerung. Deren Oberhausener Kreisverband griff im August die Äußerung eines lokalen AfD-Funktionärs auf, der zu einer "Allianz aller Anständigen" aufgerufen und erklärt hatte: "Gewalt gegen ausländische Mitbürger ist mit dem Anspruch eines demokratischen Rechtsstaates nicht zu vereinbaren oder gar zu tolerieren." Der AfD-Funktionär habe "kein Wort des Bedauerns für die deutschen Opfer ausländischer Gewalt" verloren, konstatierte die Oberhausener NPD auf ihrer Internetseite: "*Wer braucht eigentlich noch so eine Partei?*"¹⁷⁰

Indirekt hofft die NPD, trotz aller Abgrenzungen der neuen Partei vom rechten Rand vom Auftreten der AfD profitieren zu können. "Natürlich ungewollt" komme ihr "eine Eisbrecher- und Türöffner-Funktion für die viel weitergehende EU-Kritik der NPD zu", erklärte NPD-

¹⁶⁸ AfD – Die Alternative für Karrieristen und Wählertäuscher (16.8.2013), <http://www.npd-thueringen.de/?p=2795> zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

¹⁶⁹ Schein-Eurokritiker sind endlich mit realer Politik konfrontiert – „AfD sieht sich Angriffen ausgesetzt“ (16.8.2013) <http://aktion-widerstand.de/schein-eurokritiker-sind-endlich-mit-realer-politik-konfrontiert-afd-sieht-sich-angriffen-ausgesetzt/> zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

¹⁷⁰ Plagiator <http://npdnrw.vs120154.hl-users.com/oberhausen/?p=9694> zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

Pressesprecher Frank Franz im April, wenige Tage bevor sich die AfD als Partei gründete.¹⁷¹ Die AfD verfüge "nicht zuletzt durch ihre angesehene Professoren-Riege über den Medienzugang, den die NPD noch nicht hat". Wohlwollende Berichterstattung in vielen Zeitungen und Talkshow-Auftritte von Lucke würden für die Euro-Kritik eine Breitenwirkung schaffen, "die die NPD aus eigener Kraft gar nicht erzielen könnte". Franz:

"Lucke schlägt große Löcher in die bisherige Schweigemauer, die um die nationalen Euro-Kritiker errichtet wurde. Er macht Positionen massenmedial salonfähig, die die NPD als authentische Anti-Euro-Partei schon immer vertreten hat."

Das Fazit des NPD-Sprechers: "In puncto Popularisierung der Euro-Kritik bleibt es dabei, daß die 'Alternative für Deutschland' für uns Nationaldemokraten die Rolle des nützlichen Wegbereiters spielt!"

Während die Parteiführung offiziell darauf hofft, die AfD möge ungewollt und indirekt für die Propaganda der NPD neue Spielräume öffnen, versuchten der stellvertretende Landesvorsitzende in Berlin, Uwe Meenen, und sein Landesverband auf dem direkten Weg, an der medialen Beachtung, die die AfD erfährt, zu partizipieren. Beim Gründungsparteitag der AfD im April in Berlin hatten sich acht NPD-Anhänger mit einem Transparent mit der Aufschrift "Wir arbeiten – Brüssel kassiert" aufgebaut.¹⁷² Meenen selbst hatte sich einem Bericht in der Wochenzeitung *Jungle World* zufolge als Pressebeobachter für den Parteitag akkreditieren lassen. Einige Tage später berichtete er im Gespräch mit der FAZ, er habe zwei Dutzend "bekannte Gesichter" bei dem Parteitag gesehen – darunter "aktive Kader" der NPD und "radikale, parteifreie Kräfte".¹⁷³ Dabei habe es sich durchaus nicht um einen Zufall gehandelt. "Eine Strategie ist das schon. Man möchte wissen, was die Konkurrenz macht", so Meenen.

Wenn NPD-Leute in Zukunft für Führungspositionen der AfD kandidieren könnten, so wurde Meenen in dem FAZ-Bericht unter der Überschrift "NPD will Anti-Euro-Partei für Deutschland unterwandern" zitiert, "sollte diese Gelegenheit beim Schopf ergriffen werden". Einige Schlagzeilen waren Meenen in der Folge sicher – auch wenn die NPD und ihr nahe stehende Kräfte gar nicht in der Lage sein dürften, eine andere Partei zu "unterwandern". In einem "Augenzeugenbericht" vom AfD-Parteitag¹⁷⁴, veröffentlicht auf einer Internetseite, die Ex-NPD-Chef Udo Voigt nahe steht, deutete Meenen die Sorge an, die manchen NPD'ler angesichts der neuen Konkurrenz umtreibt: "Der NPD dürften erst einmal kurzfristig die bürgerlichen Protestwähler abhanden kommen." Gravierender würden aber die Stimmenverluste der Union und der FDP sein, meint er.

¹⁷¹ NPD über die „Alternative für Deutschland“: Wichtige Eisbrecher- und Türöffner-Funktion für die nationaldemokratische Euro- und EU-Kritik (9.4.2013)

<http://www.npd-presse.de/2013/04/09/npd-uber-die-alternative-fur-deutschland-wichtige-eisbrecher-und-turoffner-funktion-fur-die-nationaldemokratische-euro-und-eu-kritik/> zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

¹⁷² Jungle World: Die Konkurrenz wird abgewertet (9.5.2013) <http://jungle-world.com/artikel/2013/19/47655.html> zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

¹⁷³ Spiegel Online: "Alternative für Deutschland": NPD will Anti-Euro-Partei unterwandern

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/alternative-fuer-deutschland-npd-will-anti-euro-partei-unterwandern-a-895022.html> zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

¹⁷⁴ Alternative Systempartei für Deutschland? (15.4.2013), <http://wohin-deutscherechte.de/?p=320>, zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

4.1.2 Die Republikaner (REP) und die NPD

Die echte "Alternative für Deutschland" zu sein, diesen Anspruch erheben auch *Die Republikaner* für sich selbst. Bereits auf der Startseite ihrer Internetpräsenz befand sich in der Kopfzeile zeitweise neben dem Namen der Partei und den Slogans "Zeit für ehrliche Politik!" sowie "HEIMATVERBUNDEN, BODENSTÄNDIG UND GERECHT..." der Hinweis "ALTERNATIVE FÜR DEUTSCHLAND".¹⁷⁵

Für die *Republikaner* geht es bei der Bundestagswahl realistischerweise nicht um einen Einzug ins Parlament. Ziel ist vielmehr ein Ergebnis von mindestens 0,5 Prozent. Das würde ihr Mittel aus der staatlichen Parteienfinanzierung verschaffen. 2009 waren die REP lediglich auf 0,4 Prozent gekommen. Zwei Faktoren sprechen dagegen, dass die Partei das 0,5-Prozent-Ziel diesmal erreicht. Zum einen wird die Partei nicht flächendeckend auf den Stimmzetteln stehen: Nur in zehn der 16 Bundesländer gelang es, Listen aufzustellen und die erforderlichen Unterstützungsunterschriften vorzulegen. Zwar erreichen die REP nach eigenen Angaben damit rund 85 Prozent der Wähler bundesweit – gleichwohl machen die "weißen Flecken" auf der Landkarte der Partei das Erreichen dieses Ziels unwahrscheinlicher.

Zum anderen ist ihnen mit der *Alternative für Deutschland* eine neue Konkurrenz entstanden, die auch in ihrem schmalen Wählerreservoir um Unterstützung wirbt. Und das mit Themen, die auch die Themen der REP sind. Beim "Politischen Aschermittwoch" seiner Partei Mitte Februar stellte der *Republikaner*-Vorsitzende Rolf Schlierer Europa und den Euro in den Mittelpunkt seiner Ausführungen.¹⁷⁶ "Erfolg für Europa" bedeute heutzutage regelmäßig, dass der deutsche Steuerzahler zahle, sagte Schlierer einer Pressemitteilung seiner Partei zufolge. Deutschland sei in der EU "Melkkuh und Zahlmeister". "Der Euro ist gescheitert, und unser gesamter Wohlstand ist in Gefahr", sagte Schlierer. "Das Europa à la Schäuble und Merkel wird ein Riesen-Finanzausgleich, in dem wir Deutschen dafür zahlen müssen, dass sich die Pleitestaaten im Süden weiter in die Hängematte legen können." Schlierer forderte eine "Abwicklung des Euro" und attackierte die EU als "irrwitzige Euro-Diktatur der 'Vereinigten Staaten von Europa'".

Die Gründung einer neuen Partei schien den REP-Oberen mithin überflüssig. Knapp vier Wochen vor dem Gründungsparteitag der AfD erschien auf der Internetseite der *Republikaner* ein Beitrag, der sich mit der neuen Formation beschäftigte.¹⁷⁷ "Es bedarf keiner neuen Partei in diesem Lande, da all die Forderungen der 'Alternative...' bereits genau so von der Partei Die Republikaner (...) erhoben werden", hieß es dort. Nötig sei vielmehr ein "Zusammenschluß aller rechtskonservativen Parteien Deutschlands". Und rhetorisch wurde gefragt: "Besteht Deutschland nur aus Sektierern, denen es nicht um das Land als Gesamtheit geht, sondern um die eigene Profilneurose?"

Trotz der Kritik nahm mit dem stellvertretenden Bundesvorsitzenden Detlev Stauch ein hochrangiger REP-Funktionär am AfD-Gründungsparteitag am 15. April 2013 in Berlin teil. Einem

¹⁷⁵ <http://www.rep.de/> zuletzt aufgerufen am 25.8.2013

¹⁷⁶ Für Europa – diese EU bekämpfen! (13.2.2013)

<http://www.rep.de/?ArticleId=43297457-4245-4f03-aaf5-3fb9627983ad&ObjectChildId=b6a78a82-e36e-4ef7-92ab-b619e7aeb8a3> zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

¹⁷⁷ Zusammenschluß aller rechtskonservativen Parteien (20.3.2013)

<http://www.rep.de/?ArticleId=43297457-4245-4f03-aaf5-3fb9627983ad&ObjectChildId=227a9aef-9743-4cfc-b565-5fb8adebb634> zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

Bericht der Wochenzeitung *Jungle World* zufolge wurden dort zudem Flugblätter der *Republikaner* verteilt.¹⁷⁸ Der Bericht der Partei über Stauchs Besuch bei der AfD wurde unter der Überschrift "REPs unterstützen neue Partei AfD" veröffentlicht.¹⁷⁹ Die *Republikaner* hätten sich bei der Veranstaltung "für den gemeinsamen Kampf gegen eine drohende EU-Diktatur eingesetzt", hieß es dort. Stauch habe zu einer möglichen Kooperation mit der AfD in einem "Interview" gegenüber dem *Bayerischen Rundfunk* erklärt: "Unsere gemeinsame Ebene ist der Kampf gegen den Euro, der Kampf gegen den Verfall unserer Werte durch die Europäische Union."

Die AfD zeigte freilich kein Interesse an einem "gemeinsamen Kampf" oder an einer Suche nach einer "gemeinsamen Ebene" mit den *Republikanern*. Seither findet die AfD in den offiziellen Mitteilungen der Partei nur noch selten Erwähnung. Den REP geht es vielmehr darum, sich selbst als Alternative mit einer deutlich breiteren Programmatik darzustellen. So hieß es Anfang Mai in einer Pressemittlung zur erfolgreichen Sammlung von Unterstützungsunterschriften in Baden-Württemberg mit Blick auf den bevorstehenden Wahlkampf:

*"Inhaltlich werden sich die Republikaner mit der Wohlstandsvernichtung durch den Euro, der mit Hilfspaketen und Rettungsschirmen zur dauerhaften Umverteilungsmaschinerie zu Lasten Deutschlands geworden ist, der besonderen Belastung Baden-Württembergs durch den Länderfinanzausgleich, sowie der Einwanderungs- und Integrationspolitik mit der aktuellen Asylproblematik befassen."*¹⁸⁰

Die AfD erscheint hingegen in den Veröffentlichungen der *Republikaner* als im Grunde genommen politikunfähige Partei, die zu wichtigen Themenfeldern nichts zu sagen weiß. Nach einer Diskussionsveranstaltung in Berlin hieß es am 21. Juni auf der Internetseite der *Republikaner* unter der Überschrift "Ökonomischer Wasserkopf":

*"Den Euro-Kritikern um Professor Lucke von der 'Alternative für Deutschland' (AfD) scheint es weniger um einen grundsätzlichen Politikwechsel zu gehen. Vielmehr scheinen die Professoren vor allem die korrekte Anwendung ihres ökonomischen Lehrbuchwissens zu verlangen. Wie ist es denn sonst zu verstehen, dass man (...) zwar allerhand ökonomisches Expertenwissen serviert bekam, dass aber andererseits von den entscheidenden Fragen nach Demokratie, Freiheit und Identität in Europa keine Rede war?"*¹⁸¹

¹⁷⁸ Jungle World: Die Konkurrenz wird abgewertet (9.5.2013) <http://jungle-world.com/artikel/2013/19/47655.html>, zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

¹⁷⁹ REPs unterstützen neue Partei AfD (15.4.2013) <http://www.rep.de/?ArticleId=43297457-4245-4f03-aaf5-3fb9627983ad&ObjectChildId=5015bf7a-37f1-412d-98fb-fc858702a483> zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

¹⁸⁰ Republikaner treten zur Bundestagswahl in Baden-Württemberg an (7.5.2013) <http://www.rep.de/?ArticleId=43297457-4245-4f03-aaf5-3fb9627983ad&ObjectChildId=204138b4-5cbd-4fa2-a2d7-8e04f21a4040> zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

¹⁸¹ Ökonomischer Wasserkopf (21.6.2013) <http://www.rep.de/?ArticleId=43297457-4245-4f03-aaf5-3fb9627983ad&ObjectChildId=19d354d5-517c-4f1b-9d64-902faa4ce2fd> zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

4.1.3 Die *Pro*-Parteien und die AfD

Von einer einheitlichen *Pro-Bewegung* – bestehend aus den drei angeblichen "Bürgerbewegungen" *pro Köln*, *pro NRW* und *pro Deutschland* – lässt sich nicht mehr sprechen. Gegen den Willen von *pro NRW* tritt *pro Deutschland* bei der Bundestagswahl an. *Pro NRW* hat hingegen ohne Absprache mit *pro Deutschland* angekündigt, bei der Europawahl im Mai 2014 kandidieren zu wollen.

Pro NRW und *pro Deutschland* vermeiden es, in ihren offiziellen Verlautbarungen auf ihren Internetseiten auf die AfD einzugehen. Gleichwohl scheint man die neue Formation mit Sorge zu betrachten. Mit der AfD entsteht den selbst ernannten "Bürgerbewegungen" beim Kampf um Wählerstimmen eine neue Konkurrenz, die anders als die beiden überregionalen *pro*-Gruppierungen nicht mit dem Vorwurf leben muss, lediglich ein neuer Organisationsansatz von Vertretern der extremen Rechten zu sein. Eine der wenigen öffentlichen Äußerungen eines *pro*-Funktionärs zur AfD stammt von Markus Wiener, dem Generalsekretär von *pro NRW*. Bei einer Kundgebung Anfang Mai in Bonn sagte er, seine eigene Partei sei "Vorreiter der Euro-Kritik hier in Deutschland".¹⁸² Man habe schon die Rückkehr zur D-Mark gefordert, "als andere noch in der CDU ihr Süppchen kochten". Schon vor Jahren habe man "all das gefordert, was manche schlaue Sprücheklopfer heute in Talkshows absondern".

Pro Deutschland-Generalsekretär Lars Seidensticker erklärte im August im Interview mit dem *Preußischen Anzeiger*, er denke, "dass niemand in die bundesweiten Medien kommt, der von der etablierten Politik nicht gewollt ist".¹⁸³ Er stellt die AfD als Instrument der etablierten Politik dar.

"Meiner Meinung nach steht die Stimmung vieler Wähler auf der Kippe, eine rechte Partei zu wählen. Da dies von den Altparteien nicht gewünscht ist, schafft man ein Ventil und lässt die AfD als Seifenblase steigen, um sie spätestens nach der Bundestagswahl platzen zu lassen."

Ziel sei "die Verunsicherung von Protestwählern, die sich dann enttäuscht wieder den Altparteien zuwenden oder, was diesen ebenfalls nutzt, in die Wahlenthaltung flüchten".

Intensiv nimmt sich das *pro NRW* sehr nahe stehende Internetblog *freiheitlich.me* der AfD an. Anfang April erschien dort unter dem Titel "BTW' 13: Ist die Alternative für Deutschland wirklich die benötigte Alternative?" ein grundsätzlicher Beitrag zu der neuen Partei.¹⁸⁴ Dort hieß es einleitend: "In letzter Zeit hat diese noch in Gründung befindliche Partei eine gewisse mediale Aufmerksamkeit, jedoch stellt sich die Frage, wieso ausgerechnet die AfD dort erfolgreich sein soll, wo so viele andere ähnliche Bewegungen bereits gescheitert sind." In der AfD hätten sich "einige honorige und angesehene Personen zusammengefunden", räumt der Autor ein, meint aber, jenes Personal sei "Vor- aber zeitgleich auch großer Nachteil":

¹⁸² blick nach rechts: „Großkundgebung“ fiel etwas kleiner aus <http://www.bnr.de/artikel/aktuelle-meldungen/grosskundgebung-fiel-etwas-kleiner-aus> zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

¹⁸³ zitiert nach: <http://www.reconquista-europa.com/showthread.php?114109-Tourplan-ProDeutschland-Unterwegs-im-Bundestagswahlkampf-2013&p=362417#post362417> zuletzt aufgerufen am 24.8.2013

¹⁸⁴ BTW' 13: Ist die Alternative für Deutschland wirklich die benötigte Alternative? (3.4.2013) <http://www.freiheitlich.me/?p=9906>

"Mitte der 90er-Jahre hatte sich ein ähnlicher Personenkreis schon beim Bund freier Bürger zusammengefunden. Versammelt waren Wirtschafts- und Finanzexperten, Geld war aufgrund der Unterstützung von Jörg Haider und August von Finck jr. in Massen vorhanden. Das Ergebnis war jedoch bei solchen Voraussetzungen peinlich! 1,4% erreichte man und es setzte eine große Austrittswelle ein."

Ähnliches scheine der AfD ebenfalls bevorzustehen. Hochgebildetes Personal sei kein Garant für Erfolg.

"Erfolgreich kann man nur sein, wenn alle zusammen an einem Strang ziehen und wenn vor allem alle mit anpacken. Kluge und fundierte Positionspapiere bringen nichts, wenn diese nicht unters Volk gebracht werden."

Thematisch vermag der Autor bei der AfD "bisher nicht wirklich viel neues" zu erkennen. Die wichtige Frage sei, ob das Thema Euro ausreiche, "um von den Leuten als ernsthafte Alternative zu den etablierten Altparteien wahrgenommen zu werden". Die Antwort gibt er selbst mit einem Blick auf die Vergangenheit: Den wenigsten Parteien, die in ihren Wahlkämpfen die Euro-Einführung kritisiert hätten ("egal ob es die Republikaner, PRO DM, PRO NRW oder die Freien Wähler sind") sei es gelungen, damit einen Erfolg bei Wahlen zu verbuchen. Der Grund aus seiner Sicht:

"Die Probleme, die mit der EURO-Einführung einhergegangen sind, werden vom Volk nicht auf den EURO zurückgeführt. Die komplexe EURO-Problematik ist schwer für die breite Masse zu vermitteln."

Nötig sei zudem "ein möglichst umfassendes Politikangebot oder zumindest Lösungsvorschläge auf die wichtigsten Probleme in unserem Land": "Wie will man dem demografischen Wandel entgegenwirken, wie die ausufernde Kriminalität bekämpfen, und viele weitere wichtige Fragen."

Hinter solchen Ratschlägen, sich thematisch breiter aufzustellen, steckt freilich offen oder versteckt die Aufforderung, sich zu radikalisieren. Deutlich wird dies in einer Vielzahl von Kommentaren bei *freiheitlich.me*, manchmal aber auch in den Beiträgen der *freiheitlich*-Redaktion, deren Mitglieder man zum großen Teil in den Reihen von *pro NRW* vermuten darf. So beschäftigt sich der Autor "Redaktion" Anfang April mit der Aussage von AfD-Gründer Bernd Lucke in einem *Cicero*-Interview, Deutschland brauche Zuwanderung, weil das Land ein großes demografisches Problem habe. Der *freiheitlich*-Autor kontert:

"Ich hätte auch nichts dagegen, wenn Lucke betonen würde, daß uns ein paar hochintelligente Ärzte, Ingenieure, ... aus dem Ausland nicht schaden können. Aber das demographische Problem mit Zuwanderung lösen zu wollen, heißt Massen-Zuwanderung zu befürworten."

Diese überfordere aber die Integrationsfähigkeit Deutschlands völlig.

*"Einzelne Menschen lassen sich immer in einer fremden Gesellschaft integrieren. Bei einer Masse muß dies aber zwangsläufig scheitern und es bilden sich Parallelgesellschaften mit all den bekannten Begleiterscheinungen (hohe Kriminalität, Arbeitslosigkeit, kaum Integrationserfolge)."*¹⁸⁵

In der Folge wurden alle tatsächlichen oder vermeintlichen Fehlleistungen der AfD beim Aufbau von Parteistrukturen und bei der Vorbereitung der Bundestagswahl beinahe schon genüsslich aufgespießt. Am 24. Mai heißt es unter der Überschrift "AfD kommt einfach nicht zur Ruhe", die AfD versinke "leider immer mehr im Chaos. Kaum eine politische Formation hat in letzter Zeit ein solches Organisationschaos gehabt". Die AfD werde ihrem eigenen Anspruch nicht gerecht:

*"Man ist angetreten, um für die Leute eine Alternative zum etablierten Einheitsbrei zu sein. Stattdessen ist der innerparteiliche Zustand noch schlimmer, als es bei den Etablierten je war. Klüngel, Unwahrheiten, aufreibende Personaldebatten und kaum innerparteiliche Mitbestimmung für die Mitglieder."*¹⁸⁶

Am 7. Juni geht es laut Titel um "AfD: Chaotische Zustände in Bayern, Hessen und NRW".¹⁸⁷ Am 3. Juli stichelt die *freiheitlich*-Redaktion gegen die "Professorenriege um den AfD-Vorsitzenden Lucke", die "ja ihre angebliche 100prozentige Seriosität geradezu wie eine Monstranz vor sich her trägt und als angebliches Unterscheidungskriterium zu bereits bestehenden freiheitlich-patriotischen Parteien anführt".¹⁸⁸ Fünf Wochen später attestiert *freiheitlich* dem nordrhein-westfälischen AfD-Landesverband "Zustände, die man wohl eher von einer totalitären Kaderpartei als einer neuen, demokratischen Alternative erwartet".¹⁸⁹ Am 11. Juli meint *freiheitlich*, es zeichne sich ab, "dass die einseitige Fixierung der wirtschaftsliberalen AfD-Partei auf das Eurothema keine breiten Wählerschichten anzusprechen vermag". Und weiter:

*"Bei der AfD wird insbesondere das fehlende konservative Profil in der Breite als Ursache für mangelnde Zustimmung ausgemacht. Oder anders ausgedrückt: Wer als Partei 'rechts der Mitte' ohne dezidierte Zuwanderungs- oder Islamisierungskritik auszukommen glaubt, hat von vorne herein verloren ..."*¹⁹⁰

Die AfD sei "eben wahrscheinlich nicht die von so vielen erhoffte bundesweit erfolgversprechende Alternative zu den etablierten Parteien", fasst *freiheitlich.me* einen am 17. Juni veröffentlichten Beitrag von Alfred Mechtersheimer zusammen.¹⁹¹ Mechtersheimer, von der Redaktion unter

¹⁸⁵ AfD-Lucke: "Wir brauchen Zuwanderung!" (9.4.2013)

<http://www.freiheitlich.me/?p=9957> zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

¹⁸⁶ AfD kommt einfach nicht zur Ruhe (24.5.2013)

<http://www.freiheitlich.me/?p=10159> zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

¹⁸⁷ AfD: Chaotische Zustände in Bayern, Hessen und NRW (7.6.2013)

<http://www.freiheitlich.me/?p=10184> zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

¹⁸⁸ AfD-Bayern: Partei in Selbstauflösung muss binnen zweier Wochen 2000 neue Unterschriften sammeln (3.7.2013)

<http://www.freiheitlich.me/?p=10290> zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

¹⁸⁹ Nötigung und Gesetzesbruch bei der AfD-NRW! (8.7.2013)

<http://www.freiheitlich.me/?p=10313> zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

¹⁹⁰ AfD und Piraten mit unter 2 % weiter im Umfragekeller (11.7. 2013)

<http://www.freiheitlich.me/?p=10339> zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

¹⁹¹ Dr. Alfred Mechtersheimer: AfD keine Alternative für Deutschland? (17.6.2013)

<http://www.freiheitlich.me/?p=10212> zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

anderem als "langjähriger Vorsitzender der Deutschlandbewegung" und als "renommierter Experte in Sachen nonkonformer Politik" vorgestellt, schrieb, der AfD sei es nicht gelungen, "die überraschend große öffentliche Aufmerksamkeit für die neue Partei und ihre politischen Ziele zu nutzen". Er fragte: "Wo sind die Stellungnahmen, die zeigen, daß die AfD mehr ist, als eine reine Anti-Euro-Partei?" Irritationen, auch bei Mitgliedern der neuen Partei, hätten Andeutungen von Lucke über einen doch nicht möglichen Euro-Austritt Deutschlands ausgelöst:

"Wer nicht an seinem zentralen Alleinstellungsmerkmal festhält, macht es sich unnötig schwer. Politischen Zielen muß man wenigstens im Wahlkampf treu bleiben."

Eine klare Position sei von der AfD-Führung wohl auch deshalb nicht zu erwarten, weil sie nichts mehr fürchte "als den Vorwurf der inhaltlichen Nähe zu wirklich nationalen Kräften", so Mecktersheimer. "Bei solcher Taktik sollte man prüfen, ob man nicht mehr Unterstützer verliert als gewinnt." Fast schon erwartungsgemäß empfiehlt er "pro" als Vorbild, will man erfolgreich sein:

"Für einen dauerhaften Erfolg einer neuen Partei ist die organische Entwicklung aus einer Bewegung heraus und ein Wachstum von unten nach oben unverzichtbar, wie es die Pro-Bewegung versucht. Wie soll sonst eine Stammwählerschaft entstehen?"

4.1.4 Die Freiheit und die AfD

Die rechtspopulistische Partei *Die Freiheit* erlebte ihre kurze Blütezeit vom Herbst 2010 bis September 2011. Parteichef Rene Stadtkewitz galt kurze Zeit als Hoffnungsträger der bundesdeutschen Rechtspopulisten. *Der Spiegel* stellte ihn gar unter der Überschrift "Der deutsche Geert"¹⁹² seinen Lesern vor – und zog damit zumindest im Titel Parallelen zum niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders, der seine *Partij voor de Vrijheid* zur drittstärksten Partei in seinem Land gemacht hatte. Den hohen Erwartungen wurde *Die Freiheit* bei ihren ersten Wahlantritt nicht gerecht. In Berlin, wo Stadtkewitz zuvor für die CDU dem Abgeordnetenhaus angehört hatte, blieb die Partei im September 2011 unter einem Prozent. In der Folge scheiterten Versuche, bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und NRW anzutreten. Die Mitgliederzahl halbierte sich bis Mitte 2012 auf 1.200. Bei der niedersächsischen Landtagswahl im Januar 2013 erfüllte die Partei zwar die Voraussetzungen für eine Kandidatur, blieb aber mit 0,3 Prozent erneut weit hinter den eigenen Erwartungen zurück. Bei der Bundestagswahl im September steht sie nicht auf den Stimmzetteln. Bei der Landtagswahl in Bayern erhielt sie lediglich 0,1% an Wählerstimmen. Die AfD scheint manchen DF-Aktivisten als parteipolitische Alternative zu erscheinen. So berichtete die *Märkische Allgemeine Zeitung* am 7. Mai, im Brandenburger Landesverband der AfD gäben Ex-Mitglieder der islamfeindlichen Partei *Die Freiheit* den Ton an.¹⁹³ Rainer van Raemdonck und Thomas Jung, nun im AfD-Vorstand, hätten bis Ende 2011 an der Spitze des Brandenburger *Freiheit*-Landesverbandes gestanden. In Mecklenburg-Vorpommern

¹⁹² Der Spiegel: Parteien – Der deutsche Geert (3.1.2011) <http://www.spiegel.de/spiegel/print/d-76121052.html> zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

¹⁹³ Märkische Allgemeine: Brandenburger Partei von Islamfeinden geführt? (6.5.2013, aktualisiert: 17.6.2013) <http://www.maz-online.de/Brandenburg/Brandenburger-Partei-von-Islamfeinden-gefuehrt> zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

sei mit Andreas Kuessner ein Ex-*Freiheit*-Mitglied sogar zum Parteichef gewählt worden. Kurz nach der Bundestagswahl erklärte DF-Parteiführer Rene Stadtkewitz die Auflösung der Partei zugunsten der AfD mit dem Verweis, "die Ziele der AfD decken sich zu min. 90% mit unseren."¹⁹⁴

4.1.5 Die *Freien Wähler Frankfurt* und die AfD

Die *Freien Wähler Frankfurt* haben sich nach einem Streit um ein Zusammengehen mit der AfD von der Bundespartei der *Freien Wähler* unter Hubert Aiwanger gelöst. Unter dem Vorsitz von Aiwanger haben die *Freien Wähler*, 1978 in Bayern gegründet und dort politisch verwurzelt, den Versuch einer bundesweiten Ausdehnung unternommen.¹⁹⁵ Aiwanger hat sich dabei des Themas Anti-Euro-Protest angenommen, um ein bundesweit relevantes Thema zu besetzen. Mit der AfD-Vorläuferstruktur *Wahlalternative 2012* gingen die *Freien Wähler* ein Bündnis bei der letzten Landtagswahl in Niedersachsen ein, das sich nach dem erfolglosen Abschneiden jedoch als brüchig erwies.

Die *Freien Wähler Frankfurt* waren bis zu dem erwähnten Konflikt temporär eingegliedert in die Parteistruktur der *Freien Wähler*. 1994 entstanden sie als eigenständige Wählergemeinschaft unter dem Namen *Bürger für Frankfurt*. Um möglichen Missverständnissen vorzubeugen, sei erläutert, dass neben der Wählerversammlung mit der Eigenbezeichnung *Freie Wähler* eine Vielzahl anderer kommunaler Wählergemeinschaften mit unterschiedlichen Ausrichtungen existieren. Teile dieser Wählergemeinschaften haben eine dezidiert rechten Ausrichtung.¹⁹⁶ Der Vorsitzende der *Freien Wähler Frankfurt*, Wolfgang Hübner, begründet seine Unterstützung für die AfD gegenüber der neurechten Zeitschrift *Sezession* damit, dass die Partei der *Freien Wähler* "die Große Chance der Unterstützung durch die Wahlalternative 2012 leichtfertig verspielt" habe. Von der Zeitschrift auf "unscharfe Programmaussagen" angesprochen, erklärt Hübner, dass ihm diese Aussagen noch nicht "weit genug" gingen. Wie dies zu verstehen ist, offenbart folgende Aussage im Interview:

*"Die bundesdeutsche Identität speist sich immer noch aus dem ökonomischen Erfolg nach dem nationalen Zusammenbruch 1945. Es ist nur folgerichtig, dass die faktische Zerstörung dieser sicher problematischen Identität durch das Euro-Desaster nun in hohem Maße zum Gründungsinhalt der neuen Partei wird. Allerdings ist ein anderes wichtiges Motiv der AfD auch der Rechtsbruch der Regierung und der etablierten Parteien. Und übrigens: besser eine Dominanz von Ökonomen als von Juristen und selbsthassenden Volkserzieheren."*¹⁹⁷

¹⁹⁴ pi-news (30.9.2013) <http://www.pi-news.net/2013/09/die-freiheit-stellt-bundes-und-landespolitische-vorhaben-zugunsten-der-afd-ein/> zuletzt abgerufen am 03.10.2013

¹⁹⁵ Vgl. Eith, Ulrich (2012): Ideologiefreie Sachpolitik oder populistischer Protest? Freie Wähler auf Landes- und Bundesebene, in: Morlock, Martin/Poguntke, Thomas/Walther, Jens (Hrsg.): Politik an den Parteien vorbei. Freie Wähler und Kommunale Wählergemeinschaften als Alternative, Baden-Baden, S. 147-156

¹⁹⁶ Vgl. Krappidel, Adrienne (2012): Politisches Verhalten von demokratischen Parteien und rechtsextremen Wählergemeinschaften in Kommunalparlamenten – Selbst- und Fremdwahrnehmung, in: Morlock, Martin/Poguntke, Thomas/Walther, Jens (Hrsg.): Politik an den Parteien vorbei. Freie Wähler und Kommunale Wählergemeinschaften als Alternative, Baden-Baden, S. 197-226

¹⁹⁷ Kleine-Hartlage, Manfred: Die Alternative für Deutschland –Interview mit Manfred Hübner, 25. April 2013, <http://www.sezession.de/38364/die-alternative-fur-deutschland-interview-mit-wolfgang-hubner.html>, abgerufen am 01.08.2013

4.1.6 Die Freien Wähler Düsseldorf und die AfD

Die *Freien Wähler Düsseldorf* (FWD) sind eine Wählergemeinschaft, die mit drei Mandaten im Stadtrat der nordrhein-westfälischen Landeshauptstadt vertreten ist. Im Kommunalwahlkampf 2009 fiel sie durch populistische Parolen auf. Teilen der *Freien Wähler Düsseldorf* wurde eine Nähe zur extremen Rechten nachgesagt. Zwei Personen stehen besonders in der Kritik: Fraktionsgeschäftsführer Torsten Lemmer und Ratsmitglied Jürgen Krüger. Lemmer, eine der führenden Figuren der *Freien Wähler Düsseldorf*, verdiente einst sein Geld als Produzent und Händler von Rechtsrock-Musik. Noch 2009 war er wegen der Verbreitung volksverhetzender CDs zu zehn Monaten Haft auf Bewährung verurteilt worden.¹⁹⁸ Mit Jürgen Krüger gehört der FWD-Fraktion ein ehemaliges Mitglied der *Republikaner* an, über die er 2009 sein Mandat erhielt. Im Lauf der aktuellen Wahlperiode wechselte er zu den *Freien Wählern Düsseldorf*.

Wie bei vielen Freien Wählergemeinschaften stellt sich manchen Mitgliedern die Frage nach einer parteipolitischen Organisation oberhalb der Ebene der Kommunalpolitik. Zumindest für Teile der FWD schien dabei die AfD eine mögliche Option zu sein, glaubt man Medienberichten. Der *Bonner General-Anzeiger* berichtete am 4. Mai¹⁹⁹, "eine mehrere Dutzend Personen umfassende Gruppe, vornehmlich aus Düsseldorf und Umgebung", habe Anfang Mai an einem Landesparteitag der AfD im sauerländischen Schmallenberg teilnehmen wollen. Die Gruppe, angeblich bisherige Mitglieder der FWD, wolle dazu beitragen, "Politiker aus dem rechten Spektrum auf vordere Listenplätze zu hieven". Der *General-Anzeiger* zitierte ein namentlich nicht genanntes Parteimitglied, das erklärte, in großen Teilen des nordrhein-westfälischen Landesverbandes werde die Aktion der Düsseldorfer Gruppe "mit großer Sorge" betrachtet.

Zwei Monate später, am 4. Juli, berichtete *Die Welt*²⁰⁰, die AfD habe in Nordrhein-Westfalen rund 40 Personen nicht als Mitglieder akzeptiert. Grund dafür sei die Sorge, dass Rechtspopulisten den Landesverband unterwandern wollen. Nach Angaben der *Welt* befanden sich unter den zurückgewiesenen Mitgliedsanträgen zumeist Anhänger der *Freien Wähler* aus Düsseldorf. Der AfD-Bezirksverband Düsseldorf hatte bei seiner Gründung im Mai einen "Düsseldorfer Appell" beschlossen: Die Aufnahme von Ex- oder noch aktiven Mitgliedern von NPD, DVU, *Republikanern*, *pro Köln*, *pro NRW* und *Freie Wähler Düsseldorf* ist diesem Text zufolge ausgeschlossen.

Dennoch schaffte es zumindest ein FWD-naher Politiker auf die Landesliste der Partei für die Bundestagswahl: der 1958 geborene Unternehmer Ulrich Wlecke. Laut seiner privaten Homepage²⁰¹ ist er seit 2012 "unabhängiges Bürgermitglied im Ausschuss für Wirtschaft, Liegenschaften und Tourismus des Rats der Stadt Düsseldorf, nominiert von der Wählergemeinschaft Freie Wähler Düsseldorf".

¹⁹⁸ blick nach rechts: Rechtsrock-Unternehmer (28.5.2009) <http://www.bnr.de/content/rechtsrock-unternehmer> zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

¹⁹⁹ Bonner Generalanzeiger: Alternative für Deutschland – Ex-Republikaner machen sich auf den Weg <http://www.general-anzeiger-bonn.de/news/politik/Ex-Republikaner-machen-sich-auf-den-Weg-article1043846.html> zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

²⁰⁰ Die Welt: AfD fürchtet Unterwanderung durch Neonazis (4.7. 2013) <http://www.welt.de/politik/deutschland/article117726217/AfD-fuerchtet-Unterwanderung-durch-Neonazis.html> zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

²⁰¹ Ulrich Wlecke: Biographie <http://ulrich-wlecke.de/859-2> zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

Die FWD vermeidet auf ihrer Internetseite Stellungnahmen zur AfD. Mit einer Ausnahme: In der Rubrik "Presse" dokumentiert die Gruppe einen Bericht der Düsseldorfer *Bild*-Ausgabe vom 30. April.²⁰² Unter der Überschrift "Gerüchte dementiert – Lemmer will nicht zur Anti-Euro-Partei" wird der Fraktionsgeschäftsführer mit den Worten zitiert: "Ich bin nicht Mitglied der AfD und werde es nicht sein." Die Partei sei ihm "zu konservativ und zu radikal". Dass *Mitglieder* der FWD grundsätzlich auch Mitglieder der AfD sein könnten, schließe Lemmer nicht aus. *Bild* zitiert ihn mit den Worten: "Eine Unvereinbarkeit gibt es da nicht."

4.1.7 "Parteifreie" Neonazis und die AfD

Sozial- und altersstrukturell sowie politisch-strategisch weisen "parteifreie" Neonazis und AfDler keine Berührungspunkte auf. Jener Teil der Neonaziszene aus dem Spektrum der "Kameradschaften" oder der "Autonomen Nationalisten", der parlamentarischer Arbeit nicht ohnehin mit völligem Desinteresse gegenübersteht, orientiert sich an der NPD (mit abnehmender Tendenz) oder an der vor etwas mehr als einem Jahr gegründeten Partei *Die Rechte* (mit zunehmender Tendenz besonders in NRW). Entsprechend wenige Positionierungen zur AfD gibt es aus diesem Spektrum. Wenn sich Neonazis aber doch einmal mit der AfD beschäftigen, gilt: "Die einzige echte Alternative für Deutschland bleibt weiterhin der Nationale Widerstand!" So formulierte es ein namentlich nicht genannter Autor auf der Internetseite der Neonazi-Organisation *Freie Kräfte Oberberg* aus dem Oberbergischen Kreis in NRW.²⁰³

Der *Freie Kräfte Oberberg*-Autor attestierte einen sich nur "scheinbar anbahnenden Rechtsruck in dieser linksversifften BRD". Zur Klientel der AfD schrieb er ironisierend:

"Der bundesdeutsche Wutbürger, der seine revolutionären Ansichten bisher lediglich durch den Kauf des neuesten Sarrazin-Buches oder – in sehr mutigen Einzelfällen – durch das verschicken ganz böser Protest-E-mails an im antideutschen Politalltag hervorstechende Marionetten des internationalen Großkapitals kundtat, wäre jetzt parteipolitisch aktiv um eine Fundamentalopposition gegen die herrschende Klasse aufzubauen; und das auch noch unter dem vielversprechenden Namen 'Alternative für Deutschland'."

Tatsächlich gehe es den "etwas rückgratlosen BRD-Wutbürgern" nicht um "elementare Probleme dieses Landes", meint der Autor. Er nennt in diesem Zusammenhang den "absehbaren Volkstod", die "fehlende Zukunftsperspektive für die deutsche Jugend", die "kulturfremde Zuwanderung", die "Verdrängung der deutschen Kultur und Sprache" sowie die "fehlende Souveränität des Besatzer-Konstruktes BRD". "Einzig und allein die Angst um das eigene Geld treibt die wohl situierte Bürgerschaft auf die gepolsterten Barrikaden gegen den Europa auseinanderdividierenden Euro." Letztlich führe die AfD "den Kampf gegen das deutsche Volk" im Prinzip unvermindert weiter.

²⁰² <http://www.fw-duesseldorf.de/images/pdf/050.pdf> zuletzt aufgerufen am 1.9.2013

²⁰³ Freie Kräfte Oberberg: Alternative für Deutschland? (3.4.2013) <http://fk-oberberg.info/wp/2013/04/03/alternative-fur-deutschland/> zuletzt abgerufen 1.9.2013

"Schein und Sein der AfD offenbaren uns also bei genauerem Hinsehen eine 'Alternative', die mit Deutschland als der Heimat unseres Volkes nicht viel gemein hat. Eigentlich müsste diese obskure Scheinpartei besser 'Alternative ZU Deutschland' heißen, denn wenn diese Leute ihre Pläne umsetzen, dann bleibt von Deutschland sowieso nichts mehr übrig",

meinen auch norddeutsche Neonazis.²⁰⁴ "Es drängt sich vielmehr der Eindruck auf, daß hier von gewissen Kreisen ganz bewußt eine neue Partei geschaffen wurde, um die Ablehnung des Volkes gegen Euro und EU zu kanalisieren und in eine gewünschte Bahn zu lenken, die dem System nicht gefährlich werden kann." Die AfD wolle "keine echte Alternative zur EU", sondern bloß eine Art "EU-Light". Zum Thema "Überfremdung" nehme die AfD "ganz unverhohlen eine antideutsche Position ein" und stelle sich unmissverständlich auf die Seite der "Überfremdungsfanatiker", indem sie "ein 'Einwanderungsrecht' schaffen und so die Überfremdung auch gesetzlich unumkehrbar machen" wolle. Damit sei die AfD gar "so manch anderer Systempartei sogar noch einen böartigen Schritt voraus bei der weiteren Überfremdung Deutschlands und der Ausrottung unseres Volkes".

Die AfD sei "keine Alternative für Deutschland", heißt es auch in einer Überschrift eines Textes, der Ende April auf der Internetseite der *Kameradschaft Höri-Bodensee* erschien.²⁰⁵ Einleitend entdecken die Neonazis aus Süddeutschland im Wahlprogramm der AfD sogar "einige positive Punkte ..., die uns besonders gefielen". Sie nennen:

"Geordnete Auflösung des Euro-Währungsgebietes, In der Schuldenkrise müssen Banken ihre Verluste selbst tragen, Viele Punkte in ihrer Europapolitik, Einführung von Volksabstimmungen, Keine bezahlten Nebentätigkeiten für Bundestagsabgeordnete, Schuldenbremse – auch für Deutschland, Alterssicherung, Anrechnung von Kindern für die Rentenberechnung, Bundesweit einheitliche Bildungsstandards, Nachhaltiges Energiekonzept für bezahlbare Energie, Stopp einer ungeordneten Zuwanderung in unsere Sozialsysteme".

Allerdings meinen die Neonazis aus dem Südwesten im Ergebnis dann doch, "dass die AfD keinesfalls ihrem Namen gerecht wird und für jeden Befürworter von sozialer Verantwortung ein Dorn im Auge sein müsste". Anstoß nimmt der Autor an der Person Konrad Adam. Das AfD-Vorstandsmitglied befürworte ein Konzept, demzufolge in der Zukunft nur noch "Nettosteuerzahler" wählen dürften. Als Beleg zitiert die *Kameradschaft Höri-Bodensee* aus einer Kolumne Adams, die *Die Welt* im Oktober 2006 veröffentlichte.²⁰⁶ Adam schrieb unter anderem:

"Erst später, mit dem Aufkommen der industriellen Revolution und seiner hässlichsten Folge, der Massenarbeitslosigkeit, ist die Fähigkeit, aus eigenem Vermögen für sich und die Seinen zu sorgen, als Voraussetzung für das Wahlrecht entfallen. Ob das ein Fortschritt

²⁰⁴ mein-hh.info: Aufklärung – Die falsche Alternative (14.8.2013) <http://www.mein-hh.info/archiv/index.php?datum=13/08/14> zuletzt abgerufen 1.9.2013

²⁰⁵ Kameradschaft Höri-Bodensee: Keine Alternative für Deutschland (29.4.2013) <http://k-hb.net/2013/04/29/keine-alternative-fuer-deutschland/> zuletzt abgerufen 1.9.2013

²⁰⁶ Konrad Adam in *Die Welt*: Wer soll wählen? (16.10.2006) <http://www.welt.de/print-welt/article159946/Wer-soll-waehlen.html> zuletzt abgerufen 1.9.2013

war, kann man mit Blick auf die Schwierigkeiten, die der deutschen Politik aus ihrer Unfähigkeit erwachsen sind, sich aus der Fixierung auf unproduktive Haushaltstitel wie Rente, Pflege, Schuldendienst und Arbeitslosigkeit zu befreien, mit einigem Recht bezweifeln."

Darauf antwortet die *Kameradschaft Höri-Bodensee*: "Wir vertreten die Meinung, dass die Politik dem Wohl des Volkes dienen sollte und das Volk besteht eben nicht nur aus gesunden, hochleistungsfähigen Personen". Sie stilisiert sich zur Vertreterin einer "sozialgerechten Politik" gegen die AfD: "Wer sich nur um die kümmert, um die man sich nicht kümmern muss, ist asozial."

4.2 Rechte Medien und die AfD I: Die *Junge Freiheit* und die *Sezession*

Die *Junge Freiheit* (JF) ist eine 1986 gegründete Zeitung, die seit 1994 als Wochenzeitung erscheint und als Sprachrohr der sogenannten Neuen Rechten angesehen werden kann.²⁰⁷ Ein zentrales Bestreben der Redaktion ist der Aufbau einer neuen politischen Kraft rechts des derzeit existierenden demokratischen Parteienspektrums. In der AfD sieht die JF einen möglichen Hoffnungsträger für ihr lang gehegtes Ansinnen. Der Gründungsparteitag der AfD wurde vom Internetportal der JF via Live-Ticker verfolgt. Seitdem wird die AfD publizistisch unterstützt. Im der JF-Ausgabe vom 13. Juni erschien gar ein doppelseitiges Schaubild zur AfD, das den Eindruck einer doppelseitigen Gratiswerbung vermittelt. Die JF verfolgt damit offensichtlich den Zweck, die AfD zum politischen Zugpferd für ihre Forderung nach einer Re-Nationalisierung des Politischen nutzbar zu machen. JF-Chefredakteur Dieter Stein sieht in der AfD das Mittel, "die sonst übliche Schweigespirale zu durchbrechen". Er schreibt ihr das Potential zu, "das vorhandene Parteiensystem zu öffnen und die Marktgesetze auch in der Politik wieder zum Wirken zu bringen, wo sich die Bürger in entscheidenden Fragen wie in der DDR nur noch einer Nationalen Front von CDUCSUFDPSPDGrüne gegenübersehen".²⁰⁸ Als Vorbild für die AfD preist Stein die rechtspopulistische UKIP und fordert diesbezüglich:

*"Deutsche Parteigründer, die der UKIP nacheifern wollen, sollen aufmerksam verfolgen, dass diese erst Breitenwirkung erzielte, als sie ihr EU-kritisches, marktwirtschaftliches Profil programmatisch um die Ablehnung von Masseneinwanderung und eine konservative Familienpolitik ergänzte."*²⁰⁹

Welche Vorstellungen in der JF von einer "EU-kritischen" Politik vorherrschen, zeigt ein Beitrag von Erik Lehnert, der als Geschäftsführer des mit der JF auf das Engste verbundenen neurechten *Instituts für Staatspolitik* (IfS) tätig ist. In der JF- Kolumne "Reden über Europa" erklärt Lehnert,

²⁰⁷ Vgl. Helmut Kellersohn (1994) (Hg.): Das Plagiat. Der Völkische Nationalismus der Jungen Freiheit, Duisburg; Armin Pfahl-Traugher (1998): „Konservative Revolution“ und „Neue Rechte“. Rechtsextremistische Intellektuelle gegen den demokratischen Verfassungsstaat, Opladen.

²⁰⁸ Stein, Dieter: Alternative für Deutschland. Bürger auf den Barrikaden, in: JF vom 13. April 2013

²⁰⁹ Stein, Dieter: Konjunktoren für Protestparteien. Nigel Farage macht es vor, in: JF vom 13. Mai 2013

Europa werde "zur Beseitigung der Unterschiede der europäischen Völker und Nationen" missbraucht, und empfiehlt dagegen folgende Orientierung:

*"Ein 'Europa der Vaterländer' ist daher als Polemik gegen die Zentralisierungsbestrebungen der EU ganz brauchbar, bleibt aber selbst dem Europabetrug verhaftet. Letztlich gibt es keine europäischen Interessen, für die sich die jeweiligen Europäer oder deren Vaterländer opfern würden. Solange der Selbsterhaltungstrieb noch nicht völlig der Degeneration zum Opfer gefallen ist, wird immer zuerst die eigene Nation, das eigene Volk, die eigene Stadt auf der Prioritätenliste ganz oben gesehen werden. Wenn das auch in Deutschland wieder selbstverständlich ist, mag man sich über Europa unterhalten. Bis dahin bleibt nur, den großen Anspruch einer Wiederauferstehung in Deutschland wachzuhalten."*²¹⁰

Deutlicher kann ein antieuropäischer Nationalismus wohl kaum zum Ausdruck gebracht werden.

Vom erwähnten *Institut für Staatspolitik* wird die Zeitschrift *Sezession* herausgegeben, die ein Sonderheft mit dem Thema "Alternativen für Deutschland" publiziert hat. Welche "Alternativen" die Macher der Zeitschrift darunter verstehen, illustriert das Titelbild: Sechs Logos von politisch rechten Organisationen sind darauf abgebildet. Im größten Format in den Vordergrund gesetzt sind darauf die AfD und das Zeichen der *Identitären Bewegung*. Letztere ist eine in Frankreich aus dem Dunstkreis des rechtsextremen *Bloc Identitaire* entstandene Bewegung, die seit dem Jahr 2012 auch Eingang in die extrem rechte Szene in Deutschland gefunden hat. Gestalterisch dahintergelegt sind auf dem Zeitschriftencover die Logos der Wahlgruppierungen *Die Republikaner*, *Bürgerbewegung pro NRW*, *Bürger in Wut* und *Die Freiheit*. Trotz einer solch offener Positionierung scheut sich der AfD-Unterstützer Karl Albrecht Schachtschneider nicht, in dieser Ausgabe in Form eines Interviews Werbung für sein im rechten *Kopp-Verlag* erschienenen Buch "Die Souveränität Deutschlands"²¹¹ Stellung zu beziehen und darin auch auf die *Identitäre Bewegung* einzugehen. Auf die Frage nach dem Verhältnis von Identität und Souveränität antwortet er:

*"Soweit ich unterrichtet bin, geht es den 'Identitären' um die Erhaltung des Volkes im Sinne einer bestimmten Homogenität. Es gehört zur Souveränität, dass die Bürger, nicht deren Vertreter, darüber entscheiden, ob die Identität des Volkes durch Einwanderung verändert wird. Die hinreichende Homogenität der Bürgerschaft ist Voraussetzung einer Republik als freiheitliches Gemeinwesen."*²¹²

In einem weiteren Betrag des Sonderheftes listet Manfred Kleine-Hartlage Anforderungen an ein politisches "Minimalprogramm" auf: Es müsse darum gehen,

"die Masseneinwanderung aus fremden Kulturkreisen weitgehend zu beenden und integrationsunwillige Einwanderer, insbesondere Kriminelle, auszuweisen; eine Bevölkerungspolitik zu treiben, die die Geburtenrate der Deutschen steigert;

²¹⁰ Lehnert, Erik: Reden über Europa (7). Europabegeisterung. Ein moderner Ablaß, in: JF vom 23. August 2013

²¹¹ Schachtschneider, Karl Albrecht (2013): Die Souveränität Deutschlands. Souverän ist, wer frei ist, Rottenburg a.N.

²¹² Schachtschneider, Karl Albrecht, „Souverän ist der Bürger“, Interview in: Sezession Sonderheft vom Mai 2013, S. 45

*die äußere Souveränität des Staates, insbesondere seine Gesetzgebungs- und Währungshoheit und seine Verteidigungsfähigkeit wiederherzustellen;
seinen Gesetzen nach innen flächendeckend und gegenüber jedermann Geltung zu verschaffen;
ein leistungsorientiertes und differenzierendes Bildungssystem wiederherzustellen;
die Lehrpläne der Schulen von gesellschaftszerstörendem Gedankengut zu befreien;
in der Wissenschaftspolitik die finanzielle Förderung linker Ideologieproduktion zu beenden und stattdessen konstruktive und realitätsorientierte Forschung zu fördern;
das Christentum in seiner Eigenschaft, nicht als Staats-, wohl aber als Leitreligion zu fördern."*²¹³

Die Vorstellungen in der *Sezession* hinsichtlich der Ausrichtung der AfD als ein politisches Projekt für eine offen rechts ausgerichtete Re-Nationalisierung des Politischen werden hier deutlich zum Ausdruck gebracht.

4.3 Rechte Medien und die AfD II: Die *Blaue Narzisse*

Ein durchaus widersprüchliches Verhältnis zur AfD hat die *Blaue Narzisse*, eine im Jahr 2004 in Chemnitz erstmals publizierte Schülerzeitung, die seit 2006 auch ein Online-Portal betreibt. Die *Blaue Narzisse* ist als "jungkonservativ" einzustufen. Sie rekurriert auf eine weit rechts stehende politische Strömung aus der Zeit der Weimarer Republik, die die Republik bekämpfte und von der Geschichts- und Politikwissenschaft heute weithin als eine Strömung eingestuft wird, die dazu beitrug, den Nazis den Weg zu bereiten. Einer ihrer Vordenker, Arthur Moeller van den Bruck, hat 1923 ein Buch mit dem Titel "Das Dritte Reich" publiziert und damit den Begriff geprägt, den der Nationalsozialismus schließlich adaptierte.

Das widersprüchliche Verhältnis der *Blauen Narzisse* zur AfD lässt sich exemplarisch einem der ersten Beiträge zu der neuen Partei entnehmen, der auf dem Internet-Portal der Zeitschrift erschien. Am 11. März hieß es dort, einerseits könnten "Konservative oder alternative Rechte" dem AfD-Programm durchaus "interessante Punkte" entnehmen. Jenseits der Forderung, das heutige Euro-System grundlegend zu ändern, werde etwa verlangt, "dass die Politik sich dem Einfluss von Lobby-Gruppen entzieht", oder dass "Bildung als Kernaufgabe der Familie" gefördert werde. Auch stünden Forderungen nach "Volksabstimmungen über grundlegende gesellschaftliche Fragen" oder nach der "Neuordnung des Einwanderungsrechts" im Programm. "Besonders der letzte Punkt lässt aufhorchen", hieß es bei der *Blauen Narzisse*: Es solle "eine ungeordnete Zuwanderung in unsere Sozialsysteme ... unbedingt unterbunden" werden. Damit "dürfte die *Alternative für Deutschland* auch für jene sprichwörtlich eine echte Alternative bieten, die sich eine deutlich nationalere Politik

²¹³ Kleine-Hartlage, Manfred: Ein politisches Minimalprogramm, in: ebd., S. 43

wünschen, Parteien wie die NPD oder *Pro Deutschland* jedoch meiden." In der Tat schienen "viele ... ihre Hoffnungen tatsächlich in diese Partei in der Entstehung zu setzen".²¹⁴

Allerdings räumte der Autor ein, "das konservative Lager – insofern man von einem solchen überhaupt sprechen kann" – sei "hinsichtlich der Frage nach gesellschaftlichen Veränderungen durch eine Partei" prinzipiell "gespalten". Das betreffe auch die Frage nach der Haltung gegenüber der AfD. "Können tiefgreifende Veränderungen überhaupt noch auf legal-politischem Weg erreicht werden?", hieß es in dem Beitrag; könne "eine dem Grundgesetz verpflichtete Partei" die gewünschten Prozesse "in Gang" setzen? Schon andere seien mit diesem Versuch gescheitert. "Sollten wir Energie und Finanzen nicht lieber in Initiativen, Verlage, Bildungseinrichtungen, Zeitungen oder die anständige Förderung junger Menschen investieren?", hieß es weiter: "Diese Frage muss schlußendlich jeder Deutsche für sich selbst beantworten".²¹⁵

Die Antwort fiel in der *Blauen Narzisse* nicht eindeutig aus. Einerseits gab es Warnungen, die Zeit für den Aufbau einer schlagkräftigen Partei sei bis zur Bundestagswahl viel zu kurz; man werde nur den Unionsparteien und der FDP Stimmen abspenstig machen und damit Rot-Grün zur Mehrheit verhelfen. Andere riefen dazu auf, sich für die AfD zu engagieren, auch im Wahlkampf; dies sei die einzige Möglichkeit, praktische Fortschritte zu erzielen. Andernfalls sei man in der explizit politischen Sphäre zur Untätigkeit verdammt.

Die Bewertung der AfD-Aktivitäten ist bis heute ambivalent und tendiert mittlerweile zu größerer Distanz. Im April hieß es, "die vergangenen Wochen" hätten "sich nicht nur beeindruckend" gestaltet, "sie machen auch Hoffnung auf mehr – auf eine echte Alternative". Es gebe unerwartet günstige Bedingungen: "Das Medienecho" sei "differenziert", Parteisprecher Lucke entpuppte sich als "Talkshow-Schreck". Dennoch bleibe

*"bei allem Lob für die AfD ... der große Zweifel. Nicht der, dass die AfD es möglicherweise nicht in den Bundestag schafft, was durchaus im Bereich des Möglichen liegt angesichts von Umfragewerten von aktuell drei Prozent. Nicht der, dass Lucke & Co. möglicherweise Rückschläge erleiden und der Enthusiasmus der vergangenen Wochen wirkungslos verpufft. Sondern die Angst, dass nach einem erfolgreichen Wahlkampf die große Anpassung erfolgt."*²¹⁶

Dabei nimmt die Distanz mittlerweile zu. Ende Juli schrieb die *Blaue Narzisse*, "viele Konservative zeigten sich zunehmend enttäuscht von der AfD, da außer der Kritik an der Europäischen Union und ihrer Politik wenig konservative Inhalte propagiert und thematisiert" würden.

²¹⁴ Stein, Philip: Eine echte Alternative! 11.03.2013. <http://www.blauenarzisse.de/index.php/anstoss/item/3782-eine-echte-alternative>, abgerufen am 28.08.2013.

²¹⁵ Ebd.

²¹⁶ Stein, Philip: Die Hoffnung wächst, 17.04.2013. <http://www.blauenarzisse.de/index.php/gesichtet/item/3847-die-hoffnung-waechst>, abgerufen am 28.08.2013.

*"Bei vielen konservativen Schlüsselthemen, die über die Thematik Euro hinausgehen, fehlt Lucke & Co. oft der nötige Mut, sich klar und deutlich zu positionieren. So muss man sich nicht zu Unrecht den Vorwurf gefallen lassen, keine konservativen Werte und Ansichten zu vertreten, sondern lediglich eine neoliberale Strömung zum etablierten Kanon der Republik beifügen zu wollen."*²¹⁷

Aus Sicht der *Blauen Narzisse* hat "die große Anpassung" möglicherweise schon begonnen.

4.4 Rechte Medien und die AfD III: Die *Preußische Allgemeine Zeitung*

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* (PAZ) hat die AfD von Anfang an mit großer Sympathie begleitet. Für die AfD ist das durchaus nützlich: Die *Preußische Allgemeine* erschließt ihr Teile des rechten Vertriebenen-Milieus. Die Wochenzeitung, die nach Angaben des Verlages eine verkaufte Auflage von rund 18.000 Exemplaren aufweisen kann, wird von der *Landmannschaft Ostpreußen* herausgegeben, einem der größten deutschen Vertriebenen-Verbände. Sie wird am Kiosk verkauft und richtet sich heute an ein breites rechtsorientiertes Publikum, ist aber nach wie vor auch in der *Landmannschaft Ostpreußen* fest verankert. Das erschließt sich schon bei oberflächlicher Betrachtung aus Rubriken, die fester Bestandteil des Blattes sind, obwohl sie für Nicht-Vertriebene allenfalls geringen Nutzwert haben: "Die ostpreußische Familie" etwa, deren Autorin sich mit den Worten "Lewe Landslied" ("Liebe Landsleute") an die Leserinnen und Leser richtet, oder "Aus den Heimatkreisen", wo sich Veranstaltungsberichte und Terminankündigungen aus den einzelnen Untergliederungen der Landmannschaft, den sogenannten Heimatkreisen, finden. Wer Zugang zur *Preußischen Allgemeinen* hat, hat Zugang auch zur Vertriebenen-Basis, an der in vielen Fällen eine deutschnationale Orientierung zu finden ist.

Bereits die Wahlalternative 2013 fand Ende September 2012 die Aufmerksamkeit der PAZ. Das Blatt stand der Euro-Rettungspolitik ohnehin kritisch gegenüber; Politik-Redakteur Hans Heckel hatte den Gründungsaufwurf der Initiative *Stop ESM* unterzeichnet und damit klar und deutlich Stellung bezogen. "Immer mehr Bürger fühlen sich von der politischen Klasse verraten und verkauft", schrieb die PAZ am 29. September 2012: "Bei der Bundestagswahl im kommenden Jahr will nun eine Bürgergruppierung für frischen Wind sorgen." Sie wolle "dem deutschen Wähler in der Krise eine Alternative zur Euro-Rettungspolitik der Bundesregierung bieten" und "der Aushebelung der Demokratie und der faktischen Entmachtung der Verfassungsorgane Einhalt gebieten". Die "engagierten Bürger" von der Wahlalternative 2013 störten sich daran, dass "den Deutschen ... immer höhere Risiken aufgebürdet werden".²¹⁸

Am 16. März 2013 nahm die *Preußische Allgemeine* die Berichterstattung über die frisch gegründete AfD auf. "Vielversprechender Start", titelte sie und klopfte im Untertitel die Bewertung der AfD als attraktive und vielversprechende Partei fest: "Neue Partei 'Alternative für Deutschland'".

²¹⁷ Stein, Philip: Umbruch durch Parteien? (I) 30.07.2013. <http://www.blauenarzisse.de/index.php/gesichtet/item/4015-umbruch-durch-parteien-i>, abgerufen am 28.08.2013.

²¹⁸ Bürger begehren auf, *Preußische Allgemeine Zeitung* 39/2012 vom 29.09.2012.

erhält großen Zuspruch".²¹⁹ In der folgenden Ausgabe erhielt der – damals noch nicht offiziell vom Bundesparteitag bestätigte – Parteisprecher Bernd Lucke in einem Interview Gelegenheit, auf einige Einwände einzugehen, die der AfD erkennbar entgegengehalten werden würden. Lucke antwortete etwa auf die Frage, wie die Partei damit umgehen wolle, dass sie keine "charismatische(n) Persönlichkeiten" in ihren Reihen habe, sondern viele "Volkswirte und IT-ler", die "eher für introvertiertes statt extrovertiertes Auftreten bekannt" seien:

*"Wir sind eine Graswurzelbewegung. Wir sind ja gerade die Opposition gegen den verkrusteten Politikbetrieb. Wir sind normale Bürger, die ihr Geld mit redlicher Arbeit verdienen."*²²⁰

Eine Woche später lobte der langjährige Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, Wilhelm von Gottberg, die AfD: "Die noch in Gründung befindliche Partei 'Alternative für Deutschland' (AfD) hat das politische Establishment in Deutschland gehörig aufgemischt."²²¹ Gottberg ist bis heute die wohl einfluss- und prestigereichste Persönlichkeit der Landsmannschaft Ostpreußen.

Die *Preußische Allgemeine* hat von Anfang an auch eine Art Immunisierungsstrategie gegen Kritik an der AfD verfolgt. Schon am 16. März enthielt ihr Bericht zur Parteigründung eine entsprechende Passage: "Da die junge Partei, die im Herbst zur Bundestagswahl antreten will ..., die Abschaffung des Euro fordert, schießen sich bereits einige Medien auf sie ein".²²² Eine Woche später folgte der Hinweis, "die etablierten Parteien und die ihnen zugetanen Medien" hätten "noch keine schlüssige Antwort auf die jäh emporgeschossene 'Alternative' gefunden"; "linke Medien" spulten allerdings bereits "erwartungsgemäß die ermüdende Propaganda ab: 'Rechtspopulisten', 'Euro-Hasser' und ähnlich lauten die Anwürfe".²²³ Ein gemeinsamer Gegner schweißt zusammen: Mitte April titelte die PAZ "Nervöse Attacken gegen AfD" und stimmte ihr Publikum darauf ein, dass "Versuche, die junge Partei (...) schlecht aussehen zu lassen, laufen. Doch sie wirken bisher sehr bemüht." Um auch Einwänden aus politisch nahestehenden Milieus den Wind aus den Segeln zu nehmen, hieß es weiter: "Nun verschrecken derzeit gleich mehrere Medien potenzielle bürgerliche AfD-Wähler mit der Theorie, dass sie mit ihrer Stimme für die neue Partei die Mehrheit von Schwarz-Gelb gefährdeten und so indirekt Rot-Grün an die Macht verhelfen würden." Dies sei jedoch unwahrscheinlich, da die in hohem Maße für "Nichtwähler und Anhänger der Partei 'Die Linke'" attraktiv sei, also neue Milieus für "bürgerliche" Politik gewinnen könne.²²⁴

Die positive Berichterstattung der PAZ über die AfD hält an; kritische Kommentare zu den teils chaotischen Entwicklungen im Berliner und im bayerischen Landesverband dienen eher dazu, die Partei durch offene Benennung untragbarer Missstände langfristig zu stärken. Glaubt man dem Blatt, dann zählt sich die Unterstützung für die AfD ganz klar aus.

²¹⁹ Vielversprechender Start, *Preußische Allgemeine Zeitung* 11/2013 vom 16.03.2013.

²²⁰ "Das muss doch Konsequenzen haben", *Preußische Allgemeine Zeitung* 12/2013 vom 23.03.2013.

²²¹ Gottberg, Wilhelm von: Die Alternative, *Preußische Allgemeine Zeitung* 13/2013 vom 30.03.2013.

²²² Vielversprechender Start, *Preußische Allgemeine Zeitung* 11/2013 vom 16.03.2013.

²²³ Von der Realität eingeholt, *Preußische Allgemeine Zeitung* 12/2013 vom 23.03.2013.

²²⁴ Nervöse Attacken gegen die AfD, *Preußische Allgemeine Zeitung* 15/2013 vom 13.04.2013.

*"Unter den Lesern der Preußischen Allgemeinen im Internet findet die 'Alternative für Deutschland' (AfD) starken Zuspruch", hieß es im Mai: "Auf die Frage 'Würden Sie die Euro-kritische Partei AfD wählen?' antworteten von insgesamt 2263 Teilnehmern der PAZ-Umfrage 88,5 Prozent mit Ja (2003 Stimmen), 11,5 Prozent sagten Nein (260 Stimmen)."*²²⁵

²²⁵ Meldungen, Preußische Allgemeine Zeitung 18/2013 vom 04.05.2013.

5 Bundestagswahl 2013

Mit 4,7% der Wählerstimmen hat die AfD ihr selbsterklärtes Ziel knapp verfehlt, die 5%-Hürde zu überspringen. Ebenso wurde dieses Ziel bei der gleichzeitig abgehaltenen hessischen Landtagswahl verpasst, bei der die AfD 4,0 % erzielte. Andererseits muss berücksichtigt werden, dass es in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland bislang noch keiner Partei außer der AfD gelungen ist, innerhalb weniger Monate nach der Parteigründung bei einer Bundestagswahl einen solchen Achtungserfolg zu erzielen. Die Ankündigungen der AfD, bei künftigen Landtagswahlen sowie zur kommenden Europawahl anzutreten, lassen darauf schließen, dass die Partei anstrebt, ihre politische Agenda zu erweitern und ihre Wählerzustimmung zu verfestigen. Die bisherigen Erkenntnisse zur Bundestagswahl geben weitere Hinweise darauf, wie sich die Partei künftig aufstellen will.

5.1 Wählerwanderungen und Wählermilieus

Die größte Anzahl an Wechselwählern konnte die AfD der FDP abringen – laut Infratest dimap rund 430.000 Stimmen.²²⁶ 340.000 kamen demnach von der Partei Die Linke, 290.000 von CDU und CSU, 180.000 von der FDP und 90.000 von den Grünen. 210.000 Wähler hatten zuvor nicht gewählt. Zwischen diesen rund 1,54 Millionen Wählerinnen und Wählern und den gut 2,05 Millionen Zweitstimmen, die die AfD auf sich vereinigen konnte, klafft eine Lücke von rund einer halben Million; laut Infratest dimap sind 100.000 von ihnen Erstwählerinnen und -wähler und 10.000 aus dem Ausland Zugezogene, während 410.000 von kleineren Parteien zugewandert sind. Bezüglich der Wanderung von der FDP zur AfD ist festzuhalten, dass die Auflösung des FDP-Stimmenpools keinesfalls nur der AfD zugute kam. Vielmehr wechselten 530.000 von der FDP zur SPD und sogar 2,11 Millionen zur Union; 460.000 frühere FDP-Wählerinnen und -Wähler gingen diesmal gar nicht zur Urne. Bei den 430.000, die dieses Mal für die AfD votierten, dürfte es sich laut Vorwahlumfragen vor allem um den rechten FDP-Flügel gehandelt haben. "Überproportional viele" AfD-Anhängerinnen und -Anhänger "kommen vom rechten Flügel der FDP", wurde der Leiter des Meinungsforschungsinstituts Forsa, Manfred Güllner, in der Woche vor der Wahl in der Presse zitiert. Güllner konstatierte darüber hinaus signifikante Übereinstimmungen zwischen der AfD-Anhängerschaft und dem Milieu der "Schönhuber-Republikaner in den 90er-Jahren".²²⁷

²²⁶ Analysen Wählerwanderung, <http://wahl.tagesschau.de/wahlen/2013-09-22-BT-DE/analyse-wanderung.shtml>, abgerufen am 02.10.2013.

²²⁷ Günther Lachmann: AfD-Anhänger aus dem Milieu der Schönhuber-Wähler, 18.09.2013, <http://www.welt.de/politik/deutschland/article120160405/AfD-Anhaenger-aus-dem-Milieu-der-Schoenhuber-Waehler.html>, abgerufen am 02.10.2013.

Betrachtet man die regionale Herkunft der AfD-Wählerinnen und -Wähler, so zeigt sich, dass die Partei ihre besten Ergebnisse in den ostdeutschen Bundesländern gewinnen konnte. In Sachsen erreichte sie mit 6,8 Prozent ihr stärkstes Resultat; darauf folgten Thüringen (6,2 Prozent) und Brandenburg (6,0 Prozent). 5,6 Prozent erzielte die AfD in Mecklenburg-Vorpommern und in Hessen, ihrem stärksten westdeutschen Bundesland. Unter vier Prozent blieb die Partei nur in Nordrhein-Westfalen (3,9 Prozent), Niedersachsen (3,7 Prozent) und Bremen (3,7 Prozent). Die Spitzenergebnisse in Ostdeutschland wurden in Bundesländern erzielt, in denen die Partei stärker als im Westen mit dem Thema Einwanderung geworben hat: Slogans wie "Einwanderung ja. Aber nicht in unsere Sozialsysteme!" kamen dort auf Plakaten besonders häufig zum Einsatz. Die Tatsache, dass die NPD ebenfalls mit dem Thema Einwanderung in vielen ostdeutschen Bundesländern zwischen zwei und drei Prozent an Wählerzustimmung erreichen konnte, verweist auf die Unterschiedlichkeit der Wählermilieus beider Parteien. Anders hingegen verhält es sich mit den "Republikanern", die augenscheinlich ihr Wählerpotenzial an die AfD verloren haben.

Noch unzulänglich sind bislang die Erkenntnisse über die soziale Herkunft der AfD-Wählerinnen und -Wähler. Peter Matuschek, Forsa-Bereichsleiter für Politik- und Sozialforschung, wird mit der Aussage zitiert, der "typische" AfD-Wähler sei "selbständig, männlich, mit eher überdurchschnittlichem sozialen Status und Einkommen" ausgestattet: Ein "Vertreter der gehobenen Mittelschicht", der sich "zwischen unten und oben zerrieben fühlt".²²⁸ Zu einem anderen Resultat kommt Richard Hilmer, Geschäftsführer von Infratest dimap, dem zufolge "die AfD-Wähler ... aus allen Richtungen" kämen; die stärkste Zustimmung erhalte die "Professorenpartei" tatsächlich unter Arbeiterinnen und Arbeitern.²²⁹ Gesichert scheint hingegen zu sein, dass die AfD vorwiegend von jüngeren Menschen gewählt wird; bei Seniorinnen und Senioren brachte sie es nur auf drei Prozent. Männer votieren zu einem größeren Anteil für sie als Frauen. Entsprechend hat die AfD ihre stärkste Wählergruppe bei Männern bis zu 45 Jahren.²³⁰

5.2 Reaktionen aus Parteien vom rechten Rand

Im Schatten der AfD blieben die bei der Bundestagswahl angetretenen extrem rechten Parteien ohne Chance. Die NPD verlor 0,2 Prozentpunkte, verglichen mit der Bundestagswahl 2009, und kam noch auf 1,3 Prozent; die *Republikaner* büßten mehr als die Hälfte ihrer Stimmen ein und erreichten 0,2 Prozent (minus 0,2 %); die erstmals kandidierende *Bürgerbewegung pro Deutschland* kam ebenfalls auf nur 0,2 Prozent. „Die Rechte“, die lediglich mit ihrem neonazistisch geprägten Landesverband in NRW antrat, erreichte dort nur 0,024 Prozent.

In Teilen des rechtspopulistischen Spektrums führt das Wahlergebnis – und nicht zuletzt das Abschneiden der AfD – zu neuen strategischen Überlegungen. So will die Kleinpartei „Die Freiheit“

²²⁸ Wer hat die Alternative für Deutschland gewählt? 23.09.2013. <http://www.euractiv.de/wahlen-und-macht/artikel/wer-hat-die-alternative-fuer-deutschland-gewaehlt-008043>, abgerufen am 02.10.2013.

²²⁹ Ebd.

²³⁰ Wer wählte was warum? <http://www.tagesschau.de/wahl/wahlanalyse124.html>, abgerufen am 02.10.2013.

ihre bundes- und landespolitischen Aktivitäten einstellen und sich auf bereits begonnene kommunalpolitische Ansätze beschränken. *Pro Deutschland* will der AfD bei Wahlen aus dem Wege gehen, ohne aber bundes- und landespolitische Ambitionen endgültig aufzugeben. Zugleich setzt *pro NRW* die Versuche fort, die Reste des rechtspopulistischen Lagers zu einer Zusammenarbeit zu bewegen – am besten unter der eigenen „Federführung“. Ob und inwieweit dies gelingt – vor oder nach der Europawahl –, bleibt abzuwarten.

Folgend wird ein komprimierter Überblick gegeben über die unterschiedlichen Parteien rechts der Union, ihre Bewertungen des Wahlergebnisses, insbesondere mit Blick auf die AfD, und die strategischen und taktischen Folgerungen, die sie aus diesem Ergebnis entwickeln.

5.2.1 NPD

Wahlanalyse: Das NPD-Präsidium wertete das Ergebnis von 1,3 Prozent als Zeichen der Stabilisierung der Partei.²³¹ Der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende Claus Cremer zeigte sich „zufrieden“ mit dem Abschneiden seiner Partei, „bedenkt man den medialen Hype um die Protestkanalisationspartei AfD und die andauernden Diffamierungen der NPD in Bezug auf das NSU-Terror-Märchen und das Verbotsgerede“.²³² In Abgrenzung zur AfD meint die NPD, sie selbst sei im Wahlkampf die einzige Partei gewesen, „die mit ihrer klaren Losung 'D-Mark statt Euro-Pleite' aufzeigte, was getan werden muß, um der Euro-Krise zu entgehen“, wie das Präsidiumsmitglied Ronny Zasowk erklärte.²³³

Bewertung der AfD: Das NPD-Präsidium attestierte der „sogenannten 'Alternative für Deutschland'“ eine „vollmundige Ankündigungsrhetorik“. Sie sei „eine Partei des 'Status Quo' und eben nicht eine wirkliche Alternative“. Im Wahlkampf habe man die „mediale Inszenierung einer Scheinalternative“ erlebt. Es sei davon auszugehen, dass sich bei den AfD-Anhängern „ähnlich wie bei den Piraten schnell Ernüchterung über die politische Substanzlosigkeit der Partei einstellen wird“.

Strategische Folgerungen: Seine Partei müsse gerade auch mit Blick auf die Europawahl 2014 noch deutlicher herausstellen, „daß nur die NPD nicht nur den Euro sondern auch die EU als völker- und freiheitsfeindliches Gebilde ablehnt“, fordert Cremer. „Auch muß für uns Nationalisten klar sein, daß nicht nur die Eurofrage die Probleme lösen wird, sondern daß hier ganzheitliche Politikansätze zum Tragen kommen müssen.“ Was damit gemeint sein könnte, verdeutlichte das NPD-Präsidium in seiner Erklärung: „Die einzige Partei, die konsequent für einen Ausstieg aus dem Euro steht, ist die NPD, denn nur sie will zurück zur D-Mark! Und vor allem ist die NPD die einzige echte Anti-Überfremdungspartei – auf diese Kernkompetenzen und Alleinstellungsmerkmale gilt es, sich künftig noch stärker zu konzentrieren!“ Ähnlich wie im Bundestagswahlkampf dürften daher im Vorfeld der Europawahl erneut provokative Kampagnen der NPD gegen Migranten, den Islam und demokratische Politiker, die angeblich eine „Überfremdung“

²³¹ <http://www.npd-presse.de/2013/09/23/mit-zuversicht-ins-superwahljahr-2014/>

²³² <http://www.npd-presse.de/2013/09/23/erste-stellungnahme-erster-kommentar-zur-bundestagswahl-2013-des-landesvorsitzenden-der-npd-nrw-claus-cremer/>

²³³ <http://www.npd.de/html/1938/artikel/detail/3465/>

vorantreiben, zu erwarten sein – auch um „insbesondere die Protestwähler der Bundestagswahl an unsere Partei zu binden“.

5.2.2 Die Rechte (DR)

Wahlanalyse: Der DR-Bundesvorstand verzichtete auf eine eigene Bewertung des Wahlergebnisses. „Die Rechte“ war nur in NRW angetreten und dort auf 0,024 Prozent gekommen. Der DR-Kreisverband Hamm erklärte, der Partei sei es bei ihrem Wahldebüt nicht auf das Ergebnis angekommen. Vielmehr habe man beweisen wollen, dass man zu Recht den Parteienstatus innehatte.²³⁴

Bewertung AfD: Der DR-Bundesvorstand äußerte sich in einer Stellungnahme nach der Bundestagswahl lediglich zur AfD. Anerkennend heißt es, die erst vor wenigen Monaten gegründete Partei verfüge bereits über etwa 17.000 Mitglieder und sei „mit beachtlicher, vor allem ökonomischer Sachkompetenz“ und „mit auch beachtlichen finanziellen Mitteln“ ausgestattet.²³⁵ Zugleich wird die AfD als „Partei der Professoren und Besserverdienenden, diese Nachfolgeorganisation der stagnierenden (auch nicht mehr im Bundestag vertretenen) FDP“ bezeichnet. Auch nach dem Scheitern an der Fünf-Prozent-Hürde mag der Autor die AfD noch nicht abschreiben: „Die erste Situation seit dem 1969 gescheiterten Versuch der NPD, das Parteiensystem von rechts aufzubrechen, könnte bevorstehen; wenn nicht bei dieser Bundestagswahl, dann aber doch bei der nächsten, mit der Zwischenstation über die Europa-Wahl und diverse Landtagswahlen.“

Strategische Folgerungen: *Die Rechte* hat angekündigt, im nächsten Mai an der EU-Wahl teilnehmen zu wollen. Aus ihrer Sicht mindert die Kandidatur der „Alternative“ die eigenen Aussichten nicht unwesentlich: Die AfD reduziere „unsere Chancen, bei der nächsten Europa-Wahl mit 0,5 Prozent in die Wahlkampfkostenerstattung (staatliche Parteienteilfinanzierung) zu kommen, von gering auf null“.

5.2.3 Bürgerbewegung pro Deutschland

Wahlanalyse: Die AfD habe offenbar „das gesamte derzeit mobilisierbare freiheitliche Wählerpotential aufgesogen“, hieß es in einer ersten Erklärung des *pro D*-Vorsitzenden Manfred Rouhs zur Bundestagswahl, die komplett ohne Selbstkritik angesichts eigener Fehler und Defizite auskam.²³⁶ Stattdessen erklärte Rouhs: „Ohne den AfD-Effekt hätten wir zumindest mit einem Achtungserfolg in Sichtweite der symbolisch wichtigen Marke von einem Prozent rechnen dürfen.“

²³⁴ <http://rechte-hamm.com/?p=1611>, zuletzt aufgerufen am 2. Oktober 2013

²³⁵ <http://worch.info/die-rechte/?p=1376>, zuletzt aufgerufen am 2. Oktober 2013

²³⁶ http://www.pro-deutschland.de/index.php?option=com_content&view=article&id=705:74311-stimmen-pro-deutschland&catid=14, zuletzt aufgerufen am 2. Oktober 2013

Bewertung AfD: „Genau richtig“ liege die AfD, wenn sie den Ausstieg Deutschlands aus dem Euro fordere, meint Rouhs. „Falsch liegt sie mit der Forderung nach mehr Zuwanderung in den deutschen Arbeitsmarkt und dem Recht auf Arbeit für Asylbewerber.“ Solche Positionen ließen „den neo-liberalen, globalisierungsfreundlichen Kern der Ideologie derer erkennen, von denen die finanziellen Zuwendungen kommen, die den schnellen Aufstieg der AfD möglich gemacht haben“. Die AfD, so der *pro D*-Vorsitzende, werde „entweder von den Altparteien erfolgreich aus dem Wettbewerb gedrängt werden und verschwinden oder sich in das etablierte Parteiengefüge einordnen und dadurch überflüssig werden“.

Strategische Folgerungen: Rouhs kündigte den weiteren Auf- und Ausbau seiner Formation an, die bisher über den Status einer Kleinstpartei nicht hinausgekommen ist. „Das Aufkommen der AfD verändert die parteipolitische Situation, das können und werden wir nicht ignorieren“, erklärte er drei Tage nach der Wahl.²³⁷ In seiner ersten Erklärung hatte er durchblicken lassen, was das konkret bedeutet: „Bei Wahlen kandidieren wir nur dort, wo wir den Effekt des Aufsaugens unseres Wählerpotentials durch die AfD nicht befürchten müssen.“ Grundsätzlich will er aber am Ziel festhalten, „Deutschland auch auf der parlamentarischen Ebene politisch zu erneuern: kommunal, in den Landtagen und irgendwann – hoffentlich nicht zu spät – auch bundesweit“.

5.2.4 Bürgerbewegung pro NRW

Wahlanalyse: Der *pro NRW*-Vorsitzende Markus Beisicht kritisierte in seinem Rückblick auf die Wahl die ehemalige Schwesterpartei *pro Deutschland*.²³⁸ „Vorschnell“ habe sie an der Wahl teilgenommen und „selbst in ihrer vermeintlichen Hochburg Berlin ein Ghettoergebnis von 0,3 % erzielt“. Beisicht attestierte AfD-Chef Lucke, einen „bemerkenswerten Achtungserfolg“ errungen zu haben.

Bewertung AfD: Zwischen *pro NRW* und der AfD gebe es „nur teilweise Überschneidungen“, hob Beisicht hervor. Insbesondere auf einem Politikfeld sieht er einen Vorsprung seiner Partei: „Wer in ganz Deutschland die Islam- und Zuwanderungskritik stärken will, muss ebenfalls unseren Weg unterstützen.“

Strategische Folgerungen: Beisicht rief die *pro Deutschland*-Spitze dazu auf, „aus diesem Wahlergebnis die notwendigen Schlüsse ziehen und diese Splitterpartei zu gegebener Zeit in ein freiheitliches Sammlungsprojekt unter der Federführung von Pro NRW und Pro Köln“ zu überführen. Einer „neuen Sammlungsbewegung“ sollten sich auch *Republikaner* und *Die Freiheit* anschließen. Beisicht: „Gerade die sich abzeichnenden Veränderungen in der bundesdeutschen Parteienlandschaft geben uns ausreichend Platz, ein freiheitliches bzw. rechtspopulistisches Korrektiv zu den verbrauchten Altparteien parlamentarisch zu verankern.“ Auch mit der Partei „Bürger in Wut“ wolle man Möglichkeiten einer eventuellen Zusammenarbeit ausloten. *Pro NRW* hat bereits Kandidaten für die Europawahl nominiert.

²³⁷ http://www.pro-deutschland.de/index.php?option=com_content&view=article&id=706:vorstand-beraet-ueber-wahlergebnis&catid=14, zuletzt aufgerufen am 2. Oktober 2013

²³⁸ <http://pro-nrw.net/interview-mit-markus-beisicht-zum-ausgang-bundestagswahl/>, zuletzt aufgerufen am 2. Oktober 2013

5.2.5 *Bürger in Wut* (BIW)

Wahlanalyse: Als „enttäuschend“ wertete die vor allem in Bremen aktive Kleinstpartei *Bürger in Wut* das Ergebnis der AfD²³⁹ – insbesondere vor dem Hintergrund der Medienpräsenz der „Alternative“: „Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hatte eine gerade erst gegründete bürgerliche Kleinpartei noch dazu im Vorfeld einer Bundestagswahl soviel mediale Aufmerksamkeit erfahren wie die 'Alternative für Deutschland'“.

Bewertung AfD: BIW bescheinigt der AfD eine „unklare und widersprüchliche Haltung“ in Sachen Euro. BIW spreche sich „ohne Wenn und Aber für die Wiedereinführung der D-Mark aus“.²⁴⁰ Die „Bürger in Wut“ sähen zudem die AfD „schon wegen ihrer Positionen in der Zuwanderungs- und Integrationspolitik nicht als eine konservative, sondern als eine (rechts-)liberale Partei an“. BIW beharrt darauf, „dass Deutschland kein Einwanderungsland ist!“ Der „Alternative“ wird außerdem vorgehalten, dass sie sich in ihrem Wahlprogramm weder zum Thema Innere Sicherheit noch zum Islam geäußert habe. Angesichts der „sehr heterogen zusammengesetzten Mitgliederbasis“ erwartet BIW bei der „Alternative“ bei der Konkretisierung des Parteiprogramms „Stoff für heftige Kontroversen“.

Strategische Folgerungen: An eine Aufgabe der Eigenständigkeit wie bei der *Freiheit* wird offenbar bei *Bürger in Wut* nicht gedacht. „Bürger in Wut“ seien „die einzige bürgerlich-konservative Kraft in Deutschland, die in einem Landesparlament vertreten ist. Und wir werden unsere Arbeit engagiert fortsetzen, denn gerade im Zeichen der großen Koalition und einer zunehmend nach links driftenden Republik ist eine auch parlamentarisch verankerte Vereinigung wie BIW mehr denn je erforderlich!“

5.2.6 *Die Republikaner* (REP)

Wahlanalyse: „Das Wahlergebnis stellt für die Republikaner einen absoluten Tiefpunkt dar, daran gibt es nichts schönzureden.“ Mit diesen Worten wird der REP-Vorsitzende Rolf Schlierer in einer sehr knapp gehaltenen Erklärung zum Ausgang der Bundestagswahl zitiert.²⁴¹

Bewertung AfD: Die AfD habe „zahlreiche, zum Teil schon lange vertretene Positionen der Republikaner medienwirksam übernommen und damit Wähler mobilisieren und von den Republikanern abziehen können“.

Strategische Folgerungen: Die Partei kündigte für das letzte Septemberwochenende eine Sitzung ihres Präsidiums an. Das Gremium werde „den Wahlausgang bei der Bundestagswahl und den Landtagswahlen in Bayern und Hessen offen und intensiv analysieren und sich mit den Konsequenzen daraus befassen“. Über Ergebnisse der Sitzung ist noch nichts bekannt. Abgesehen von der stetig schrumpfende Zustimmung bei Wahlen dürften die Partei schon bald finanzielle

²³⁹ <http://buenger-in-wut.de/blog.256.bundestagswahl-2013-die-zeichen-stehen-auf-grosse-koalition>, zuletzt aufgerufen am 3. Oktober 2013

²⁴⁰ <http://buenger-in-wut.de/blog.259.biw-und-afd-zu-den-inhaltlichen-unterschieden>

²⁴¹ <http://www.rep.de/content.aspx?ArticleID=43297457-4245-4f03-aaf5-3fb9627983ad&ObjectId=4098eb7d-f7c8-44be-88de-63865bdd645e>, zuletzt aufgerufen am 2. Oktober 2013

Probleme quälen – es sei denn, sie würde bei der Europawahl kandidieren und dabei mit einem Ergebnis von mindestens 0,5 Prozent neuerlich einen Anspruch auf Gelder aus der staatlichen Parteienfinanzierung haben. Dass die REP bei einer bundesweiten Wahl derart „stark“ abschneiden kann, erscheint aber derzeit unrealistisch.

5.2.7 Die Freiheit (DF)

Wahlanalyse: Als „beachtlich“ wertete Rene Stadtkewitz, der Vorsitzende der rechtspopulistischen Kleinpartei *Die Freiheit*, in einem Schreiben an die Mitglieder das 4,7-Prozent-Ergebnis der AfD.²⁴² Mit der AfD habe es „erstmal eine bürgerlich-liberale Partei geschafft, sich eine realistische Chance zu erarbeiten, bereits im kommenden Jahr in zahlreichen Parlamenten vertreten zu sein“. Völlig richtig sei die Entscheidung der DF gewesen, auf einen eigenen Antritt zur Bundestagswahl zu verzichten, erklärte Stadtkewitz. Unerwähnt ließ er dabei, dass seine unter drastischem Mitgliederschwund leidende Partei zu einer solchen Kandidatur auch kaum in der Lage gewesen wäre. Für das Scheitern der AfD an der Fünf-Prozent-Hürde, macht er offenbar andere rechte Kleinparteien verantwortlich, die anders als DF nicht auf eine Kandidatur verzichteten: „Es wäre gut gewesen, wenn auch andere Parteien, die nun im 0,2% -Bereich gelandet sind, so entschieden hätten, denn dann wäre die AfD bereits heute mit einer eigenen Fraktion im Deutschen Bundestag vertreten.“

Bewertung AfD: „Ein Vergleich der Programme zeigt, die Ziele der AfD decken sich zu min. 90% mit unseren“, meint Stadtkewitz. „In diesem Sinne sehen wir vieles von dem was wir wollten, von der AfD aufgegriffen und fortgesetzt.“ Die AfD werde „einen Großteil unseres Anliegens, unserer Positionen nun dorthin tragen, wo es den Altparteien am meisten weh tut: in die Parlamente“.

Strategische Folgerungen: Die Chance, die sich mit der AfD biete, gelte es nun nach Kräften zu unterstützen, schrieb Stadtkewitz. *Die Freiheit* habe sich entschlossen, „ihre bundes- und landespolitischen Vorhaben einzustellen und sich stattdessen ausschließlich auf die Fortsetzung der begonnenen kommunalpolitischen Aktivitäten, besonders in München, zu beschränken“. Das bedeutet auch einen Verzicht auf die Teilnahme an der Europawahl. Der DF-Vorsitzende appellierte zugleich „an alle Kleinparteien, die eine ebenso große Übereinstimmung ihrer Ziele mit denen der AfD entdecken, es uns gleich zu tun“. Jede unnötige Konkurrenz spiele denen in die Hände, „die Deutschland am liebsten abschaffen wollen“.

5.3 Richtungskontroverse

Die Ankündigung des DF-Vorsitzenden Stadtkewitz, seine Partei zugunsten der AfD aufzulösen, hat zu einer intensiven Kontroverse innerhalb der AfD geführt. AfD-Bundessprecher Lucke verkündete in einer Presseerklärung einen Aufnahmestopp für ehemalige Mitglieder der *Freiheit* sowie anderer „Kleinparteien“. Dieser 'Aufnahmestopp' solle folgender Einschränkung unterliegen:

²⁴² <http://www.pi-news.net/2013/09/die-freiheit-stellt-bundes-und-landespolitische-vorhaben-zugunsten-der-afd-ein/>

Eine weitere Aufnahme früherer DF-Mitglieder könne nur noch erfolgen, wenn ihr ein "protokolliertes Einzelgespräch" und die "Zustimmung des Landesverbandes" vorausgegangen sei.²⁴³ Noch im Juni hingegen erklärte Lucke dem Handelsblatt, dass "einzelne unserer Mitglieder" dieser Partei früher angehört haben. "Diese sind überwiegend deshalb aus der Freiheit ausgetreten, weil sie islamfeindliche Züge annahm. Das spricht für diese Personen", so Lucke.²⁴⁴ Diese Aussage suggeriert, die DF habe erst im Laufe der Zeit islamfeindliche Züge angenommen. Real zählt die Islamfeindlichkeit jedoch zum identifikatorischen Kernmerkmal dieser Partei, die seit ihrer Gründung den muslimfeindlichen Rechtspopulisten Geert Wilders zu ihrem Vorbild erkoren hatte.

Innerparteilich hat die Erklärung Luckes über einen Aufnahmestopp von DF-Mitgliedern, die offensichtlich ohne parteipolitische Beschlusslage erfolgte, zu erheblichen innerparteilichen Kontroversen geführt. Der NRW-Landesvorsitzende der AfD, Alexander Dilger, verweist darauf, dass Lucke innerparteilich "bereits massive Kritik einstecken musste, insbesondere von ehemaligen 'Die Freiheit'-Mitgliedern, die bereits in der Alternative für Deutschland sind." Bezüglich Luckes Vorschlag zum Umgang mit ehemaligen DF-Mitgliedern erklärte Dilger:

*"Mit Ausnahme der protokollierten Einzelgespräche verfahren wir in NRW schon längst so. Ehemalige Mitglieder dieser Partei werden besonders genau angeschaut, aber nicht kategorisch abgelehnt."*²⁴⁵

Auf seiner eigenen Homepage erwarf Dilger zugleich Vorschläge zur Ausrichtung der AfD hin zu einer "Grundgesetzpartei" mit dem Verweis darauf, dass "gerade die etablierten Parteien sich beim Ausverkauf von Volksvermögen, Demokratie und Rechtsstaat überbieten".²⁴⁶ Zugleich verwahrte sich Dilger dagegen, dass sich die AfD "rechtspopulistisch oder gar noch weiter rechts aufstellt".²⁴⁷

Diese Positionierung rief innerparteilich Widerspruch hervor. So äußerte sich beispielsweise AfD-Mitglied Wolfgang Hübner, der zugleich für die *Freien Wähler Frankfurt* kommunalpolitisch aktiv ist, in einer Replik zu Dilgers Positionen. Darin rät der der Partei, solche rechtspopulistischen "Positionen inhaltlich und personell zu integrieren, will sie noch größeren Erfolg haben und das Aufkommen einer tatsächlich 'rechtspopulistischen' Partei verhindern". Hübner verbindet seinen Vorschlag mit dem Rat, entsprechende Positionierungen vorzunehmen:

*"Wohl aber muss die freiheitliche neue Volkspartei wesentliche Elemente, die von der Linken und dem gesamten Parteienblock als 'rechtspopulistisch' diffamiert und diskriminiert werden, tatsächlich aber nur den Realitäten angemessen und daher vernünftig sind, integrieren – übrigens auch eine fundierte Kritik an den Islamisierungstendenzen in Deutschland."*²⁴⁸

²⁴³ <https://www.alternativefuer.de/2013/10/01/aufnahmestopp-fuer-ueberlaeufer-der-partei-die-freiheit/>, abgerufen am 03.10.2013

²⁴⁴ Handelsblatt: Konservativ, liberal, rechts – wohin steuert die AfD? (28.06.2013) <http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/bundestagswahl-2013/euro-kritiker-konservativ-liberal-rechts-wohin-steuert-die-afd-seite-all/8419392-all.html>, abgerufen am 03.10.2013

²⁴⁵ Alexander Dilger: Diskussion um „Die Freiheit“ (02.10.2013) <http://alexanderdilger.wordpress.com/2013/10/02/319/> abgerufen am 03.10.2013

²⁴⁶ Alexander Dilger: AfD als Grundgesetzpartei (27.09.2013) <http://alexanderdilger.wordpress.com/2013/09/27/afd-als-grundgesetzpartei/> abgerufen am 03.10.2013

²⁴⁷ Alexander Dilger: AfD als Grundgesetzpartei (27.09.2013) <http://alexanderdilger.wordpress.com/2013/09/26/ausrichtung-der-afd/> abgerufen am 03.10.2013

²⁴⁸ Wolfgang Hübner: AfD – Freiheitliche Volkspartei oder FDP 2.0 (02.10.2013) <http://www.pi-news.net/2013/10/wolfgang-hubner-afd-freiheitliche-neue-volkspartei-oder-fdp-2-0-ohne-euro/> abgerufen am 03.10.2013

Auch an der Basis kommt Unmut über die Abgrenzungserklärung gegenüber den ehemaligen DF-Mitgliedern zum Ausdruck. Auf der facebook-Seite "Freunde der Alternative für Deutschland" häufen sich kritische Kommentare. So lautet es dort:

*"Die Veröffentlichung von gestern bezüglich des Aufnahmeverbots von Mitgliedern 'Der Freiheit' von Dagmar Metzger hat innerhalb der Parteibasis für Unruhe bzw. für Verwirrung gesorgt. Es zeigt sich eine gewisse Unstimmigkeit zur Entscheidung innerhalb der Partei ab, wie wir zahlreichen Zuschriften entnehmen konnten. Da wir uns als Partei die Forderung nach mehr Demokratie auf die Fahnen geschrieben haben, sorgen solche Stallorder ohne vorherige Ankündigung für Verwirrung. Viele Mitglieder erfuhren zuerst aus der Presse, die sich intensiv dem Thema widmete, vom Statement."*²⁴⁹

Zugleich wird dort die fehlende demokratische Beschlusslage derartiger Stellungnahmen kritisiert:

*"Der Kreisverband Braunschweig in der Alternative für Deutschland teilt mit, daß die seitens des Parteiprechers empfohlenen Aufnahmekriterien und -modalitäten nicht der Satzung des Kreisverbandes Braunschweig entsprechen und daher nicht zur Anwendung kommen können. Weiterhin verwahrt sich der Kreisverband Braunschweig gegen die Pressemitteilung der Bundespartei "Aufnahmestopp für Überläufer der Partei 'Die Freiheit' ". Die Unterzeichnende Frau Metzger ist offensichtlich nicht in der Lage, zwischen Empfehlung, wie sie der Parteiprecher ausgesprochen hat, und verbindlicher Regel zu differenzieren. Auch ist nicht einzusehen, warum bei derartig rigiden Maßnahmen zur Aufnahme von Neumitgliedern anderer Kleinparteien ausgerechnet FDP-Mitglieder ausgenommen sein sollen. Der Kreisverband Braunschweig fordert daher den Bundesvorstand auf, Frau Metzger eine Rüge auszusprechen und die Kooptation dieser Person sowie ihre weitere Beschäftigung innerhalb der AfD zu überdenken."*²⁵⁰

Da diese Kontroverse bislang noch nicht abgeschlossen ist, sind abschließende Bewertungen noch nicht möglich. Allerdings verweist die Kontroverse auf die inhaltliche und personelle Bedeutung Rechtspopulismus-affiner Akteure innerhalb der AfD.

²⁴⁹ „Freunde der Alternative für Deutschland“ (02.10.2013)

<https://www.facebook.com/pages/Freunde-der-Alternative-f%C3%BCr-Deutschland/121360728039076> abgerufen am 03.10.2013

²⁵⁰ ERKLÄRUNG DES KREISVERBANDS BRAUNSCHWEIG, Alternative für Deutschland (AfD) zu den Aussagen Parteiprecher / Pressemeldung Bund hinsichtlich Aufnahmestopp von Ex-Mitgliedern der Partei „Die Freiheit“

6 Fazit und Ausblick

Aus der Tatsache, dass die AfD eine noch sich im Aufbau befindene Partei ist, ergibt sich, dass abschließende Wertungen noch nicht möglich sind und auch eine fundierte Prognose hinsichtlich ihrer weiteren Entwicklung noch nicht getroffen werden kann. Maßgeblich hat dies folgende Gründe: Die AfD befindet sich noch in der politischen Konsolidierungsphase. Sie hat bislang weder ein ausgereiftes Programm, noch gibt es eine solide messbare Datenbasis zur umfassenden Bewertung ihres politischen Milieus. Des Weiteren lassen sich die politischen Auswirkungen auf die politische Kultur im Allgemeinen sowie auf die möglichen Verschiebungen im Parteienlager und den politischen Netzwerken des rechten Randes ebenfalls noch nicht umfassend bewerten, da die AfD zum Zeitpunkt der Untersuchung bislang lediglich einen Wahlkampf bestritten hat. Dementsprechend lässt sich beim aktuellen Stand der Dinge noch nicht einmal sagen, ob es sich bei der AfD um eine politische 'Eintagsfliege' oder um eine Partei rechts des bestehenden liberal-konservativen Parteienblocks mit klarer Aussicht auf künftige Konsolidierung handelt. Begründbare Prognosen zu dieser Frage können schon deutlich genauer nach den Wahlen zum Europaparlament sowie den ebenfalls 2014 stattfindenden Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg getroffen werden. Bei der Europawahl dürfte von besonderem Interesse sein, mit welchen politischen Parteien und Fraktionen dort Berührung gesucht wird. Aus den genannten Gründen muss die vorliegende Untersuchung rechtspopulistischer Tendenzen in der AfD als Momentaufnahme mit einer rückblickenden Deutung der unterschiedlichen, in der Partei tätigen politischen Kräfte verstanden werden.

Deutlich ist hingegen geworden, dass in der öffentlichen Debatte um mögliche Rechtslastigkeit der AfD teilweise fragwürdige Kriterien zur Beurteilung herangezogen worden sind. Zwei dieser Kriterien seien hier benannt:

Erstens lässt sich allein aus einer Euro-skeptischen – wie zugleich auch aus einer EU-kritischen – Haltung keinesfalls automatisch eine Analogie zu rechtspopulistischen oder rechtsextremen Einstellungen ableiten. Solche Haltungen finden sich in allen politischen Strömungen und sind kein Alleinstellungsmerkmal rechter Parteien. Deshalb kann allein aus einer die AfD zentral prägenden Euro-Skepsis keinesfalls ein Rückschluss auf deren Rechtslastigkeit gezogen werden. Erst das Zusammenkommen von EU- und Euro-kritischen Positionen mit nationalistischen und wohlstandschauvinistischen Positionierungen sowie mit kulturalisierenden und diskriminierenden Zuschreibungen – also der 'Kulturalisierung' sozio-ökonomischer Problemlagen – bietet eine Grundlage zum Rückschluss auf rechtspopulistische Orientierungen. Benennbare Anzeichen hierfür lassen sich unserer Ansicht nach aus den in der Untersuchung aufgeführten Beispielen allerdings durchaus benennen.

Zweitens sind unserer Ansicht nach öffentliche Vergleiche zwischen der AfD mit offen rechtsextremen und neonazistisch orientierten Parteien wie der NPD unbrauchbar zur Beurteilung möglicher rechtspopulistischer Ausrichtungen in der AfD. Anhand vieler Darstellungen in der vorliegenden Untersuchung kann deutlich belegt werden, dass die inhaltlichen Positionen von AfD und NPD wie deren jeweiliges politisches Milieu und dessen politische Orientierungen völlig

unterschiedlich sind. Die Forschung zum Rechtspopulismus und zum Rechtsextremismus belegt zudem deutliche Unterschiede in der politischen Stoßrichtung zwischen rechtspopulistischen Parteien einerseits und offen neonazistisch orientierten Parteien andererseits: Während die Einen innerhalb des existenten demokratischen Gefüges unter populistischen Vorzeichen den öffentlichen Diskurs und die politische Ausrichtung immer mehr nach rechts zu verlagern versuchen, streben die Anderen – meist einhergehend mit rassistischer Gewalt – in nationalrevolutionärer Orientierung den 'Umsturz' demokratischer Ordnungsstrukturen an. Die AfD hat weder programmatisch noch in Bezug auf andere dort relevante politische Positionierungen belegbare Gemeinsamkeiten mit einem verfassungsfeindlichen Neonazismus, wie er bei der NPD nachweisbar ist.

Eine politische Einordnung der AfD hingegen als eine Partei rechts von den Unionsparteien erweist sich unserer Ansicht nach als zutreffend. In der vorliegenden Untersuchung lassen sich deutliche Belege die Wertung des Publizisten Albrecht von Lucke in den *Blättern für deutsche und internationale Politik* über die Ausrichtungen in der AfD geben, welcher bekundete, dass "die neue Formation in weiten Teilen genau jene Partei rechts der Union ist, die schon Franz Josef Strauß immer gefürchtet hatte."²⁵¹ Als eine solche Partei rechts von der Union weist die AfD unserer Ansicht nach eine durch viele Aussagen aus deren Parteimilieu belegbare Tendenz zu rechtspopulistischer Ausrichtung auf. Als Gründe für diese Annahme lassen sich zur Veranschaulichung folgende in der Untersuchung ausführlich behandelte Merkmalsausprägungen zusammenfassen:

- Ihr politischer Entstehungskontext: Es lassen sich sowohl inhaltlich wie auch personell deutliche politische Anknüpfungspunkte der AfD an den ehemaligen *Bund Freier Bürger* (BFB) nachweisen. Der BFB war – wie aufgezeigt wurde – eine nationalliberal und rechtspopulistisch ausgerichtete Partei, die aus Protestinitiativen gegen den Maastricht-Vertrag entstanden ist und die sich im Laufe ihres parteipolitischen Werdegangs bis hinein in den rechtsextremen Rand radikalisierte.²⁵²
- Ihr Mitgliederzulauf aus dem rechten Parteienrand: Es lassen sich anhand zahlreicher in der Untersuchung genannten Beispiele deutliche Tendenzen dafür benennen, dass in der AfD nicht bloß frühere Mitglieder des BFB, sondern zugleich auch aus weiteren rechten Parteien ein neues politisches Betätigungsfeld suchen und auch gefunden haben. Neben früheren Mitgliedern der *Republikaner* sind hierbei besonders ehemalige Mitglieder der rechtspopulistischen und muslimfeindlichen Partei *Die Freiheit* zu benennen.²⁵³ Eine stark ausgeprägte Muslimfeindlichkeit zählt zum politisch identitätsstiftenden Grundmerkmal dieser Partei. Ihre deutlich rechtspopulistische Ausrichtung lässt sich am deutlichsten

²⁵¹ Lucke, Albrecht von (2013): Heilsame Verwirrung? Der Euro, die Linke und die AfD, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6/2013, S. 5-8

²⁵² Im Verfassungsschutzbericht 1999 wurden dem BFB „tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer rechtsextremistischen Bestrebung“ bescheinigt. (Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 1999 (2000), Paderborn, S. 92)

²⁵³ Vom bayrischen Verfassungsschutz wird der Partei in Bayern folgende Ausprägung zugeordnet: „Verfassungsschutz relevante Islamfeindlichkeit als neue Form des Extremismus“ (Bayrisches Staatsministerium des Inneren: Verfassungsschutzinformationen 1. Halbjahr 2013, unter: http://www.lfv.bayern.de/imperia/md/content/lfv_internet/islamfeindlichkeit_als_verfassungsfeindliche_str_mung.pdf, abgerufen am 13.08.2013)

dadurch veranschaulichen, dass sie den niederländischen Rechtspopulisten Geert Wilders zu ihrem Vorbild erkoren hat. Wilders hatte wiederholt selbst durch Reden bei Veranstaltungen der *Freiheit* für diese Partei Werbung gemacht. Nach der erfolglosen Teilnahme an Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus sowie bei den letzten Landtagswahlen in Bayern hat diese rechtspopulistische Partei ihre Auflösung verkündet und zur Unterstützung der AfD aufgerufen. Schon vor der Auflösung der Partei sind mehrere ihrer ehemaligen Funktionäre zur AfD gewechselt.

- Ihre Einbettung im rechten Anti-Euro- und Anti-EU-Protestmilieu: Die in der Untersuchung aufgeführten Beispiele weisen auf wohlstandschauvinistische, marktradikale wie zum Teil auch nationalistische und kulturalisierende Tendenzen innerhalb des die AfD umgebenden Protestmilieus gegen die EU und den Euro. Der auf Wahlplakaten mit populistischen Parolen wie "Wir sind nicht das Weltsozialamt" zum Ausdruck gebrachte Wohlstandschauvinismus versinnbildlicht derartige Haltungen, die einhergehen mit einwanderungsfeindlichen Orientierungen. Die über facebook öffentlich geführten Diskussionen um die mögliche inhaltliche Ausgestaltung des aktuell noch rudimentär ausformulierten Parteiprogramms, lassen die Deutung zu, dass sich diese benannten politischen Tendenzen möglicherweise inhaltlich in der Partei verdichten könnten.
- Ihr Ansehen im Spannungsfeld der rechten Szene: In der vorliegenden Untersuchung kommt deutlich zum Ausdruck, dass die AfD als neue Partei des politischen Lagers rechts von der Union wahrgenommen und eingeschätzt wird. Der Fall der aufgelösten rechtspopulistischen Partei *Die Freiheit* veranschaulicht neben inhaltlichen Übereinstimmungen auch personelle Schnittmengen zwischen DF und AfD. Zudem hat die AfD in diesen Kreisen folgende Bedeutung: Von rechten Parteien wie den *Republikanern*, den *Pro*-Parteien sowie auch von der NPD wird sie als Konkurrenz wahrgenommen. Nahezu alle der erwähnten Parteien haben eine Euro- und EU-feindliche Ausrichtung mit nationalistischer Grundierung und sehen sich von der AfD ihres Kampagnenthemas 'beraubt'. Für Teile der Mitglieder der meisten dieser Parteien hingegen stellt die AfD eine möglicherweise erfolgsversprechendere 'Alternative' für politisches Engagement dar. Besonders in neurechten Kreisen – hierbei besonders deutlich aus dem Umfeld der Wochenzeitung *Junge Freiheit* – wird die AfD als möglicher 'Hoffnungsträger' einer parteipolitisch bislang immer noch erfolglosen nationalistischen Rechten angesehen. Viele der in der Untersuchung aufgeführten Beispiele weisen darauf hin, dass umgekehrt auch seitens des AfD-Umfelds Aktivitäten zu benennen sind, die mit diesen neurechten Kreisen den politischen Austausch suchen oder ihnen in bestimmten Positionen gar inhaltlich zustimmen.

Aus den hier zusammengefassten Veranschaulichungen ergibt sich, dass die AfD hinsichtlich ihres aktuellen Erscheinungsbildes als eine Partei mit sowohl neoliberalen wie auch national-konservativen Einfüssen darstellt, die auf der politische Skala als rechts von der Union stehend mit Tendenzen zu einer rechtspopulistischen Ausrichtung gedeutet werden kann. Ob sich diese rechtspopulistische Ausrichtung künftig weiter verdichtet, hängt unserer Ansicht nach in besonderem Maße auch von ihrer politischen Aufstellung zu den kommenden Wahlen zum Europaparlament sowie den ebenfalls 2014 stattfindenden Landtagswahlen ab. Ein weiterer – zentraler – Gradmesser zur Beantwortung dieser Frage wird in der parteiinternen

Auseinandersetzung über die weitere programmatische und bündnispolitische Ausgestaltung der AfD sowie über die Frage nach den Grad der künftigen Abgrenzung gegenüber den oben benannten Einflussnahmen zu finden sein. Bedeutsam für die weitere Forschung zum Rechtspopulismus und zur extremen Rechten wird die Antwort auf die Frage sein, ob mit der künftigen politischen Entwicklung der AfD mögliche Veränderungen oder Verschiebungen in bewegungs- und parteipolitischen Lagern der populistischen und extremen Rechten einhergehen.